

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 26 vom 1. Juli 1983

17. Jahrgang

1 DM

An den Galgen

Frau Thatcher und ihre Partei nehmen einen neuen Anlauf: Die Todesstrafe soll in Großbritannien wieder eingeführt werden. Daran liegt dieser Frau, die bisher stets dafür gestimmt hat, offensichtlich viel. Und es fällt nicht schwer, zu überlegen, wem dies gelten soll. Den irischen Republikanern etwa, die immer noch keine Untertanen ihrer Majestät sein wollen. Oder farbigen Jugendlichen, die die Politik Thatchers ins Ghetto und ins Elend gestürzt hat, wo der Weg zur Kriminalität bekanntlich sehr kurz ist. Auch andere Schichten von Menschen wären denkbare Adressaten für die Drohung mit dem Henker von London. Daß die Frau keine Skrupel kennt, das hat sie spätestens da bewiesen, wo sie hundertfachen Tod heraufbeschwor, wegen der kolonialen Ansprüche des britischen Großkapitals auf die Malvineninseln am anderen Ende der Welt. Der kommt es auf ein paar Dutzend Geheinker bestimmt nicht an.

Das alte, ebenso alte wie reaktionäre und falsche Argument, das diene der Bekämpfung der Kriminalität, wird wieder hervorgeholt. Obwohl alleine die Zustände in den USA Gegenbeweis genug sind: Die meisten Todesurteile und die meisten Verbrechen. Und nicht eben zufällig sind und waren die meisten zum Tode Verurteilten in den USA Farbige. Und sie meinen das auch nicht wirklich, sondern sie meinen, daß ein Signal gesetzt werden muß, eingeschüchtert, bedroht, auf daß der Geist der Rebellion, des Widerstands gegen die Ausbeuterpolitik Thatchers im Zaum gehalten werde. Dafür muß eben, nach kapitalistischer Logik, notfalls auch Blut fließen, bzw. Menschenleben vernichtet werden. Eine Radikalkur in Gesetzestreue soll das werden, und die Gesetze macht Frau Thatcher. Ganz im Sinne der Barons und Lords, der Samuels, Barclays und wie sie sonst alle heißen mögen, diese geldgierigen britischen Finanzmagnaten.

Dazu werden niederste Instinkte mobilisiert, eine Riesenkampagne organisiert. Und die politisch Gleichgesinnten aus anderen Ländern, die Strauß, Kohl und Bush klatschen dazu Beifall...

Trotz Beendigung des Generalstreiks

Pinochets Diktatur wankt

Erfolgreicher Solidaritätskongreß in Münster

Trotz verschärfter Unterdrückung und einer totalen Informationssperre beteiligten sich Ende letzter Woche ein großer Teil der chilenischen Werktätigen, viele Angehörige der Mittelschichten und Kleinunternehmer am Generalstreik gegen die Pinochet-Diktatur.

Während das chilenische Volk mit immer breiter werdender Unterstützung das Joch der Diktatur abzuschütteln versucht, kam es in der Bundesrepublik zu einem erfolgreichen Treffen verschiedenster Chile-Solidaritätsgruppen, Gästen aus Chile und anderen Ländern Lateinamerikas, die einhellig auch von der Bundesregierung eine Politik forderten, die keinerlei Unterstützung des Diktators beinhaltet.

Der nach dem letzten Nationalen Protesttag ausgerufenen Generalstreik am 23. Juni 1983 mußte vom Nationalen Kommando der Werktätigen (CNT) durch Flugblätter, Aufkleber, Mundpropaganda und eine 48stündige Telefonkampagne bekanntgemacht werden. Die Diktatur hatte eine totale Informationssperre verhängt.

Pinochet ließ weiter Gewerkschafter verhaften, verbannen, drohte und ließ alle seine bewaffneten Einheiten aufmarschieren. Die Kupferminen, wo die kämpferischsten Teile der chilenischen Arbeiterklasse leben, waren schon unter der Leitung des Militärs. Trotzdem haben sich an den Ausständen und anderen Protestformen mindestens 1,5 Millionen chilenische Werktätige beteiligt. Dabei waren auch Kupferminenarbeiter, Beschäftigte aus Hütten, aus der Erdöl-, Chemie- und Baustoffindustrie.

In der breiten Protestbewegung gegen die Militärjunta spielen auch die Transportunternehmer eine wichtige Rolle. Sie, die noch mitgeholfen hatten, Pinochet an die Macht zu bringen, sehen heute alle ihre Erwartungen enttäuscht. Die absolut desolate Wirtschafts-

lage, die nur dem Großkapital und den Multis genutzt hat, hat auch viele von den kleinen Selbständigen in den Ruin geführt. So waren in den Tagen des Generalstreiks 90 Prozent der Lastwagen-, Bus- und Taxifahrer-

Fortsetzung auf Seite 11



„Libertad“ — Freiheit. Chilenische Studenten in Santiago solidarisieren sich mit dem Kampf der Werktätigen während des Generalstreiks

Deportationsprämie

Nach einem Jahr: Deportation ohne Prämie

Mit der Vorlage ihres Gesetzentwurfs zur „Förderung der Rückkehrbereitschaft“ von Ausländern konkretisierte die Bundesregierung in der letzten Woche ihre ausländerpolitischen Absichten. Was unter dem Stichwort „materielle Anreize“ stark verkürzt zusammengefaßt wird, ist der Startschuß zu einer Vertreibungskampagne großen Stils.

10500DM werden einer Reihe von Ausländern in Aussicht gestellt, 1500DM pro Kind können dazukommen. Wenn die ganze Familie das Land verläßt.

Ein lächerlicher Betrag, mit bombastischen Erklärungen verkleidet. „Ein Stück personenbezogener Entwicklungshilfe“. „Eine Grundlage, sich ins soziale Sicherungssystem ihrer Heimat einkaufen zu können“. Dabei geht viel schon für die Reise drauf.

Betrug und wohldurchdachte Kostenrechnung: Auf 220 Millionen Mark

werden die voraussichtlichen Gesamtkosten beziffert. Demgegenüber stehen dann Einsparungen an Arbeitslosengeld und Kindergeld in Höhe von 320 Millionen Mark. Gespart auf Kosten der Ausländer: 100 Millionen Mark.

Außerdem soll ein Teil der Arbeitnehmerbeiträge zur Rentenversicherung sofort erstattet bekommen können. (Das gilt auch für Türken und Portugiesen, die nicht arbeitslos sind, aber ihre Arbeit aufgeben und gehen.) Ausgaben: 680 Millionen Mark. Dabei ergäben sich

Einsparungen durch „langfristige Entlastungen an nicht fällig werdenden Rentenzahlungen“: 2 bis 2,5 Milliarden Mark. Gespart auf Kosten der Ausländer: 1,32 bis 1,82 Milliarden Mark!

Und das allein bei denen, die überhaupt für Prämien in Frage kommen. Wer zum Beispiel heute schon arbeitslos ist, kriegt gar nichts. Die 10500-DM-Prämie gilt nur für die, die durch Konkurs oder Betriebsstillegung nach dem 1. Oktober 1983 arbeitslos werden oder seit mindestens einem halben Jahr kurzarbeiten.

Die Frist für die Antragsteller läuft bereits Ende Juni 1984 ab.

Arbeitsminister Blüm unterstrich vor Journalisten die „Freiwilligkeit“ der geplanten Maßnahmen.

BRENNPUNKT ZENTRALAMERIKA

Die Frente Sandinista de Liberación Nacional

Seiten 8/9



Die Revolution in Grenada

Mitfliegerzentrale Bundestag

Daß uns die Bonner Abgeordneten nicht lieb, dafür aber um so teurer sind, daran gewöhnt man sich. Mit „Lohnverzicht“ für sich selbst haben sie nichts am Hut. Daß sie Bundesbahn und Lufthansa für lau (auf Steuergeld, versteht sich) benutzen dürfen ist inzwischen auch eine bekannte Tatsache.

Das Neueste aber ist der Urlaubs-Sonderexpress der Luftwaffe für Abgeordnete.

Da die letzte Bundestagsdebatte länger dauerte, als geplant, wurden für den Urlaub der Herren Volksvertreter eigens Maschinen der Luftwaffe angeheuert, die, entsprechend einer Lautsprecherdurchsage im Bundestag, 45 Minuten nach Ende der Diskussion in Richtung Norden und Süden abflogen.

Bezahlung übernimmt der Steuerzahler. Die einzigen, die dagegen protestierten, waren die Grünen...



Zwei SPD-Abgeordnete konnten es kaum abwarten...

Lieber Steine gegen Bush, als Rosen für die Polizei

Mehr als 40000 Kriegsgegner haben am vergangenen Samstag in Krefeld gegen den Besuch und das provokative Auftreten des US-Vizepräsidenten Bush demonstriert. Am Rande flogen ein paar Steine auf das Auto des Kriegstreibers, der auf einen gewinnbaren Atomkrieg hofft.

Eine eindrucksvolle Friedensdemonstration, die die Ablehnung der Raketenstationierung bekräftigte, für die Bush einmal mehr die Werbetrommel schlug.

Mißtönend aber die Art und Weise, wie sich maßgebliche Kreise von der Aktion gegen Bush distanzieren. Da blieb kaum noch ein Wort für den Prügelterror der Polizei, die 134 Menschen festnahm und viele schwer verletzte.

Ganz unabhängig davon, wieviel man mit den konkreten Steinewerfern zu tun hat — solche Distanzierung geht ja gar nicht gegen Einzelpersonen, sondern gegen solchermaßen

geäußerten Protest überhaupt. Wer Polizisten Rosen schenkt, die für die Kriegstreiber prügeln, dient dem Friedenskampf bestimmt nicht besser. Wenn sich Wut über die US-Politik, die heute doch täglich Menschenleben fordert, die in Mittelamerika ein neues Vietnam einkalkuliert, in Steinen gegen Bush, Reagan usw. entläßt, ist das mehr als verständlich. Bei den großen Vietnam-Demonstrationen damals gingen reihenweise Scheiben von Amerika-Häusern zu Bruch. Na und?

Wir wollen nichts überbewerten. Aber das sollte auch mal klargestellt sein.

Die Tatsachen:

Die Bundesregierung schätzt die Zahl der Ausländer, die sich bis Mitte nächsten Jahres zur Rückkehr entschließen, auf 80000 bis 100000.

Blüm betonte, die Prämien seien „nicht die erste Rate weiterer Zahlungen in diesem Bereich“, sondern eine „abschließende letzte Hilfemaßnahme“.

Die Unionsparteien und Regierungschef Kohl wollen bis 1990 mehr als 2 Millionen Ausländer raus haben.

Von wegen Freiwilligkeit. Die bezieht sich nur, bei den wenigen überhaupt Betroffenen, auf Inanspruchnahme der Prämie. Nicht auf die Rückkehr.

Bei dieser Rechnung bleiben nach Ablauf der Prämienfrist unter dem Strich immer noch gut zwei Millionen Ausländer, deren Ausreise für die Unionsparteien ebenfalls beschlossene Sache ist.

Wie mit ihnen zu verfahren ist, das formulierten zum Beispiel die Unternehmer in NRW

bereits im letzten Jahr, noch vor dem Regierungswechsel, so: „(...) wenn sich zeigen sollte, daß solche materiellen Anreize nicht reichen, sollten auch aufenthaltsbeendende Maßnahmen (z.B. Nichterteilung der Aufenthaltserlaubnis und notfalls Abschiebung) (...) kein Tabu bleiben“. Solche Überlegungen sind für Kohl Regierungsauftrag.

2 Millionen Ausländer sollen mit Druck und Gewalt aus dem Land gejagt werden. Dieses Vertreibungsprogramm wird durch eine noch gesteigerte Aufhetzung der Deutschen gegen die Ausländer begleitet werden. „Schützt unsere türkischen Freunde vor einem Pogrom!“ forderten die Westberliner Antifaschisten am 17. Juni. Nach den Juden-Pogromen der Nazis bald ein Türkenpogrom in Deutschland? Nicht mehr undenkbar. Es liegt bei allen Antifaschisten, ob sie die Zeichen der Zeit verstehen und zu schneller und wirksamer Gegenwehr zusammenfinden.

Landesparteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen

„Gegen den totalen CDU-Staat“ — aber wie?

Rau widerspricht DGB-Vorsitzendem

DUISBURG. — Mit großem Interesse war er erwartet worden, der Landesparteitag der SPD in NRW. Schließlich geht es den Landtagswahlen 85 entgegen, den Kommunalwahlen 84, und die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß NRW dann der einzige Flächenstaat der BRD ist, der von der SPD regiert wird, von einer SPD-Alleinregierung. Nicht nur für die SPD als Partei eine besondere Herausforderung nach ihren serienweisen Wahlniederlagen, sondern schon auch die Frage, ob die CDU, die konservative Spar- und Rüstungspolitik sich als „totale Regierungspartei“ etablieren kann.

Es wurde Geschlossenheit demonstriert auf diesem Parteitag. Das zeigten sowohl die Wahlergebnisse für den Landesvorstand, für Ministerpräsident Johannes Rau vor allem, als auch die nicht stattgefundene Debatte über die Kritiken des

Kurz erwähnt:

GmbH-Mafia

Rund 6000 Gesellschaften mit beschränkter Haftung haben im letzten Jahr Pleite gemacht, bzw. Konkurs beantragt. Mehr als je zuvor. Mehr als je zuvor waren dabei aber auch die Fälle, die eben nicht nur an Betrug grenzen, sondern Betrug waren.

Runde 1000, ein Sechstel. Nicht daß damit gemeint wäre, andere solche Vorgänge seien „sauber“, schließlich wurden sie von einem System erzeugt, das nur den Profit kennt. Aber die Betrüger mit Kapital werden immer mehr und sie bleiben im wesentlichen unbehelligt. Und wenn es schon erwähnt wird, dann wird kein Wort darüber verloren, wieviele Menschen durch solche Verbrecher auf die Straße flogen, durch Leute, die anschließend flott ihre nächste Firma aufmachten. Wieviele Gelder der Arbeitslosenversicherung abgezockt werden usw.

Die Geschäftsform macht es möglich, die GmbHs waren schon immer eine Einladung an dunkle Geschäftsmacher, da sollte man jetzt nicht so tun, als wäre das neu, wie es in der letzten Woche in der bürgerlichen Presse umherging...

„Zur Lage der Nation“ im Bundestag**Moderate Töne täuschen nicht**

Ganz auf gemäßigt hatte Kanzler Kohl bei der Debatte um die „Lage der Nation“ geschaltet. Selbstverständlich werde man auf Kontinuität setzen, keinesfalls werde man Gesprächsmöglichkeiten außer Acht lassen und weitere Beteuerungen dieser Art waren der vorherrschende Eindruck. Eine SPD-Opposition, die sich „staatsmännisch“ gab, eine Opposition, die insgesamt die Aktivitäten zum gerade vergangenen 17. Juni nicht in den Zusammenhang bisheriger Regierungsäußerungen stellte, erleichterte Kohl dieses Vorgehen.

Nicht etwa, daß revanchistische Töne unterblieben wären. Was Windeln zum Beispiel sagte, hatte schon einen ziemlich anderen Zungenschlag als Kohls Beitrag (der natürlich auch nicht vergaß, die grundlegenden Ansprüche anzumelden).

Aber es wäre doch der mehr als geeignete Zeitpunkt gewesen, solche Offenbarungen wie die Wünsche eines Herrn Zimmermann nach polnischem Territorium (und da kümmert er sich auch nicht, wie sonst so zungenfertig, um die Meinung des polnischen Papstes) zur Sprache zu bringen. Oder gar die, unter Anwesenheit schweigsamer CDU-Prominenz gekeiften, Haßtiraden auf dem diesjährigen Schlesiertreffen, offensichtlich zusehends der militantesten unter den sogenannten Vertriebenenverbänden. Auch Strauß, der wieder einmal Ver-

zurückgetretenen Ministers (und, man erinnere sich, Hansen-Ausschließers) Bäumer, der zwar reden durfte, aber nicht beachtet wurde.

Rau äußerte sich in seiner Rede ausführlich gegen den „totalen CDU-Staat“, den es in NRW zu verhindern gelte. Wo natürlich was Wahres dran ist.



Stahlarbeiter — von ihnen war auf dem Parteitag nicht die Rede, nur von der ach so armen, notleidenden Stahlindustrie

Wie er das aber meinte, wurde in seinen weiteren Ausführungen mehr als deutlich. Wenn auch nicht so plump wie eine Woche zuvor die SPD in Baden-Würt-

temberg (siehe den letzten RM) so bedeuten Raus Aussagen doch, daß man sich hauptsächlich auf die „Mitte“ orientieren will. Und er sagte auch, was das konkret bedeutet: Sich kümmern um „den Mittelstand“, wobei er besonders die Ärzte ansprach (als Beispiel). Brandt unterstrich diese Ausrichtung in seiner Rede als er die gemäßigte Alternative forderte, für die in NRW ein Beispiel gesetzt werden sollte.

Diese beiden Festlegungen richteten sich im Konkreten gegen das Plädoyer des DGB-Vorsitzenden von NRW, der gefordert hatte, daß jetzt die SPD-Alleinregierung in NRW eine „ex-

emplarische Arbeiterpolitik“ machen solle. Nun kann man es hier erst einmal dahingestellt lassen, was Geuenich unter einer „exemplarischen Arbeiterpolitik“ denn wohl verstehen mag (polemisch gefragt: wieviel Milliarden in die Kassen der Stahlkonzerne sind denn exemplarische Arbeiterpolitik?), was wichtig ist, ist daß so einer Forderung auf diesem Parteitag eine exemplarische Absage erteilt wurde.

Bezeichnend für diese Haltung war auch die Diskussion über die aktuellsten Fragen, die vor den Arbeitern im Revier beispielsweise stehen. So wurde beim Stahl — einmal mehr — die „Hilfe“ für die Stahlkonzerne in NRW gefordert, gegen Klöckner beispielsweise, aber mit keinem Wort darauf eingegangen, daß eben diese Konzerne Geld haben wollen zur weiteren Vernichtung von Arbeitsplätzen. Mit keinem Wort wurde als der Bergbau zur Sprache kam, auf die jüngsten Äußerungen des Vorsitzenden der Ruhrkohle AG, Bund, eingegangen, der erstmals öffentlich eingestanden hatte, daß es Überlegungen zu Zechenschließungen gäbe.

Sicher wird man sich mit diesem Parteitag noch beschäftigen müssen. Deutlich aber wird, daß hier keine politische Alternative aufgezeigt wird, die etwa im Interesse der Arbeiter läge und gar gangbar wäre. Was angeboten wird, ist einmal mehr das Konzept der Sozialpartnerschaft, mit dem schon so viele Arbeitsplätze vernichtet wurden, mit dem schon so viele Milliarden in die Kassen der Konzerne geflossen sind. Die Alternative Raus zum totalen CDU-Staat — ist natürlich — die Fortsetzung seiner bisherigen Regierung. Und die Fortsetzung seiner bisherigen Regierungspolitik.

Wirtschafts- und sozialpolitische Themen, an denen sich eine andere Politik in NRW deutlich machen könnte, gäbe es so viele, daß sie hier gar nicht aufgezählt werden sollen. Aber wo schon gar kein Wille ist, braucht man nach dem Weg nicht zu suchen...

Ankündigung:

3 Wochen Pause — danach eigene Ausgabe in türkischer Sprache!

Lieber Leser!

Was so anfängt, geht meistens auf Preiserhöhungen aus. Diesmal nicht. Oder doch indirekt. Aber nur insofern, als wir dieses Jahr (und wohl künftig in der Regel) drei Wochen kollektive Sommerpause machen. Das heißt konkret, daß am 22. und 29. Juli sowie am 5. August kein „Roter Morgen“ erscheinen wird. Und in diesem Zeitraum (13.7. — 6.8.) ist der Verlag geschlossen. Wir haben dies aus zwei Gründen so beschlossen. Einmal sind die Ausgaben in diesem Hauptferienzeitraum immer diejenigen, von denen am wenigsten verkauft werden. Zum anderen ist es durch den abwechselnden Jahresurlaub der Redakteure des „Roten Morgen“ so, daß dann über eine längere Zeit (je nachdem 2 — 3 Monate) immer mit reduzierter Mannschaft gearbeitet werden muß, und das heißt eben weniger sorgfältig, weniger gründlich, also auch weniger gut. Da halten wir diese jetzt gewählte Alternative für die wesentlich bessere. Die Nummer vor der Pause und die beiden danach

werden als Doppelnummer herausgegeben, um auf die 52 Ausgaben im Jahr zu kommen.

Nach der Sommerpause wird es auch keine türkischsprachigen Seiten im normalen „Roten Morgen“ mehr geben, sondern 12 deutsche Seiten. Die türkische Ausgabe erscheint ab dann unter dem Namen „Kizil Safak“ wie bisher als eigene Monatszeitung für Kollegen und Genossen aus der Türkei. Dies ist nicht nur eine arbeitsorganisatorische Änderung, sondern entspringt der Überlegung, daß dies besser dazu geeignet ist, die Politik der KPD unter den Arbeitern aus der Türkei gründlicher bekanntzumachen als bisher, weil es sowohl systematischere Vorbereitung als auch konzentriertere Verbreitung erlaubt.

Wir hoffen, daß diese beiden Neuerungen dazu beitragen, daß der „Rote Morgen“ seinen Lesern, ob deutscher, türkischer oder kurdischer Nationalität mit mehr Qualität besser nützt. Für Redaktion und Verlag Helmut Weiss

Kommentar

Nun liegt er also vor, der Haushaltsentwurf 1984. Er dürfte deutlich machen, worin der Unterschied besteht zur vorherigen Regierung. Deutlicher jedenfalls als der Haushalt 83. Hatte die SPD/FDP-Regierung für die Jahre 1981 und 1982 mit der unsozialen Sparpolitik im Dienst des Großkapitals begonnen, so hatte die neue CDU/FDP-Regierung diese Politik für 83 im wesentlichen übernommen. Zwar wurden einige Dinge schärfer angegangen, wurde mehr gestrichen, zwar war auch die Tendenz deutlich sichtbar, aber es war eben nicht abzuleugnen, daß im wesentlichen der alte Lahnsteinentwurf „fortgeschrieben“ worden war.

Stoltenbergs Werk

Dies sollte nun in diesem Jahr ganz anders werden. Und ist es auch geworden. Nicht nur in dem Sinn, daß das, was unter einem Kanzler Schmidt angelegt worden war, nun beschleunigt fortgesetzt wurde, das auch. In dem Sinne, daß die einen die Unzumutbarkeitsregel auflockern, während die anderen den Arbeitslosen gleich und direkt ans bißchen Geld gehen. Sondern durchaus in dem Sinn, daß jetzt schon der Sturm auf das ganze System der sozialen Sicherung eingeleitet wird. Renten, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe werden eben nicht nur gekürzt, bzw. sollen es werden, sondern es wird gleich und direkt auf die Regeln und Bestimmungen auf die Anrechte, auf die Ansprüche losgegangen.

Aber, außer diesen charakteristischen Merkmalen konservativer Sparpolitik gibt es auch noch einige andere Dinge, die anhand dieses Haushaltsentwurfs deutlich werden, der ja wohl mit Sicherheit verabschiedet werden wird.

Und dies hat damit zu tun, welche Schichten die Union für sich mobilisieren will, mobilisieren muß, da ja alleine das Großkapital kaum reichen würde, auch nur in den Bundestag zu kommen. Und da wurden ja eindeutige Versprechungen gemacht, die freie Bahn dem Tüchtigen zu schaffen. Und welcher Kleinkapitalist, welcher Freiberufler hält sich schon nicht für tüchtig? Und so war es ja beispielsweise kein Zufall, daß es im wesentlichen sogenannte „mittelständische“ Unternehmer waren, die im Vorfeld der Bundestagswahl die „Investitionsstreik“-Kampagne mitmachten. Gerade aus diesen Kreisen kommt ja die Hauptmasse der Zusammenbrüche, die von der kapitalistischen Krise verursacht werden und hier wurde reagiert auf die Versprechungen der Zinssenkung, der Stärkung des Kapitals, der Hilfe für Neugründungen usw. usf. Und auch der Senkung von Steuern.

Einmal mehr zeigt die Politik, daß die Versprechungen, mit denen das Kleinbürgertum in klassischem Sinne mobilisiert werden konnte, in großen Teilen nichts weiter waren als leere Versprechungen. Mit Ausnahmen sicherlich, aber wieder einmal profitiert fast nur das große Kapital, die allermächtigen Finanzgruppen, die das wirtschaftliche und politische Leben dieser Republik beherrschen.

Ihre Antwort ist das noch lautere Schreien nach Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft, gegen die Gewerkschaftsbewegung. Die Front der Reaktion spaltet sich nicht, sondern wächst noch fester zusammen in ihrem Willen, die Arbeiterschaft niederzudrücken.

Auch dieser Haushaltsentwurf, und das ist eben der qualitative Unterschied zu den vorgehenden sozialdemokratischen Sparhaushalten auf Kosten der Arbeiter und der Armen, zeigt eben diese Frontbildung in großer Deutlichkeit.

Gegenreform ist angesagt und dies in allen Bereichen und sehr konkret. Auch nicht die klitzekleinste „Reform“ soll noch diskutiert werden, geschweige denn etwa verwirklicht, seien es solche eher nebensächlichen Dinge wie Verbraucherschutz oder ähnliches. Geschäftemachen, Profit scheffeln ist angesagt. Umverteilt, von unten nach oben, das hat doch schon die Schmidt-Regierung, sagte man, einer, als wir zu Beginn des Jahres schrieben, die „große Umverteilung“ habe begonnen. In der Tat. Und trotzdem war es richtig und das zeigt sich heute schon.

Stoltenbergs Werk, sein erster Haushaltsentwurf, markiert genau diese Entwicklung, ist das Zeichen für den konkreten Auftakt dieser generellen Gegenreform in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Spezialisten der Deutschen Bank, die schon Kohls Regierungserklärung formulierten, werden auch da hilfreich zur Seite gestanden haben.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postcheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Die Frauen Albaniens und ihr Kongreß

Anfang Juni fand der 9. Kongreß des albanischen Frauenverbandes (Verband der Frauen Albaniens/BGSH) statt. Anwesend waren etwa 1500 Delegierte, Vertreter der Partei der Arbeit Albaniens (PAA) und ausländische Gäste aus Vietnam, Afrika, Palästina, Tansania, Mali, Zimbabwe, Azania, Brasilien, Dänemark, Spanien, Portugal, Canada, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Schweden, Frankreich, Peru, Ecuador, Kongo und Vertreterinnen der Gesellschaft albanischer Frauen in Amerika, die vor der Befreiung nach Amerika emigriert sind.

Am Eröffnungstag des Kongresses war auch der Genosse Enver Hoxha, Vorsitzender der PAA, anwesend. Die Grußadresse der PAA an den Frauenkongreß hielt der Genosse Pali Miska.



Ein Teil der Delegierten mit ausländischen Gästen

Der Kongreß fand in Durrës statt. Wer schon einmal in Albanien war, weiß, wie schön diese Stadt am Mittelmeer ist. Alle Hotels am Meer waren reserviert für die Delegierten und Gäste. Es war ein schönes Bild, als nach und nach Dutzende von geschmückten Bussen mit den Delegierten aus allen Teilen Albaniens ankamen und von der Bevölkerung empfangen wurden.

Überhaupt war es auffallend, wie dieser Kongreß von allen Albanern, also nicht nur von den Frauen, verfolgt und beach-

tet wurde. Wie es auch in unserer Grußadresse zum Kongreß stand, war dieser Kongreß ein Ereignis ersten Ranges für das ganze albanische Volk ebenso wie für die Partei der Arbeit. Bei uns wäre so etwas undenkbar, weil die Probleme der Frauen als Sache der Frauen und nicht als Sache der gesamten Gesellschaft angesehen werden.

Jeden Tag, wenn es zum Kongreßgebäude ging, war schon frühmorgens eine große Menschenmenge auf der Straße, die die Delegierten mit Musik und Tänzen empfing. Von da-

her waren diese Tage auch ein schönes, fröhliches Erlebnis.

Als am ersten Tag Genosse Enver Hoxha kam, war die Begeisterung natürlich groß. Auch daran kann man sehen, welche Wichtigkeit die PAA diesem Frauenkongreß beimißt. Und die Frauen waren unter anderem deshalb so begeistert über die Anwesenheit von ihm, weil für sie klar ist, daß die Frauen in Albanien heute immer noch unterdrückt und entrechtet wären, hätte sich das albanische Volk unter der Führung ihrer Partei mit Enver Hoxha an der Spitze,

Frauen bei der höheren Schulbildung und Hochschulbildung (auch für die Frauen in den Betrieben), sowie in führenden Gremien in den Betrieben, im Staat und auch in der Partei. Es ist keine Seltenheit, daß Frauen in Betrieben oder landwirtschaftlichen Genossenschaften

Papier und in der Praxis. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist für die albanische Frau eine Selbstverständlichkeit (während wir uns hier auf Demonstrationen u.ä. noch immer die Haken mit Transparenten „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ablaufen); daß die Frau einen Beruf erlernt, höhere Schulbildung erlangt — und vor allem danach auch tatsächlich ein Recht auf einen Arbeitsplatz hat — in Albanien alles normal. Kindergärten und -krippen, mit entsprechenden Öffnungszeiten, ermöglichen es eben auch Müttern, nach ihrem Schwangerschaftsurlaub wieder zu arbeiten.

Natürlich haben auch die albanischen Frauen noch gegen einige Probleme anzukämpfen. Zum Beispiel kommt es öfters vor, daß sich Frauen, wenn sie verheiratet sind und Kinder haben, teilweise aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben zurückziehen. Hier ist es die Aufgabe des Frauenverbandes, diese Frauen wieder politisch zu aktivieren. Außerdem kommt es vor, daß von Seiten der Männer auf Versammlungen etc. viel geredet, aber wenig getan wird. Das wird aber offensichtlich stark kritisiert und danach ändert sich das auch. Als weitere künftige Aufgaben sieht der

Frauenverband die weitere Hebung des politischen und technischen Bewußtseins zum weiteren Ausbau und zur Festigung der Emanzipation der Frau. Dazu haben die Frauen auch die Forderung an die Verlage gestellt, neue, aktuelle wissenschaftliche Bücher rauszugeben.

Insgesamt kann man sagen, daß auf dem Kongreß die wichtige Bedeutung und Rolle, die die Frau im sozialistischen Albanien darstellt immer wieder herausgestellt wurde. Auch in den Grußadressen der Partei, des Jugendverbandes, der Gewerkschaft kam zum Ausdruck, daß ohne die aktive Rolle der Frau in allen Lebensbereichen nichts erreicht werden kann. Für den sozialistischen Aufbau war es einer der größten Siege, die Gleichberechtigung der Frau herzustellen. Andersrum bedeutet deshalb der albanischen Frau das sozialistische System alles, weil sie weiß, daß sie sonst noch immer wie im Mittelalter leben würde. Deshalb ist auch der Einsatz der Frauen im Arbeitsbereich und im politischen Leben verhältnismäßig groß. Für sie ist klar, wenn es mit dem sozialistischen Aufbau nicht mehr vorwärts, sondern rückwärts geht, haben sie alles zu verlieren.



Genosse Enver Hoxha begrüßt die Frauen. Rechts von ihm die frühere Präsidentin des Frauenverbandes, Vito Kapo, links Lumturi Rexha, die heutige Präsidentin.

Einige Daten, Zahlen, Fakten...

- Der albanische Frauenverband wurde 1943 als „Verband der antifaschistischen Frauen Albaniens“ gegründet, hauptverantwortlich dafür war die Genossin Nexhmije Xhuglini (Hoxha).
- Im Befreiungskampf waren die Frauen aktive Kämpferinnen.
- Der erste Frauenkongreß fand am 4. November 1944 statt.
- Heute hat der Verband 600000 Mitgliederinnen.
- Beim 9. Kongreß waren von den 1500 Delegierten die Mehrzahl aus der Produktion; 470 hatten Hochschulbildung; 700 höhere Schulbildung; 798 waren zwischen 35 und 40 Jahre alt.
- Der Kongreß wählte Lumturi Rexha zur Präsidentin; im Vorstand des Generalrats sind 27 Genossinnen.

- 46 Prozent der Werktätigen sind Frauen, weiter stellen sie 51 Prozent der Schüler,
- 47 Prozent aller Schüler und Studenten
- 30 Prozent Parteimitglieder
- 33 Prozent Abgeordnete in der Nationalversammlung, dem höchsten Staatsorgan
- 30 Prozent am Obersten Gerichtshof.

- Schwangerschaftsurlaub für alle Frauen ein halbes Jahr
- Medikamente für Säuglinge ein Jahr kostenlos
- Die Kosten für Medikamente wurden insgesamt gesenkt
- Es gibt 2700 Mütter- und Kinderberatungsstellen
- 130 Kinderkrankenhäuser
- 2500 Kinderkrippen und -gärten

nicht von seinen Unterdrückern befreit und den Sozialismus aufgebaut.

Der Bericht der Präsidentin des Verbandes, Lumturi Rexha, und die Beiträge der Delegierten zeigten die Erfolge und Fortschritte, die in der Emanzipation der Frauen erreicht wurden. Herausstechend war immer wieder die starke Zunahme der

Frauen als Partisaninnen beteiligt waren und durch die Gründung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien änderte sich das schlagartig. Und zwar nicht so, wie bei uns (wir sind hier ja auch „gleichberechtigt“ — auf dem Papier), sondern auf dem



Eine Gruppe von Delegierten mit ihren Auszeichnungen



Vor dem Kongreßgebäude

Persönliche Eindrücke...

Immer wieder beeindruckend war für mich, daß der Kongreß nicht nur eine Sache der Frauen, sondern der gesamten Bevölkerung war — undenkbar bei uns; daß wir überall Frauen in leitenden Positionen, in den Werkstätten, als Ministerin, Direktorin, usw. trafen. Und alle diese Frauen, egal, was für eine Arbeit sie machten, unterschieden sich nicht voneinander. Alle waren sie gleich freundlich, einfach und offen — und selbstbewußt. Auch wenn die Frauen noch nicht vollständig emanzipiert sind, vor allem im familiären Bereich, muß es für die Frauen bedeutend einfacher als hier sein, sich durchzusetzen. Denn — und das ist das Besondere — wenn sie aktiv sein wollen, politisch, kulturell usw., haben sie die Gesellschaft, den Staat im Rücken, der sie in ihren Bemühungen

bestärkt und unterstützt. Einem Mann wird es sehr schwerfallen, so eine Frau zurückzuhalten oder an Heim und Herd zu binden. Außerdem löst sich das Problem meist sehr praktisch, wie auch einige Frauen erzählten. Dadurch, daß sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, Funktionen erfüllen, waren die Männer gezwungen, sich mehr oder genauso viel um Haushalt und Kinder zu kümmern.

Fazit: Auch wenn in einem sozialistischen Deutschland einiges anders ablaufen würde, schon allein durch eine andere Ausgangslage — die Eindrücke in Albanien zeigten mir sehr deutlich, daß eine Gleichberechtigung der Frau nur in einer sozialistischen Gesellschaft möglich ist, daß es sich lohnt, für dieses Ziel zu arbeiten und zu kämpfen.

Landesbezirksversammlung Baden-Württemberg der IG Drupa

„Für 35-Stunden-Woche, gegen neue Mittelstreckenraketen“

(Leserbericht von der Göppinger Versammlung)

Liebe Genossen, ich schicke euch hier einige Notizen vom Landesbezirkstag der IG Druck und Papier, der am 4./5. Juni in Göppingen stattfand. Dort wurde der bisherige Angestelltensekretär der IG Drupa, Werner Pfennig, der unter anderem in der Vergangenheit auf zahlreichen antifaschistischen und Friedensdemonstrationen, so auch am 30. Januar '83 in Mössingen auftrat, zum neuen Landesbezirksvorsitzenden gewählt.

Kampfes um die 35-Stunden-Woche kaum stattfand. Hier forderten die Delegierten mit großer Einmütigkeit die 35-Stunden-Woche ab 1984 bei vollem Lohnausgleich und ohne Stufenplan, womit sie allerdings über die Formulierung von Mahlein „in zwei großen Sprüngen“ hinausgingen.

Kollege Mahlein führte in seiner Rede auf dem Landesbezirkstag unter anderem folgendes aus:

zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit leisten, der dem Interesse der Arbeiter und Angestellten entspricht.“

Die Überstundenleistung in der BRD entspreche immer noch fast zwei Millionen Arbeitsplätzen. Daraus leite sich die Forderung an den Gesetzgeber nach Novellierung der nazistischen AZO ab, durch die Mehrarbeit erheblich erschwert werden müsse. Die Fähigkeit zur Massenmobilisierung sei das bestimmende Moment gewerkschaftlicher Gegenmacht.

Der neugewählte Landesbezirksvorsitzende der IG Druck und Papier sagte in seiner Vorstellung unter anderem:

„Die Wirtschaftskrise deckt wie nie zuvor Defizite in gewerkschaftlicher Organisationsarbeit und Politik auf. Arbeitslosigkeit und verschärfte Rationalisierungen wirken sich zum Teil verheerend auf das gewerkschaftliche Bewußtsein vieler Belegschaften aus.

Wir sind aber den Wirkungen der Krise nicht hilflos ausgesetzt. Wir können Unsicherheit und Desorientierung überwinden. Und zwar dadurch, daß wir von defensiven Positionen zu kämpferischen Orientierungen übergehen.

Die Warnstreiks im öffentlichen Dienst haben erneut bestätigt, daß Hunderttausende bereit sind, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen, wenn die gewerkschaftlichen Führungen sie dazu aufrufen.“

Zum Kampf gegen die Stationierung sagte Werner Pfennig unter anderem: „Ich halte Streiks in diesem Zusammenhang für legitim und notwendig bis hin zum Generalstreik.“ Aber dazu müsse in den Betrieben noch einiges passieren, vor allem auf Betriebsversammlungen die Nachrüstung diskutiert werden.“

Es gebe nur eine wirksame Form der Arbeitszeitverkürzung, „die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in mindestens zwei großen Sprüngen.“ „Weitere Einkommenseinbußen sind vor allem den Kollegen in den unteren Lohngruppen einfach nicht mehr zuzumuten.“

Wir müßten „den Beitrag



Druckereiarbeiter — sie haben schon einige große Streiks gemacht, vor fünf und sieben Jahren — von ihnen sind sicherlich viele zum Kampf bereit

Der Landesbezirkstag stand ganz im Zeichen der großen Bereitschaft der Delegierten, aktiv den Kampf gegen die drohende Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen zu führen. Das vor allem prägte die Stimmung auf der Konferenz, während leider eine konkrete Diskussion über die einzelnen Fragen des

„Man denkt nach ...“

Zechenschließungen sind geplant

Bund bestätigt Gerüchte

Niemand anderes als der Ruhrkohle-Chef Karlheinz Bund persönlich bestätigte, nach vielen Dementis und noch mehr Hin und Her, in der letzten Woche die seit — mindestens — Ende letzten Jahres anhaltenden Gerüchte über Zechenschließungen. Man dachte darüber nach, bestätigte er jetzt offiziell. Und jeder, der sich etwas auskennt, weiß, was dies gerade bei der RAG heißt: Die Pläne liegen in der Schublade.

5 500 Arbeitsplätze habe man in den letzten anderthalb Jahren bis Juni 83 bereits abgebaut, 1 000 weitere kämen dieses Jahr noch hinzu. So weit der Vorstandsbericht. In dem besonders unterstrichen wird, daß dies alles ohne Entlassungen vor sich gegangen sei.

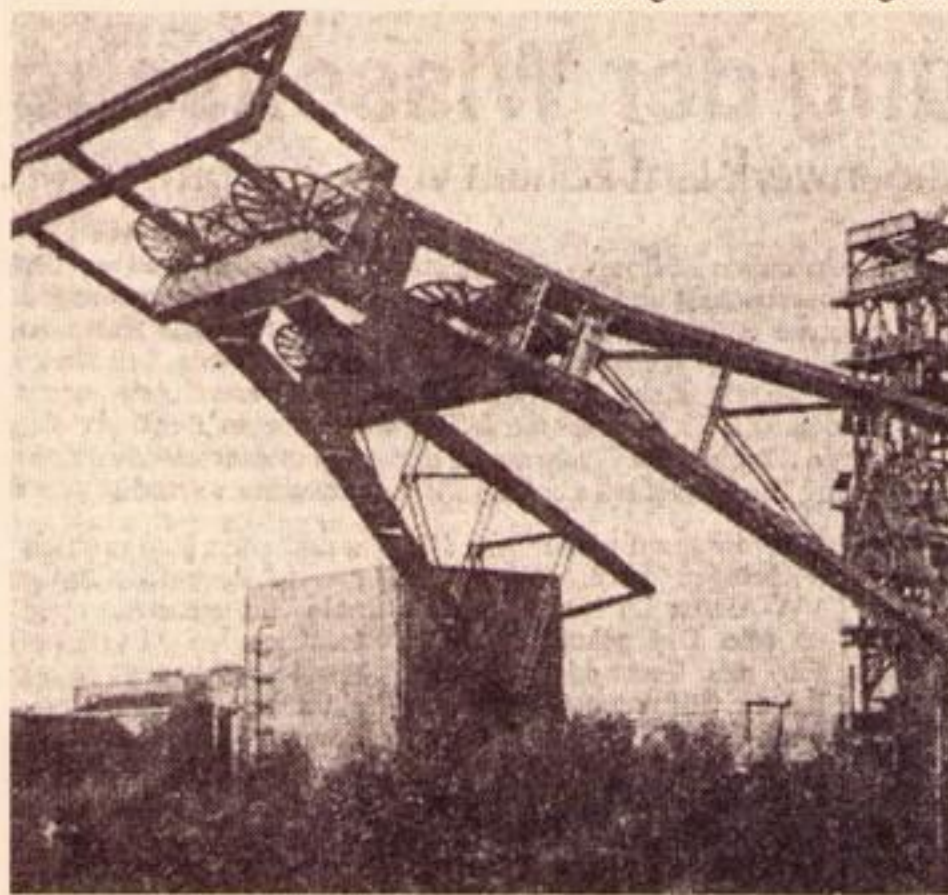
Fest stehen für dieses Jahr 17 Tage Produktionsstopp, die Förderung soll um 6 Millionen Tonnen auf 57 Millionen herabgefahren werden. Aber alles dies reiche nicht aus, unterstrich der Vorstand. So habe es allein bei der Koksnachfrage aus der Stahlindustrie einen Rückgang von rund 20 Prozent innerhalb eines Jahres gegeben. Drei Kokereien stehen bereits auf der Abschußliste.

In der Tat gelten die Krise der Stahlindustrie und die Kohleverstromung als die wichtigsten Ursachen für den Absatzrückgang der Steinkohle. Eigentlich, so der Vorstand, habe man im letzten Jahr 500 Millionen Mark Verlust erwirt-

schaftet, und nur den steuerlichen Abschreibungen von Untertageanlagen sei es zu verdanken, daß die Bilanz einiger-

maßen normal aussehe. Und so wird es auch in der Presse des Ruhrgebiets ausführlich wiedergegeben, als sei das Vorstands Wort sozusagen ein Gottesurteil. Womit, unter anderem, einmal mehr die Legende genährt werden soll, die Ruhrkohle AG sei eigentlich gar kein normaler „marktwirtschaftlicher“ sprich kapitalistischer Betrieb.

Wobei geflissentlich so getan



Zechentod — soll das erneut Alltag an der Ruhr werden? Diesmal ohne Ersatzarbeitsplätze für die Kumpels?

Tarifverhandlungen im Gebäudereinigerhandwerk NRW

Warnstreiks der Putzfrauen

IG BSE schlägt 5 Monate Lohnpause vor

Die Lohnverhandlungen im Gebäudereinigerhandwerk NRW sind gescheitert. Und dies, obwohl die Industriegewerkschaft Bau Steine Erden einen sogenannten Kompromißvorschlag machte, der eine Laufzeit eines neuen Tarifvertrags vom 1. Mai 83 bis 30. September 84 vorsah, mit einer Erhöhung der Tariflöhne um 3,8 Prozent ab 1. Oktober 83, also mit einer fünfmonatigen Lohnpause. Den Kapitalisten war das nicht genug.

In den kleineren, gewerkschaftlich schwächer organisierten Bereichen, dort wo sie meinen, auf weniger Widerstand zu treffen, da wollen die Kapitalisten sowohl Exempel statuieren als auch, versteht sich, diese Bereiche profitabler machen. Jetzt soll es, salopp ausgedrückt, den Putzfrauen an den Kragen gehen.

Eine Gewerkschaft, die von sich aus in der dritten Verhandlungsrunde Lohnverzicht für fünf Monate vorschlägt? Das reicht ihnen nicht. Denn: Das gab es schon im letzten Jahr, die Nullmonate, die berückten. Ohne großes Aufsehen. Aber jetzt muß mehr fürs Kapital, für die Krauter herauskommen, einen Schritt weitergegangen werden.

Vor allem eben in Nordrhein-Westfalen. Während in den anderen Bereichen des seitherigen Tarifverbunds Nord die Kapitalisten dem mehr als seltsamen „Kompromißvorschlag“ der IG Bau Steine Erden zustimmten, lehnten diese rundweg ab. Das bedeutete faktisch die nötige Auflösung dieses Nordverbundes.

So rief die IG BSE zu Kampfaktionen auf. Nach Bielefeld und Paderborn streikten in der letzten Woche auch Putzfrauen in Dortmund. In dieser Woche soll es zu weiteren Warnstreiks kommen, unter anderem an der Universität.

Die Empörung der Frauen richtete sich vor allem darauf, daß die Kapitalisten rundweg nichts mehr bezahlen wollen und dies als Diktat vor sie hinstellen. Zu Recht wurde darauf verwiesen, daß hier offensichtlich einmal mehr versucht wird,

in einem — relativ — kleinen und nicht besonders stark organisierten Bereich ein Exempel zu statuieren.

Die Stimmung der Streiken-

den in Dortmund war gut, was sich in Plakaten und Liedern ausdrückte, erst recht, als Vertreter der Firma Spoddeck (mit über 2000 Beschäftigten eine der größten Reinigungsfirmen überhaupt) ankamen. Dabei wurde zu Recht auch gefordert, daß die Glasreiner in die Warnstreiks einbezogen würden. (Ein weiterer Bericht folgt.)

Attraktiv ist die Ausbeutung

„Gesamtmetall fordert Lohnopfer im Revier“. Mit dieser Schlagzeile erschien am 24. Juni die größte Zeitung des Ruhrgebiets, die „WAZ“.

Das ist der zweite konkrete Vorstoß in dieser Tonart innerhalb eines halben Jahres. Damals hatte der saarländische FDP-Chef Klumpp gefordert, die Saar müsse das Billiglohnland in der BRD werden.

Die Begründung in beiden Fällen: Nur bei Lohnsenkungen, bei — zumindest teilweiser — Aufhebung der Tarife sei es für Unternehmer „attraktiv“, Arbeitsplätze anzubieten.

Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosenunterstützung und zur Kürzung der Sozialhilfe sollen dies „flankieren“, die Bereitschaft für weniger Lohn zu arbeiten ankurbeln sozusagen.

Das Bedeutsame an dem jetzigen Vorstoß ist, daß er zum einen seit längerem vorbereitet wurde, Presseartikel „mun- kelten“ seit zwei, drei Wochen davon und, zum zweiten, daß er jetzt offiziell vom mächtigen Verband der Metallkapitalisten veröffentlicht wurde.

Sicher ist auch dies kein Programmpunkt für sofort, aber die Herren Kapitalisten haben auch deutlich gemacht, daß es ihnen nicht um eine ferne Zukunft geht.

Konkret lautet der Vorschlag, in allen Arbeitsamtsbezirken mit — gegenwärtig — mehr als 8 Prozent Arbeitslosigkeit sollen Abschlüsse vom Tariflohn gemacht werden.

Karl Marx, so lautet — mindestens — seit Jahrzehnten die bürgerliche Propaganda, sei eben restlos überholt. Es gäbe gar keinen echten Kapitalismus mehr, sondern die Marktwirtschaft, die soziale, natürlich.

Oder, wie es bezeichnenderweise in letzter Zeit wieder verstärkt gesagt wird, beispielsweise von Wolf von Amerongen, eben nicht mehr die Marktwirtschaft, die soziale, sondern, im Gegensatz dazu die „freie“. Was dasselbe ist und doch eben auch nicht. Es ist dasselbe: Ausbeutung der Arbeiter, Anhäufung von milliarden schweren Privatvermögen usw. Aber der freie Unternehmer wird noch mehr befreit: von Tarifverträgen beispielsweise, die es ihm leider so schwer machen, den von ihm vielgeliebten Proleten Arbeit „zu geben“. Und noch von manchem anderen mehr will er befreit werden.

Und sicher ist das ernstgemeint. Bestimmt würden an der Ruhr neue Fabriken aufgemacht, wenn die Arbeiter dieselbe Arbeit für, sagen wir, 2 Mark weniger machen würden. Und da sich das Arbeiten „lohnen“ muß, auch wenn der Lohn nicht höher sein sollte als heute die Arbeitslosenunterstützung, muß diese eben, „flankierend“ erstmal gesenkt werden. Ist doch logisch, oder?

Nein, an Logik fehlt es ihnen wirklich nicht. Auch nicht an Geld. Und schon gar nicht an Erklärungen für die Gründe des heutigen Übels. Was ihnen fehlt, sind die richtigen Attraktionen. Arbeiter, die sich jeden Morgen dafür bedanken, daß sie kommen dürfen, das wäre was. Aber nur, wenn diese Dankbarkeit sich auch in Lohnverzicht äußert.

Die allergrößte Attraktion für sie ist die schrankenlose Ausbeutung. Ausbeutung sowieso und heute erst recht schrankenlos, zwecks dem Aufschwung der Profite.

Um im Bild zu bleiben: Selbst wenn sie wirklich jemals Karl Marx „überholt“ hätten, so hat er sie inzwischen wieder eingeholt. In Wirklichkeit wird natürlich nur das deutlicher, was ohnehin die ganze Zeit über stimmte, daß es sich um eine kapitalistische, um eine Ausbeutergesellschaft handelt. Was vor 20 oder 10 Jahren auch nicht anders war, nur daß die Bemühungen, dies klarzumachen so manches Mal etwas verkrampft waren. Jetzt werden eben die Schranken abgebaut ...

Es wird attraktiv, Kapitalist zu sein, wieder attraktiv (was nicht heißen soll, daß es bisher ein bitteres Los gewesen sei). Schafft Attraktionen für das arme, sorgengeplagte Kapital, so schallt der Ruf nach Bonn, mehr, schneller, besser, usw. usw.

Für die Arbeiter müßte es da wieder attraktiv werden, Kommunist zu sein, Sozialist. Wenn die Kapitalisten schon Karl Marx bestätigen, kann man sich daran erinnern, daß er ja auch seine Vorstellungen darüber hatte, wie man die armen Millionäre, Aktionäre, Fabrikbesitzer von ihren Sorgen befreit. Eine Attraktion ist es ohne Zweifel, nur eben nicht für die Kapitalisten: Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, weil die Ausbeuter enteignet sind. Eine Gesellschaft, in der diese Leute endlich nicht mehr bestimmen, endlich nichts mehr zu sagen haben. Sozialismus eben.



HBV-Solidaritätsveranstaltung

Sofortige Wiedereinstellung von Beate Hasenjürgen!

Personalinformationssysteme mehrheitlich rundweg abgelehnt

Am Dienstag, dem 21. Juni, fand in der Dortmunder Sozialakademie eine Solidaritätsveranstaltung der HBV mit der von der Signal-Versicherung gekündigten Betriebsrätin Beate Hasenjürgen statt. Rund 120 Teilnehmer sprachen sich dabei nachdrücklich für die sofortige Wiedereinstellung der Kollegin Hasenjürgen aus. Sie war gekündigt worden, weil sie die Belegschaft über Pläne für Personalinformationssysteme informiert hatte, die die Geschäftsleitung gerne heimlich über die Bühne gebracht hätte, (der „Rote Morgen“ berichtete). Die Veranstaltung diente auch zur Vorbereitung für den ersten Termin vor dem Dortmunder Arbeitsgericht am Mittwoch, dem 29. Juni um 10.30 Uhr.

Auf dem Podium der Veranstaltung diskutierten die Kollegen Reppel (BR Opel Bochum), Schellbach (PR Stadt Dortmund) und die Kollegin Jorczik (BR Salamander) sowie Professor Friedrich (Uni Dortmund, Abt. Informatik) und Jürgen Jürgens vom HBV-Vorstand. Und natürlich Beate Hasenjürgen selbst.

Kollege Reppel sprach sehr ausführlich über den Kampf gegen das vielleicht bekannteste Infosystem PAISY bei Opel, ein Kampf, der sich über drei Jahre (in Bochum) bisher hinzog. Über hundert verschiedene Flugblätter der Gewerkschaft, des Betriebsrats und verschiedener politischer Organisationen hätten dafür gesorgt, daß die Stimmung in der Belegschaft gegen PAISY nach und nach stärker geworden sei, daß über 6000 Unterschriften dagegen im Werk gesammelt worden seien, daß die Geschäftsleitung in 12 Verfahren vor der Einigungsstelle auch ein paar Abstriche machen müssen. Trotzdem wurde bisher die Forderung, die Kollege Reppel nochmals nachdrücklich verteidigte, nämlich nach völliger Abschaffung von PAISY nicht erfüllt.

Bei der Darstellung der verschiedenen Aspekte der neuen Techniken im HBV-Bereich rief auch der Bericht der Kollegin Jorczik über die Computerkassen bei Salamander einige Aufmerksamkeit hervor. Hier ist eine Methode der Dauerüberwachung der Arbeit jeder einzelnen Verkäuferin gefunden worden, die auch ständig abrufbar ist, mit der auf diese Weise sogenannte Tätigkeitsprofile ausgearbeitet werden können, wie auch Stoßzeiten registriert usw.

Rainer Schellbach verwies in seinem Beitrag auf die Tradition der Personalbeurteilungen im Kapitalismus und erklärte den Beschluß des Gewerkschaftstages der ÖTV 1980, der sich grundsätzlich gegen Personalinformationssysteme wendet.

Professor Friedrichs arbeitete in fünf kurzen Thesen den Unterschied früherer Personal-karteien, erster Computereinsätze im Betrieb und in den Personalabteilungen zu den heute geplanten bzw. bereits eingeführten Infosystemen her-

aus, die nicht nur viel schneller und umfassender seien, sondern eben auch neue Möglichkeiten der Bewertung und so der Rationalisierung der Arbeitsabläufe im Betrieb ermöglichten.

Die Darstellung der Kollegin Hasenjürgen schließlich über ihren Fall machte deutlich, daß es hier eben nicht in erster Linie um diese oder jene betriebliche Maßnahme geht, sondern um die Abschaffung von Rechten von Betriebsräten, um die Unterdrückung der Arbeit engagierter Betriebsräte durch die Geschäftsleitung.

Im Verlauf der sich anschließenden Diskussion ging es zum einen um die Frage, ob man bei geplanter Einführung von Personalinformationssystemen grundsätzlich ablehnend Stellung nehmen sollte oder Kontrollrechte usw. fordern sollte. Und dementsprechend auch um die Frage, ob Widerstand auf betrieblicher oder auf gewerkschaftlicher Ebene organisiert werden sollte. Dabei vertrat der Kollege vom Hauptvorstand der HBV als einziger ausdrücklich (neben einigen Kollegen, die ihre Zweifel in bezug auf die Durchsetzungsmöglichkeiten hatten) die Position, daß es lediglich um Kontrollrechte und Einschränkung solcher Systeme gehe. In diesem Zusammenhang plädierte er auch ausführlich für die Mitbestimmung, womit er keinen besonders großen Beifall bekam.

Zahlreiche Teilnehmer drückten im Verlauf der Diskussion ihre Meinung aus, die diejenige des Kollegen Reppel gewesen war, daß es nämlich darum gehe, der Einführung solcher Systeme grundsätzlich Widerstand entgegenzusetzen und daß deswegen auch der Widerstand der ganzen Gewerkschaft nötig sein würde. In diesem Zusammenhang kündigte die Dortmunder Ortsverwaltung der HBV für den Herbst verschiedene Bildungsveranstaltungen für Betriebsräte der einzelnen Tarifbereiche zu diesem Thema an.

Verschiedentlich wurde auch die Haltung des Betriebsrats von Signal angesprochen und kritisiert, der ja der Kündigung der Kollegin Hasenjürgen zugestimmt hatte. Dabei wurde insbesondere herausgestellt, daß inzwischen bei einem größeren

Teil der Signal-Belegschaft ein wachsendes Interesse an diesen Fragen und eine wachsende Ablehnung festzustellen sei, daß die gesteigerte Aktivität der HBV-Betriebsgruppe zum ersten Mal auf einer Betriebsversammlung mit großem Beifall bedacht worden sei. Daß also die ganzen Vorfälle dazu geführt haben, daß sich im Betrieb etwas bewegt, eine Entwicklung die ganz sicherlich nicht im Sinne der Geschäftsleitung liegt, die mit ihrer Kündigung ja gerade das Gegenteil bewirken wollte.

Die zahlreich erschienene Presse sollte eigentlich dafür sorgen, daß der „Fall“ Hasenjürgen und diese Veranstaltung weiterhin bekannt gemacht werden und so auch die notwendige Solidarität mit aktiven Betriebsräten verstärken.

Nachdem die Teilnehmer der Veranstaltung abschließend eine Solidaritätsresolution mit der Kollegin Hasenjürgen, die sich zugleich mit allen gemäßregelten Betriebsräten solidarisierte, verabschiedet hatten und zum Prozeß in der folgenden Woche aufgerufen worden war, entspann sich noch eine interessante Diskussion um den Verkauf eines Coop-Ladenlokals an die faschistischen „Grauen Wölfe“ in Dortmund. Wobei die HBV-Ortsverwaltung Schwierigkeiten hatte, den Teilnehmern die gewerkschaftliche Stellungnahme zu erläutern, daß alles aus einem Mangel an Information geschehen sei, auch nicht sicher, daß es wirklich „Graue Wölfe“ seien usw., was auf vehementen Widerspruch desjenigen Teils der Teilnehmer traf, die sachkundig und teilweise auch betroffen waren.

Das war das zweite Mal, daß die „gemeinwirtschaftlichen Betriebe“ einigen Vertretern höherer Gewerkschaftsebenen an diesem Tag Kopfzerbrechen machten: Schon vorher war kritisiert worden, daß auch diese Betriebe in bezug auf Personalinformationssysteme tätig sind.

Insgesamt war dies sicher eine recht gelungene Veranstaltung, wenn auch, nicht ganz zu Unrecht, von verschiedenen Teilnehmern anschließend bemängelt wurde, es sei zu viel über PAISY und Co geredet worden und zu wenig über die Entlassung aktiver Betriebsräte.

Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe Hoesch/Dortmund

Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Obwohl die große Aufregung um das Moderatorenpapier zunächst verfliegen schien, ist es ganz und gar nicht so, daß dadurch in der Stahlindustrie „Ruhe“ eingekehrt wäre, im Gegenteil. Bis zum großen Gesamtplan, von dem gerade jetzt wieder immer neue Varianten besprochen werden, haben die einzelnen Vorstände der Unternehmen sich daran gemacht, mit betrieblichen Kahlchlagsprogrammen schon mal den vorgegebenen Zeitplan der Arbeitsplatzvernichtung einzuhalten, was bisher auch geschah. Zur Vertrauensleuteversammlung in der Dortmunder Westfalenhalle verteilte die Betriebsgruppe Hoesch der RGO das folgende Flugblatt, das für die aktuelle Lage in gewisser Weise charakteristisch ist.

Kolleginnen und Kollegen!

Die nächsten Tage bis zum 30. 6. werden mit darüber entscheiden, ob die Belegschaft Rohwedders Marsch in Richtung Kaltwalzwerk GmbH stoppen kann, oder ob uns — verbunden mit vagen Versprechungen für das Stahlwerk — erneute Vorleistungen abgepreßt werden. Rohwedder wird am Donnerstag, den 30. 6., im Aufsichtsrat der Hütte die Stillelegung der Feineisenstraße (P4) auf der Westfalenhütte zum 30. 9. beantragen. Wie üblich in solchen Fällen fährt er mit „roten Zahlen“ als Begründung auf.

Wer sich nur etwas mit den bilanztechnischen Tricks und den sogenannten betriebswirtschaftlichen Gründen auskennt, der wird unschwer erkennen, daß diese Straße in den letzten Monaten systematisch kaputtgerechnet worden ist. Schon vor Monaten haben die Verkäufer den Kunden signalisiert, daß man diese Straße dichtmachen will. Dementsprechend wurde überhaupt nicht mehr das, was möglich war, an Aufträgen reingeholt. Tatsache ist lediglich, daß der Tausch der Feineisenproduktion gegen eine bestimmte Menge Warmbreitband für Hoesch mehr Profit verspricht und genau in die strategischen Überlegungen der Kaltwalzwerk GmbH paßt.

Die Auseinandersetzung um die Arbeitsplätze der P4 ist daher ein Prüfstein dafür, wer überhaupt bereit ist, sich der Kahlchlagspolitik Rohwedders ernsthaft zu widersetzen.

Die RGO begrüßt zwar, daß inzwischen alle drei Betriebsratsgremien die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten aufgefordert haben, dem Antrag auf Schließung der P4 nicht zuzustimmen, aber bekanntlich reicht das ja noch nicht aus, um die Schließung auch tatsächlich zu verhindern. Lediglich zu hoffen, daß der sogenannte neutrale Mann mit den Arbeitnehmern stimmen wird, hat sich in vielen Fällen als ein Fehlschlag erwiesen.

Wir halten es auch für völlig verfehlt, wenn jetzt von führenden Betriebsräten gesagt wird,

die Schließung der P4 selbst sei nicht zu verhindern, man müsse daher diese Sache nur als Anlaß nutzen, um von Rohwedder noch mal etwas mehr Klarheit über den Bau des Stahlwerks zu bekommen. Diese Position signalisiert also schon im Vorfeld die Bereitschaft zu neuen Vorleistungen der Belegschaft und stellt damit schon selbst die Aufsichtsratsbeschlüsse vom Mai 1981 in Frage. Lassen wir uns darauf ein, wird Rohwedder nur erneut ermuntert, weitere Vorleistungen zu fordern, z. B. die Schließung der P1 auf Union, die sowieso ca. 40 Prozent ihrer Produktion verlieren würde bei einer Stilllegung der P4.

Die RGO meint, wenn es nicht zu spät sein soll, dann ist jetzt der Zeitpunkt für Widerstandsaktionen der Belegschaft. Das muß auch das Hauptthema der heutigen Vertrauensleute-vollversammlung sein.

Wir rufen auch alle Kolleginnen und Kollegen auf, nächste Woche geschlossen an der großen Belegschaftsversammlung aller drei Werke teilzunehmen. Wir meinen, diese Belegschaftsversammlung kann der Auftakt zu einer echten Widerstandsaktion werden. Aber nur dann, wenn ihr am Donnerstag, dem Tag der entscheidenden Aufsichtsrats-sitzung, Aktionen folgen, die eindeutigen Kampfcharakter haben und nicht nur symbolisch gemeint sind. Künftige Aktionen müssen mit klaren Forderungen verbunden sein, wir müssen alle bereit sein, sie solange durchzuhalten, bis die Forderungen erfüllt sind. In der jetzigen Situation muß unserer Meinung nach gefordert werden:

Keine Schließung der Feineisenstraße!

Stahlwerk jetzt!

Und all denjenigen, die behaupten, das läßt sich nicht bezahlen und daher auch nicht durchsetzen, muß die Kampfperspektive entgegengesetzt werden, die die Vertrauensleute fast aller Stahlbetriebe mit ihren Resolutionen im Januar dieses Jahres angepeilt haben:

Verstaatlichung der Stahlindustrie bei Arbeitsplatzgarantie! Gemeinsamer Kampf aller

Stahlarbeiter!

Erhalt aller Standorte!

Forderungs- und Zinsverzicht der Banken!

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Personal-ausgleich!

Was viele (und vor allem auch viele Betriebsräte) vor zwei Jahren nicht wahrhaben wollten, ist jetzt eingetreten. Beim jüngsten Bittgang in Bonn ließ der Graf mit dem Krückstock die drei Betriebsratsvorsitzenden mit ihren Wünschen voll abblitzen. Keine Hilfen aus Bonn für den Bau des Stahlwerks, keine Hilfen über das Jahr 1985 hinaus. Frechweg behauptete er, das habe er den Hoesch-Arbeitern auch niemals versprochen.

Nun hilft es jetzt wenig, darüber zu jammern. Schon vor zwei Jahren, als Kurt Schrade den Grafen noch einen Freund der Hoesch-Arbeiter nannte, gab es schon genügend Stimmen, die klar sagten: Wer den Politikern traut, hat auf Sand gebaut. Doch diese Stimmen wurden damals nicht gern gehört. Wie üblich reagierte Rohwedder taktisch äußerst geschickt auf diese neue Lage. Er weiß sehr genau, daß diese kalte Dusche aus Bonn Proteste auslösen kann, die sich dann auch gegen ihn richten. Wenn er jetzt sagen würde, ohne Hilfen aus Bonn könne er leider das Stahlwerk nicht bauen, würden viele dieses abgekartete Spiel zwischen Vorstand und Politikern durchschauen. Um uns einzulullen, sagt er einfach, das Stahlwerk bleibe weiter in seinen Plänen, vorausgesetzt, es würden in den nächsten Jahren genügend Gewinne gemacht.

Die RGO meint: Rohwedder betrügt die Belegschaft, von Anfang an wollte er kein Stahlwerk bauen und will es heute weniger denn je. Er kämpft nicht für Hoesch, sondern er hat den Auftrag der Banken, den Stahlstandort Dortmund plattzumachen und vorher alle Schulden- und Zinsforderungen der Banken zu erfüllen.

Für die Aktionäre und Banken ist es der Retter ihrer Profite, für uns ist er der Arbeitsplatzkiller Nr. 1 und der Totengräber von Dortmund.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: 0231/832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231/433691 (92).

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: 0611/491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 Hannover 81, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9-13 Uhr + 15-18 Uhr; Mi 9-13 Uhr; Sa 10-13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171/41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18 Uhr; Sa 11-13 Uhr.

In Hamburg wurde vor kurzem durch breitangelegte Solidaritätsaktionen die drohende Auslieferung eines Asylbewerbers an die faschistische Türkei verhindert. Eine der aufsehenerregendsten Aktionen war dabei der Sitzstreik Hella Frankes (der RM berichtete).

Mit Hella Franke, die nach der Freilassung Hüseyin Incis ihren Sitzstreik ausgesetzt hat, sprach in Hamburg der Genosse Detlef Schneider. Wir bedanken uns bei Hella für das Interview, das wir im folgenden — aus Platzgründen leider gekürzt — veröffentlichen.

„Es ist nie nötig, zu resignieren“

Interview mit Hella Franke

RM: Hüseyin Inci ist vor zwei Wochen aus der vorbereitenden Auslieferungshaft entlassen worden. Wie die taz berichtet, hat er sich besonders bei dir bedankt im Rahmen der vielfältigen Solidaritätsaktionen, die es da gegeben hat. Bevor wir jetzt auf deine Aktion speziell zu sprechen kommen, kannst du noch mal den allgemeinen Hintergrund dieses Falles kurz schildern?

Hella: Ein wichtiger Aspekt dabei ist, daß vor einigen Monaten die geheimdienstliche Zusammenarbeit zwischen der BRD und der Türkei — auch die CIA ist darin verwickelt — insgesamt der westdeutschen Öffentlichkeit sehr breit bekannt wurde und sehr offensichtlich auch auf Widerspruch stieß.

Das war der eine Aspekt, und der andere war, daß ich mich vor kurzem für die Freilassung von Cemal Kemal Altun, der als Asylbewerber in Westberlin in Auslieferungshaft sitzt, seit nunmehr fast einem Jahr, und der durch einen sehr massiven Protest kurz nach der Bundestagswahl buchstäblich in allerletzter Minute vor der Auslieferung an die Türkei gerettet wurde, daß ich mich für diesen Cemal Kemal Altun und seine endgültige Freilassung aus der Haft einzusetzen begonnen hatte, und gerade die Kopien der Telegramme, die für ihn aus mehreren europäischen Ländern an die Bundesregierung geschickt worden waren, stundenlang gesichtet hatte. Das war ein sehr tiefes Erlebnis für mich. Das kann ich auch überhaupt nicht so einfach vergessen, wie die Menschen, die verschiedenartigsten Menschen aus allen möglichen Bereichen sich da geäußert haben. Und auch, wie blitzschnell sie gehandelt haben. Es ging da wirklich darum, daß es möglichst am 13. oder 14. oder spätestens am 15. oder 16. März passieren mußte, und das haben diese Leute auch wirklich alle geschafft.

Jetzt zur Sache: Ich habe, einen Tag, nachdem ich das gelesen hatte, erfahren, daß hier in Hamburg, wo ich wohne, Hüseyin Inci in Auslieferungshaft genommen worden war. Das hat mich sehr empört, weil eigentlich die Sache mit Altun noch kaum verklungen war, also eigentlich noch sehr gegenwärtig im Bewußtsein von vielen war. In Hamburg war zum Beispiel ein Fackelzug mit 200 bis 250 Teilnehmern durchgeführt worden. Und da fand ich es eben ungeheuerlich, daß der SPD-Senat von Hamburg es sich herausgenommen hat, einen jungen türkischen Antifaschisten in Auslieferungshaft zu bringen.

RM: Nun hat es ja gleich nach der Inhaftierung Hüseyin Incis eine ziemlich breite Welle der Solidarität gegeben, von Bewohnern in seinem Stadtteil Wilhelmsburg, Kommilitonen

an der HWP (Hochschule für Wirtschaft und Politik), wo er hier studiert, und innerhalb dieser Solidarität ist nun deine Aktion, also dein unbefristeter Sitzstreik, so etwas wie ein Kristallisationspunkt geworden. Bist du so ganz spontan auf diesen Gedanken gekommen?

Hella: Nicht so ganz spontan. Ich hatte davon gehört, daß sich etwa 100 Menschen zwei Tage nach Hüseyins Verhaftung getroffen haben und in einer unbefriedigten Stimmung wieder auseinander gegangen waren, mit dem Entschluß, Flugblätter zu machen, Unterschriften zu sammeln und Infostände zu machen, also ein Vorgehen, das mit nicht gerade als erfolgversprechend einschätzen kann. Ich habe dieses Treffen selbst nicht erlebt, ich hörte nur davon, und ich habe unter dem Eindruck der Informationen, die ich vorhin genannt habe, die Sache zwei Tage so mit mir rumgeschleppt und wußte es dann einfach plötzlich, daß ich das machen muß und daß ich da auch Erfolg mit habe, deswegen, weil die geheimdienstliche Zusammenarbeit, die Kampagne für Altun einfach Bausteine waren, die mir die Gewißheit gaben: ich würde nicht allein stehen damit, und ich wußte ja auch, daß seine Mitstudenten was tun würden. Ich dachte erst noch, ich müßte zwei andere suchen, um das zu dritt zu machen, und da hat mir eine Freundin Mut gemacht, diese Sache ganz allein zu machen und ganz persönlich: „Ich fordere: Keine Auslieferung von Hüseyin Inci“ an die Öffentlichkeit zu treten. Das hat sich dann einfach so ergeben, und ich habe sofort gedacht, daß ich auch an Künstler herantreten könnte und daß die Künstler auch meinen Sitzstreik bereichern könnten, was sie dann auch wirklich getan haben. Ich habe das dann abends als festen Entschluß in die Versammlung vom Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis eingebracht und stießunmittelbar auf Zustimmung, und es wurde sofort sehr praktisch überlegt: die einen machen die Stelltafeln, und die anderen machen das Transparent, und jemand kann-te einen „Stern“-Redakteur, der wurde ins Bild gesetzt, und ich kümmere mich um die Presse- und Medienleute und Künstler. Und das lief phantastisch Hand in Hand. Die Stelltafeln waren so großartig, das Transparent — alles wunderschön gemacht, und die Künstler waren begeistert und sogar die Leute von der Presse und im NDR-Hörfunk und Fernsehen waren ausgesprochen aufgeschlossen.

RM: Du hast dann faktisch den ganzen Tag jeweils in der Hamburger Innenstadt gesessen mit deinem Stand, mit Materialien, Transparenten. Wie war denn da die Aufgeschlossenheit oder Nicht-Aufgeschlossenheit

der Leute, die da vorbeikamen?

Hella: Ja, die vorbeikommenden Leute nahmen sehr viel die sehr schön gedruckte Erklärung von mir, und sie haben sie irgendwie auch gelesen, also, sie fingen an zu lesen. Wir können das auch in einem Film zeigen, der in Arbeit ist, in einem Videofilm, daß sie sich schon ein bißchen vertieften in die Flugblätter, sie sahen aber auch besonders die Stelltafeln mit den Berichten über Folter oder mit den Berichten über Hüseyin Inci selbst sehr betroffen an. Es gibt in diesem Film drei Interviews, die das nochmals sehr genau wiedergeben, daß die Menschen zum Teil einfach nicht wissen, was überhaupt in der Türkei für Zustände herrschen, und die sich sofort in Verbindung gesetzt fühlen mit unserer eigenen dunklen Vergangenheit. Die haben sich oft unmittelbar solidarisiert geäußert.

RM: Also war die Reaktion vorwiegend positiv ...

Hella: Es ist so gewesen: Am ersten Tag des Sitzstreiks, am 2. Juni nachmittags, kam ein, wie ich denke, „Grauer Wolf“ mittleren Alters, der so argumentierte, wie das da wohl geläufig ist: Vor drei, vier Jahren haben sich Links und Rechts die Köpfe furchbar blutig geschlagen, da habt ihr euch nicht gekümmert; und dann, so mit einer harschen Handbewegung zu meinem Transparent: „Und um den einen da macht ihr so ein Palaver“. Da gab's also ein irrsinniges Wespennest von Diskussionen, die insgesamt eine Stunde dauerten. Dieser Mann war äußerst empört, aber er hatte überhaupt keinen Boden. Er hat mich erst mal sehr eingeschüchtert, aber die türkischen Freunde, die den Büchertisch immer betreut haben und an meiner Seite waren, haben sehr locker, möchte ich sagen, sehr leger mit ihm diskutiert, er konnte da nicht viel ausrichten. Und eine junge Hamburgerin, so etwas netter gekleidet, hat erst mal dann in der Diskussion sich auf seine Seite geschlagen, auf einmal fing sie dann aber an, über das Franco-Spanien und die Hinrichtungen und so zu reden, und wir hatten sie eigentlich nachher mit ihrem starken Diskussions-Engagement auf unserer Seite. Nach einer Weile machte dieser Mensch sich dann an die Seite, er war dann nicht mehr da. Dann war da aber so ein Deutscher, der auch so'n bißchen faschistoide Richtung hatte, und dann gab's wieder tolle Diskussionen. Es war ein fantastischer Aufruf, und zwischendurch war ein junger Arbeiter da, der auch mal seine normale Anschauung dargelegt hat und Ruhe ausgestrahlt hat, daß eben der dicke Bauch des Unternehmers immer will, will, will, und wir wollen eigentlich nur Arbeit und Leben. Das hat er sehr einfach dargestellt, das gefiel mir sehr gut. Diese Dis-

kussion wurde eigentlich durch den Angriff überhaupt erst in Gang gesetzt, und hatte ein tolles Ergebnis, da war einfach Leben in der Bude.

RM: Nun ist die Abschiebehaft ja aufgehoben worden. Du hattest in deiner Erklärung gefordert, daß die Hamburger Justizsenatorin Leithäuser gegenüber der Staatsanwaltschaft von ihrem Weisungsrecht Gebrauch macht. Das hat sie nicht getan, die Staatsanwaltschaft selbst hat sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, daß sie sich nicht unter den „Druck der Straße“ setzen lassen will. Nun ist die Sache aber doch gelaufen, Hüseyin Inci ist freigelassen worden, wie würdest du das denn einschätzen mit dem Druck der Straße?

Hella: Ja, das kann ich schon so sagen, daß im Verlauf der Freilassungskampagne für Hüseyin Inci eigentlich sein Name gar nicht mehr so recht aus der Presse rauskam, und die für Bafög kämpfenden Studenten auch noch einen Anteil daran hatten und das Komitee seiner Kommilitonen für seine Freilassung auch recht feurig war, sie haben viel gemacht, eine Vollversammlung, den Herrn Damkowski von der unabhängigen Untersuchungskommission, die in die Türkei gereist und gerade mit Berichterstattungen zurückgekommen war, unter Feuer gesetzt.

Wir hatten noch den Glücksfall, daß die Hamburger Justiztage stattgefunden haben. Ich habe mich mit einem (sehr teuren) Telegramm bei der Justizsenatorin gemeldet, als ich davon erfuhr, ich hab' dann meinen Sitzstreik dahin verlegt ...

RM: Das war so eine Art offener Tag der Justiz, oder was ...

Hella: Ja, „Justiz zum Anfassen“. Davor war am 11. Juni auch die Demonstration gewesen in vielen Städten der BRD gegen die Hinrichtungen und Massaker in der Türkei sowie die Auslieferungspraxis hier, die haben wir auch an Hüseyins Gefängnis vorbeigeführt, das war eine Riesenaktionseinheit aller türkischen Gruppen, die war auch sehr engagiert, und da gab's auch eine sehr gute Rede von Regula Schmidt-Bott von der GAL. Es ist aber auch die Äußerung der Frau Leithäuser zitiert worden, daß es bei ihnen in der Justiz „zu kochen anfing“. Ich meine also sehr wohl, daß der Druck der Straße die „unabhängige Richterschaft“ beeindruckt hat und daß sie davon doch nicht so ganz unabhängig gewesen ist.

RM: Und wie schätzt du den speziellen Fall Hüseyin Inci im Augenblick ein? Seinem Asylantrag ist ja nun stattgegeben worden; ist damit die Sache jetzt aus der Welt?

Hella: Nein, durchaus nicht. Wir haben die wirklich grausame Tatsache zu berücksichtigen, daß hier auch ausgeliefert wird, wenn jemand Asyl bekommen hat. Die BRD ist auch das einzige Land Europas, das zur Zeit überhaupt an die Türkei ausliefert. Und das ist ein Skandal. Und ein besonderer Skandal ist, daß sogar ein Asylantrag, also jemand, der Asyl und damit Schutz erklärt bekommen hat, diesen Schutz gar nicht hat. Hüseyin Inci ist weiter in der Bedrohung der Auslieferungshaft. Er ist sowieso nicht freigelassen, sondern nur für 5000 Mark auf Haftverschonung gesetzt worden, darf Hamburg nicht verlassen, muß jeden Freitag zum Revier; er ist nach wie vor weiter in Gefahr, ausgeliefert zu werden. Deswegen hab' ich meinen Sitzstreik auch nur ausgesetzt.



Hüseyin Inci mit seiner Frau kurz nach der Freilassung

RM: Du hattest am Anfang schon mal den Fall von Kemal Altun erwähnt. Das zeigt ja schon, daß diese Sache mit Hüseyin Inci, die auch noch nicht ausgestanden ist, kein Einzelfall ist. Es scheint eher im Gegenteil so zu sein, daß — auch wenn man sich die Ergebnisse der Bund-Länder-Kommission ansieht, die über Ausländerfragen vor einigen Monaten beraten hat —, daß hier wirklich Massenauslieferungen anstehen, gerade in politischen Fällen. Wie würdest du da jetzt die weiteren Aufgaben der demokratischen Bewegung sehen?

Hella: Die weiteren Aufgaben sind einfach, an den jeweiligen Kristallisationspunkten, und davon ist einer der für Altuns Freiheit, engagiert weiterzuarbeiten. Und sich selbst zu fragen

als demokratischer Mensch, was wichtiger ist — immer auf Nummer Sicher zu gehen und Flugblätter und Unterschriftenlisten zu machen, oder in Zusammenarbeit mit wirklich vielen interessierten Menschen, die es durchaus auch in der Presse gibt und auch in der Künstlerschaft und selbstverständlich auch in den Gewerkschaften und auch in den Kirchen, also wirklich in allen gesellschaftlichen Bereichen, denen wirklich durch immer neues und angemessenes Vorgehen zu zeigen, daß es bringt und daß es nicht notwendig ist, zu resignieren, sondern daß sich im Gegenteil auch neue Möglichkeiten immer dann erschließen, wenn man eine Sache ganz präzise am Schopf zu packen kriegt. Wie soll ich das anders ausdrücken ...

Bürgerrechte

Zum Thema „Doppelte Staatsbürgerschaft für Ausländer“, mit dem sich der „Rote Morgen“ in den letzten beiden Nummern ausführlich befaßt hat, noch ein Nachtrag: Äußerungen von Vertretern ausländischer Vereine in der Bundesrepublik, die im Rahmen einer Anhörung bei der Kommission für Ausländerfragen beim Landtag NRW im Dezember 1982 zu Wort kamen. Auch dort wurde verschiedentlich die doppelte Staatsbürgerschaft gefordert. Wir veröffentlichen einige Auszüge aus dem Protokoll der Anhörung.

Alvarez Borja, (Spanien), aktiv im Spanischen Jugendverein Remscheid:

„Zum Staatsangehörigkeitsrecht wollte ich auch kurz etwas sagen. Viele Ausländer sind zwar sehr lange in der Bundesrepublik, jedoch sind die Anträge auf Einbürgerung kaum gestiegen; denn viele Ausländer, auch Jugendliche, möchten ihre eigene Nationalität nicht verlieren, wenn sie die deutsche nehmen. Für viele wäre eine Doppelstaatsangehörigkeit die Lösung. Bei dieser Sache handelt es sich nicht um eine Bevorzugung von Ausländern, sondern um Gerechtigkeit. Viele Ausländer, vor allen Dingen Jugendliche, können sich nicht mit dem einen oder dem anderen Staat voll identifizieren. Für viele sind beide Staaten zum Teil „Heimat“ geworden. (...) Wir sind ja in einer Anhörung eines deutschen Landtages. Ich bin Spanier. Unsere Verfassung schreibt vor, daß kein Spanier seine Staatsangehörigkeit gegen seinen Willen verlieren soll. Das heißt, unser spanischer Staat ist beauftragt, mit der deutschen Seite ein Abkommen über Doppelstaatsangehörigkeit zu regeln. Ich weiß nicht, wie die Regelungen in den anderen Ländern aussehen, aber Spanien bietet die Möglichkeit, wenn die deutsche Seite es möchte, eine Doppelstaatsangehörigkeit zu bekommen, d.h. sowohl deutsche als auch spanische Staatsangehörigkeit.“

Nun, die Schranken liegen auf

der deutschen Seite, weil erwartet wird, falls man die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt, daß man die frühere verliert. Das ist nicht im Sinne von uns Spaniern, auch nicht im Sinne vieler Jugendlicher. Sie wissen ja nicht, welche Möglichkeiten sie in Zukunft haben — in Deutschland oder in ihrem Heimatland. Deswegen möchten sie Bürger beider Staaten werden.“

Ibrahim Büyükdag (Türkei), Vertreter der syrisch-orthodoxen Ver-eine Ostwestfalens:

„In letzter Zeit sprechen die Politiker von Erleichterungen bei der Gewährung der Staatsangehörigkeit, insbesondere für die zweite Generation, aber in Kraft getreten ist bisher noch nichts, auch nicht für die zweite Generation. Obwohl sie die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllt haben, wird der Einbürgerungsbescheid nicht aus-geliefert, weil Voraussetzung dafür ist, daß die Austrittserklärung aus dem Heimatstaat beigebracht werden muß ...“

Cevet Karaca (Türkei), Bergbau-Betriebsrat, Vorsitzender des Internationalen Kulturkreises Moers:

„Zur Frage der Staatsbürgerschaft möchte ich auf das spanische Modell verweisen. Es erscheint mir gerechter und sinnvoller, da dadurch ermöglicht wird, die ursprüngliche Staatsangehörigkeit nicht aufzugeben, sondern ruhen zu lassen. Dieses Modell würde die Möglichkeit einer Art Doppelstaatsbürgerschaft bieten ...“

Die KPD fordert:

- Gesetzlich vorgeschriebene, automatische Einbürgerung aller ausländischen Mitbürger nach einem Jahr Aufenthalt in der Bundesrepublik bei Beibehaltung ihrer alten Staatsbürgerschaft;
- Gesetzlich vorgeschriebene, automatische Einbürgerung der hier geborenen Kinder von ausländischen Arbeitern und Werktätigen (doppelte Staatsbürgerschaft).
- Zwischenstaatliche Verträge, die eine doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen.“

(Ausländerprogramm der KPD — Entwurf —)



Er erschöß
Jürgen Bergbauer:
Polizist
Friedrich Konzack



Ein Todesschütze ist schon frei

Polizistenprozesse in Augsburg und München

In München steht der Polizist vor Gericht, der den 14jährigen Jürgen Bergbauer erschossen hat. In Augsburg stellte derweil die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen einen Todesschützen ein, bevor es überhaupt zu einem Gerichtsverfahren kam: Die Erschießung eines Jugendlichen, der an einer Polizeisperre nicht anhielt, wurde als „rechtmäßig“ eingestuft.

Die Obduktion des Erschossenen habe den Verdacht der Trunkenheit bestätigt, verlautet aus Augsburg. „Der gezielte Einsatz der Schusswaffe gegen das Auto“ sei „die einzige Möglichkeit“ für die Polizisten gewesen, den Flüchtenden zu stoppen. „Angesichts der Umstände“ seien die Beamten auch berechtigt gewesen, den Fahrer durch einen gezielten Schuß „fluchtunfähig zu machen“. Das ist ihnen gründlich gelungen, der 19jährige wird nie wieder fliehen ... Todesstrafe für Trunkenheit am Steuer. Freibrief für wildgewordene Polizeischützen. Offenbar im Interesse des Staates.

Der Rechtsanwalt, der die Eltern des Erschossenen vertritt, hat gegen die Verfahrenseinstellung Beschwerde eingelegt.

„Da ist er!
Mörder
hinter Gitter!“

Wut und Empörung machen sich bei den Freunden des erschossenen Jürgen Bergbauer Luft, als Friedrich Konzack in Gauting zum Lokaltermin kommt, um seine Version des Hergangs vorzuspielen. Streng abgeschirmt wird er an- und wieder fortgekartt. In Gauting ist niemand bereit, ihm seine Geschichte abzukaufen. Gewarnt will er den Jürgen haben. Seinen ersten Schuß gar nicht als den eigenen registriert haben, er habe geglaubt, selbst beschossen worden zu sein, dann erst

habe er zurückgeschossen. Die Beobachter des Lokaltermins pfeifen, ja, lachen ihn aus. Verbitterung über die absurde Szenerie.

Vor Gericht beteuert Konzack, er habe fest an Notwehr geglaubt. Diese Version, für die er sich nach einer langen Zeit des Schweigens und der Absprache mit Kollegen entschlossen hat, wurde allerdings jetzt schon durch einen Gutachter widerlegt. Konzack gab an, nach seinen angeblichen Warnrufen seine entscherte Pistole in die unmittelbare Nähe des Fensters des Jugendheims gehalten zu haben, dieses sei dann plötzlich mit Gewalt zugeschlagen worden und habe dabei gegen seine Waffe geschlagen. Dabei habe sich der Schuß gelöst, den er zu-

nächst als einen Schuß auf sich aus der Waffe eines Verbrechers angesehen habe.

Gutachter Dieter Stiefel erklärte dagegen, eine halbautomatische Pistole könne auch bei einem Schlag gegen den Lauf nicht von alleine losgehen. Der Schlitten der Waffe arretiere nämlich und mache ein Zurückziehen und Abdrücken unmöglich. Im übrigen sei der Schuß aus 20 bis 40 Zentimetern Entfernung abgefeuert worden. Dieser erste Schuß war, wie das Blut am Projektil beweise, bereits tödlich gewesen.

Das bestätigt: Konzack hat den nur 1,50 Meter großen Jürgen Bergbauer, der das Fensterbrett kaum überragte, gezielt ins Gesicht geschossen. Im Prozeß wurde auch schon deutlich, wie sehr der Todesschütze nach seiner Tat begünstigt worden ist. Jeder Bürger wäre in Untersuchungshaft gekommen, Konzack nicht. Er wurde zwar vom Dienst freigestellt, konnte sich aber frei an



einem geheimgehaltenen Ort bewegen. Und er sprach sich, wie herauskam, mit anderen Polizisten ab. Die das zunächst leugneten, verwickelten sich in unübersehbare Widersprüche. „Polizistenbonus“, so nannte der Anwalt der Mutter Jürgen Bergbauers diese Behandlung des Täters.

Zu den verschiedenen Skandalen bei der Ermittlung — die ja auch sehr schnell abgeschlossen war — gesellt sich das Verhalten des Richters Dr. Brüning vom Oberlandesgericht München hinzu. Er scheint sich

weit weniger für die Aufdeckung des Tathergangs zu interessieren als für das Auffinden von Möglichkeiten, den offensichtlich unglaubwürdigen Angeklagten zu entlasten. So fiel es ihm bisher auch nicht ein, dessen Angaben angesichts der vielen Widersprüche in Zweifel zu ziehen. Vielmehr meinte er, nach den Erklärungen Konzacks könne der Vorwurf des „Totschlags“ möglicherweise gar nicht aufrechterhalten werden. Es könne sich auch um eine „fahrlässige Tötung“ gehandelt haben.

Erklärung zur Festnahme von Benny Härlin und Michael Klöckner

„Eine Zeitung ist keine Bombe“

Benny Härlin und Michael Klöckner, zwei Gründungsmitglieder des Vereins Zeitungsköoperative e. V., sind inhaftiert und von der politischen Staatsanwaltschaft beim Berliner Kammergericht wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a pp.) angeklagt worden. Der Verein gibt neben anderen Zeitungen die Monatsschrift „radikal“ heraus, die vor allem von den etablierten Medien vernachlässigte und unterschlagene Informationen veröffentlicht: Berichte von Bürgerinitiativen, Hausbesetzern, Friedens- und Frauengruppen, sexuellen Minderheiten, Befreiungsbewegungen und auch Erklärungen der revolutionären Zellen. Zeitschriften wie „radikal“ sind unentbehrlich; sie sind Bruchstellen im offiziellen Mediengefüge, in denen die Zweite Kultur ihren unzensurierten Ausdruck findet.

Fünfzig Jahre nach der nationalsozialistischen Bücherverbrennung wird in Deutschland wieder eine vermeintliche Gefährdung des Staates wichtiger genommen als die Freiheit des Wortes. Wie 1978 im Verfahren gegen die Agit-Druker — die nach 129a für das bloße Drucken einer Zeitung verurteilt wurden! — folgen Anklage und Haftbefehle dem Prinzip: Wenn Leute, denen man strafrechtlich relevante Taten nachweisen könnte, nicht zu ermitteln sind, hält man sich einfach an diejenigen, die vor vier Jahren einen eingetragenen Verein gegründet haben.

Wir verlangen die Freilassung von Michael Klöckner und Benny Härlin und die Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen die „radikal“.

Die RM-Redaktion unterstützt diese Erklärung, die bereits zahlreiche Demokraten unterzeichnet haben. Wir schließen uns den Forderungen voll an.

Arbeiter gegen Hitler

Betrieblicher und gewerkschaftlicher Widerstand im „Dritten Reich“ (Teil 8)

Es kam zu Solidaritätsaktionen mit angeklagten deutschen Gewerkschaftern. Der Gesamtumfang der 1937 durchgeführten Aktionen und Bewegungen läßt sich nur sehr schwer durch Quellenmaterial bestimmen. Anhaltspunkte bieten Unterlagen des Zentralbüros der Deutschen Arbeitsfront. In einer Geheiminformation wurde auf etwa 250 Arbeitsniederlegungen und Kurzstreiks verwiesen. Sie gingen hauptsächlich um die Verteidigung der Akkordlöhne, um die Bezahlung von Mehrleistungen, besonders durch Überstunden und Lohnerhöhungen bei qualifizierten Arbeitern, sowie um die Abwehr von Arbeitszeitverlängerungen und von Arbeitshetze. Nur in wenigen Fällen wurden solche Forderungen, die unmittelbar die Lebenslage der Arbeiter betrafen, mit dem Kampf um den Frieden verbunden und zu direkten Aktionen gegen die Kriegspolitik Hitlers („Kanonen statt Butter“) entwickelt.

Die Gewerkschaftstaktik bestand größtenteils in Anfragen an den Betriebsführer, Vertrauensrat oder Betriebsverwalter in Betriebsversammlungen. Au-

ßerdem liefen viele Beschwerden an die Dienststellen der NSDAP und der DAF. Bei dieser Kampfform kam es 1936 zu Verhaftungen von 1700 DAF-Mitgliedern wegen hochverräterischer Betätigung. Im ersten Halbjahr 1937 betrug diese Zahl bereits 1000. Dies zeigte wieder einmal mehr, wie vielfältig der Kampf antifaschistischer deutscher Gewerkschafter geführt wurde.

1937 betrug die Arbeitslosenrate weniger als 1 Million, weniger als im besten Jahr seit 1924. Die Produktion erreichte Rekordzahlen. Aber die Ernährung der Bevölkerung lag unter dem Tiefstand von 1932! Was kann die faschistische Wirtschaftspolitik klarer kennzeichnen als diese Tatsachengegenüberstellung. Hinzu kam, daß die Löhne etwas niedriger lagen als 1932 und das in einer aufsteigenden Phase der Produktion. Berücksichtigt man dann noch die steigenden Lebenshaltungskosten und die Mängel in der Konsumgüter- bzw. Lebensmittelversorgung so rundet sich das Bild von der tatsächlichen Lage der Arbeiter im Faschismus. Es sollte mög-

lichst wenig konsumiert werden, um möglichst viel Waffen produzieren zu können.

Selbst bei einer 24-Stunden-Woche brachen die Arbeiter vor Erschöpfung aufgrund des Leistungslohnsystems im Konsumindusbereich zusammen. Auf der anderen Seite war die 104-Stunden-Woche bei den Elektrizitätswerken keine Ausnahmeerscheinung. Ob die Arbeiter in den faschistischen Betrieben lang oder kurz arbeiteten, in jedem Fall konnten sie nur genauso kümmerlich leben wie in den Jahren 1927-1929. Die Unfallrate war 1937 bereits 70 Prozent höher als 1932. Die Arbeitshetze war unvorstellbar. Die Leistungssteigerung wurde um so größer, je näher der Arbeitsplatz an der Produktion von Rüstung stand. Die Sozialversicherungsbeiträge verwandten die Nazis für die Kriegsproduktion. Jeder Pfennig ging in die Rüstung.

Aus dem freien deutschen Arbeiter wurde ein Sklave der Rüstungskonzerne gemacht. Das Bruttosozialprodukt stieg gewaltig, aber das Stück Brot, welches der Arbeiter davon ab-

bekam, war bereits nur halb so groß wie in der schlimmsten Krisenzeit von 1932. Der Widerspruch von Arm und Reich war also schon fünf Jahre nach der Machtergreifung Hitlers bis ins Unendliche pervertiert. Dabei waren 1937 bereits ein Drittel aller faschistischen Aktivitäten auf den Krieg konzentriert. Wieviel Schönes und Gutes hätte man schaffen können, wenn der Faschismus nicht an die Macht gekommen wäre. Alle Arbeiter hätten 1933 keinen einzigen Handschlag tun müssen, um glücklich und zufrieden zu leben mit dem Geld, was bis 1937 in die Rüstung eingesteckt wurde. Mit anderen Worten: Wäre nur für friedliebende Zwecke produziert worden, hätte das deutsche Volk in Wohlstand leben können.

Jürgen Kuczynski schreibt in seinen Vorlesungen über die Bewegung der deutschen Wirtschaft:

„Das ist das Verbrechen und der Wahnsinn des Faschismus in seiner harmlosesten Zeit, als Antifaschisten ihn eine Hölle nannten und er uns doch heute, im Vergleich zu seinen schier unglaublichen Untaten nur wenige Jahre später als ein Anfänger erscheint!“

1938 wurde der Kampf in ähnlicher Weise fortgeführt. Durch die Annexion Österreichs verbreiterte sich die gewerkschaftliche Front auf den Widerstand gegen die Kriegspolitik des deutschen Faschismus. Unmittelbar nach dem Überfall auf Österreich wandten sich die Bergarbeiter mit einem Flugblatt an das deutsche Volk:

Der Widerstandskampf in

den Betrieben richtete sich auch gegen das 1938 verordnete Zwangsarbeitssystem, das den direkten Kriegsvorbereitungen diene. Kinder und Jugendliche konnten uneingeschränkt ausgebeutet werden. Dies beweisen die Berichte der damaligen Gewerbeaufsichtsbehörden.

Eine neue Welle der Rationalisierung in der Rüstungsindustrie rollte über die Arbeiter hinweg und trieb sie zu immer höheren Arbeitsleistungen. Als man in Berlin jedoch Kollegen einsparen wollte, stellten die Arbeiter einer Abteilung die Maschinen ab. Ihr Protest hatte Erfolg. Ähnliche Aktionen wurden auf der Werft Blohm & Voß in Hamburg erfolgreich durchgeführt. Man erzwang sich die Ausgabe von Schutzkleidung. In den Rheinmetallwerken in Düsseldorf, der Hesse AG in Kanstadt, in den Magirus-Werken in Ulm, im Daimler-Benz-Werk in Stuttgart und in den Opel-Werken sicherten sich die Arbeiter den Lohn und sogar einen 8-Stunden-Tag.

Positiv daran war außerdem, daß alle Bewegungen mehr und mehr auf legale Weise eingeleitet werden konnten unter Ausnutzung von gut besetzten Positionen in der faschistischen Deutschen Arbeitsfront. In einzelnen Fällen wurden auch Sabotageakte und andere Widerstandsaktionen durchgeführt, die direkt gegen die Aufrüstung gerichtet waren. Auf der anderen Seite wuchsen aber auch die Schwierigkeiten durch veränderte Bedingungen. So wuchs der Einfluß der Faschisten in den Betrieben. Hinzu kam der Einsatz von

Hunderttausenden von Frauen und Jugendlichen sowie von Bauern und Ausländern, die noch keine Erfahrungen in der Gewerkschaft und auch nicht das dafür erforderliche Bewußtsein hatten und somit erst einmal aufgeklärt und angeleitet werden mußten. Als am 1. Oktober 1938 deutsche Truppen in die Tschechoslowakei marschierten, bereiteten sich antifaschistische Eisenbahner mit Hilfe eines illegalen Senders darauf vor, durch gefälschte Dienstsanweisungen den faschistischen Aufmarsch zu stören.

In einem Flugblatt der Hamburger Werftarbeiter von Blohm & Voß hieß es: „Wir wollen keinen Krieg! Wir, die überwiegende Mehrheit der Belegschaft von Blohm & Voß, sprechen nur das aus, was die große Mehrheit der Hamburger Bevölkerung denkt. Wir warnen die faschistischen Kriegspolitiker vor jeder kriegerischen Handlung gegen die Tschechoslowakei, die den Weltkrieg bedeuten und in dem unsere Heimat Kriegsschauplatz sein würde. Wir sind gegen den Krieg und wir glauben an eine friedliche Mission der Welthandelsstadt Hamburg als Deutschlands Tor zur Welt zum Zweck des friedlichen Güterauswechsels mit allen Völkern zum Wohle des deutschen Volkes wie auch zu dem des tschechoslowakischen.“

Vielen Gewerkschaftern wurde bewußt, daß der Kampf um wirtschaftliche Forderungen gleichzeitig ein Kampf gegen den Krieg werden mußte.

Fortsetzung im nächsten „Roten Morgen“

Brennpunkt Zentralamerika

In den
vergangenen
Wochen haben wir ausführlich das
wirtschaftliche Erbe und die aktuelle Wirtschaftspolitik Nicaraguas
dargestellt. Im folgenden Artikel stellen wir vor allem die
allgemeine Politik der sandinistischen Befreiungsfront in
Nicaragua vor.

Der zweite Teil auf diesen Seiten ist einer kleinen
Karibikinsel gewidmet, die zunehmend in die US-amerikanische
Destabilisierungspolitik in Mittelamerika einbezogen wird:
der Republik Grenada.

DIE FRENTE SANDINISTA DE LIBERACION NACIONAL (FSLN)

Der Kampf gegen Somoza, den Diktator von Nicaragua, wurde von breiten Teilen der Bevölkerung, bis hin zu Teilen der nationalen Bourgeoisie getragen. Der machtvollste Faktor, die entscheidende Kraft in diesem Kampf war aber die Frente Sandinista de Liberacion Nacional (FSLN), die sandinistische Nationale Befreiungsfront. Sie stand nach dem Sturz Somozas nicht nur als einzige militärisch intakte Macht da, sie hatte auch den größten politischen Einfluß.

Wie in den letzten Artikeln zur Wirtschaftspolitik Nicaraguas ausführlich dargestellt, zerbrach das Klassenbündnis, das Somoza stürzte, ziemlich schnell — zu unterschiedlich waren die Interessen, die Ziele und Vorstellungen zu einem neuen Nicaragua.

Die ersten Maßnahmen der neuen Macht in Nicaragua, nach dem 19. Juli 1979, waren aber — trotz aller Schwierigkeiten — konsequent im Sinne des Volkes: Zur Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen wurde ein großes Programm zur Arbeitsbeschaffung durchgeführt, intensiv an der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion gearbeitet, es wurde die Lebensmittelverteilung organisiert, eine Reihe Maßnahmen im Gesundheitsbereich getroffen. Eine Agrarreform wurde eingeleitet und Pläne, die schon vor dem Umsturz ausgearbeitet waren, wurden zu umfassender Alphabetisierung umgesetzt. Über 100000 Aktivisten brachten den Menschen Lesen und Schreiben bei. Dabei wurde besonderer Wert darauf gelegt, daß nicht nur Worte gelehrt, sondern auch die sozialen und politischen Bedingungen der Revolution erklärt wurden.

Nicht zuletzt ermutigte die FSLN auch die Selbstorganisa-

tion der Bevölkerung. Neben Massenorganisationen der Sandinisten wurden auch vielerorts erstmals Gewerkschaften gegründet und später zu einem Dachverband zusammengeschlossen.

Ziemlich schnell aber organisierte sich auch die Opposition. In den ersten Monaten nach dem Sturz Somozas arbeitete man noch in den neuen staatlichen Organisationen zusammen. In der Junta des Nationalen Wiederaufbaus, der Regierung, dem Staatsrat waren auch Vertreter der Unternehmer zu finden, die sich aber nach und nach absetzten, sich zum Teil der Opposition im Land, teilweise aber auch den alten Nationalgardisten in Honduras oder den USA anschlossen und zu bewaffneten Aktionen gegen die Volksregierung aufriefen.

Eine besondere Schwierigkeit der Regierung waren die Bedingungen, die sich durch Anerkennung der Auslandsschulden Somozas und die damit verbundenen neuen Kredite aus dem Westen einhandelte. Die Garantie für ein gemischtes Wirtschaftssystem und „politischen Pluralismus“. So mußten sie das Schalten und Walten der Kapitalisten in vielen Bereichen dulden, ihre politische Propaganda gegen die Ziele der Revolution der Massen akzeptieren und gerieten unter starken Druck beider Seiten.

Nachdem Ende 1980 rechtsoppositionelle Politiker den Staatsrat verlassen hatten, lief die Politik dieser Kreise immer mehr über den Verband der Unternehmer COSEP (Consejo Superior de la Empresa Privada). Dieser Verband und die ihn unterstützende Zeitung „La Prensa“, diese Zeitschrift, die im Bildzeitungsstil in großer Auflage erscheint, ist Speerspitze der Konterrevolution im

Land. Untersuchungen haben ergeben, daß mehr als 80 Prozent der Artikel dieser Zeitung gegen die Regierung und gegen die Ziele der Revolution in Nicaragua agitieren. Trotz einiger zeitweiser Verbote kann das Blatt als Sprachrohr der antisandinistischen Kräfte in Nicaragua weiterhin unzensuriert erscheinen. Und die Organisationsfreiheit der Unternehmer ist auch sehr weitgehend.

Die Problematik der FSLN liegt nun darin, daß sie es nicht nur mit den Resten der Bourgeoisie im Lande zu tun haben, sondern auch mit massiven Angriffen des US-Imperialismus. Die bilden nicht nur die alten Somoza-Anhänger aus, machen das Nachbarland Honduras zum Aufmarschgebiet für die Intervention Nicaraguas, sondern benutzen auch konsequent die bürgerlichen Kräfte, um ihre Politik der „Destabilisierung“, der Störung der Festigung der Revolution aus dem Innern des Landes selbst zu unterstützen. Dem nicaraguanischen Sicherheitsapparat ist das bekannt. Er veröffentlichte einen Brief, den der Berater des US-Präsidenten Reagan Richard Allen 1981 persönlich auf offiziellem Briefpapier der Vereinigten Staaten an Edmundo Chamorro, einen der konterrevolutionären Führer, geschickt hat. Darin bedankt sich Allen für Chamorros Ausführungen und schreibt, er werde sich „persönlich dafür einsetzen, daß seine Vorschläge und Überlegungen zu den Politikern gelangen, die Einfluß auf die Entscheidungen dieses Sachgebiets haben“. Weiter bedankt er sich dafür, daß Chamorro seine Überlegungen dem Präsidenten mitgeteilt habe. So arbeitet die bürgerliche Opposition direkt mit den USA zusammen.

Die FSLN sieht sich also einem Zwei-Fronten-Kampf gegenüber. Die Intervention von außen bindet viele Kräfte, Menschen, Produktionspotential, Finanzreserven müssen in den Abwehrkampf gesteckt werden, während die Opposition im Lande groß auftrumpft.

Das Hauptmittel dagegen ist für die FSLN die breite Mobilisierung der Massen. Neben der FSLN selbst gibt es revolutionäre Massenorganisationen. So die „Sandinistische Jugend“ (JS) die Frauenorganisation „Luisa Amanda Espinoza“ (AMLA) die Landarbeitervereinigung (ATC — Asociacion de Trabajadores del Campo) sowie die Sandinistischen Gewerkschaften (CST). Von großer und zur Zeit wachsender Bedeutung sind natürlich die „Sandinistischen Verteidigungskomitees“ (CDS), die in Stadtteilen oder Dörfern die Menschen organisieren.

Beispiel der Tätigkeit der Massenorganisation gibt es viele. Zwei charakteristische wollen wir anführen: Die CDS, die Verteidigungskomitees, organisierten im Oktober 1981 eine

Antinterventionenwoche. Dabei standen verschiedene Aktionen auf dem Plan. Händler, die mit Lebensmitteln spekulierten, wurden angeprangert, militante Demonstrationen gegen rechte Politiker und Parteien durchgeführt. Dabei wurde dann eine Kundgebung der eigentlich legalen aber konterrevolutionären Mittelstands- und Unternehmerpartei MDN in Nandaime verhindert. Sofort hetzte die „La Prensa“ natürlich wieder los, und in aller Welt wird die Mär von der „undemokratischen, diktatorischen“ Diktatur von bürgerlichen Zeitungen übernommen.

Ähnlich erging es auch Teilen der Jugendorganisation, nachdem sie das Haus des MDN-Führers Robelo, der im Ausland nur gegen die sandinistische Regierung hetzt, mit Parolen bemalten und seine Luxusautos demolierten.

Nach solchen — verständlichen und sicher auch notwendigen Aktionen gerät die Führung der FSLN immer wieder in Schwierigkeiten, weil im Ausland von den USA bis hin zur sozialdemokratischen „So-

zialistischen Internationale“ die Mahnungen kommen, die gemischte Wirtschaftsform nicht anzutasten und den politischen Pluralismus zu gewährleisten.

Dann tauchen auch immer wieder Appelle zu baldigen freien und geheimen Wahlen auf. Zum einen ist es verständlich, daß führende Mitglieder der FSLN sich zur Zeit, in der angespannten Situation, nicht für einen konkreten Termin aussprechen. Wichtig sind aber die Bedingungen, die mit der Wahl zusammenhängen, Bedingungen, die die politischen Parteien in Nicaragua erfüllen müssen. So verlangte kürzlich die nicaraguanische Bewegung der Volksaktion/Marxisten-Leninisten (Movimiento de Accion Popular — MAP-ML) in einem Artikel, daß sichergestellt sein müsse, daß Parteiengesetz und Wahlen vor allem die Positionen der Arbeiterbewegung stärken müßten, daß die antiimperialistischen Positionen beibehalten werden sollten. Alle zugelassenen Parteien müßten überall in staatlichen und anderen Verwaltungseinrichtungen, in Betrieben und Dörfern und in den Medien zu Worte kommen. Eine Wahl dürfe nicht zur Stärkung des Einflusses der Bourgeoisie führen. In dieser Frage wird bestimmt noch großer Druck aus dem westlichen Ausland auf Nicaragua ausgeübt werden.

Diesem zu erwartenden Druck wird Nicaragua nur standhalten können, wenn es, wie in der zur Zeit angespannten Situation der dauernden Destabilisierungsversuche und der Intervention von außen, mit der Frente Sandinista de Liberacion Nacional auf die eigenen Kräfte gestützt die Errungenschaften der Revolution verteidigt und den Feind im Innern dabei nicht aus dem Auge läßt.



Oberfläche, Bodengestalt, Klima

Das gesamte Staatsgebiet von 344 qkm umfaßt neben der Hauptinsel Grenada, der südlichsten der Windward Islands, die zur Grenadines-Inselgruppe gehörenden Inseln Carriacou und Petit Martinique. Grenada ist vulkanischen Ursprungs, der Kern der Insel besteht aus mit Regenwald bedecktem Bergland. Es gibt zwei Jahreszeiten (Regen- und Trockenzeit) mit hohen Niederschlägen in den nördlichen Hochlagen und eine trockene Küstenzone im Südwesten.

Verkehr

Grenada hat rund 1000 km Straßen, die vor allem an den Küsten entlangführen und die die Verbindung zwischen Flughafen-Hauptstadt sowie den Touristenhotels im Südwesten und der Hauptstadt herstellen. Große Teile des Landesinneren sind nur durch schlechte Schotterstraßen mit den Markt- und Verwaltungszentren verbunden.

Grenada ist nur durch den kleinen Tiefseehafen der Hauptstadt und den alten, nur für Propellermaschinen und Tagflug geeigneten Pearl-Flughafen mit der Außenwelt verbunden.

Ein neuer moderner Flughafen ist im Bau und soll 1984/85 fertiggestellt werden.

Staatsform und Verwaltungsaufbau

Seit 1762 ist Grenada britisch; 1967 bekam Grenada den Status eines mit Großbritannien assoziierten Staates mit innerer Selbstverwaltung zugesprochen. Seit dem 7.2.1974 ist die Insel innerhalb des Commonwealth of Nations unabhängig.

Die Hauptstadt St. George's hat rund 10000 Einwohner. Es gibt sechs Gemeinden (parishes), die zentral verwaltet werden.

Nach dem Sturz des Diktators Eric Gairy durch die Opposition ist seit dem 13.3.1979 der Anwalt Maurice Bishop Premierminister und Chef der Revolutionären Volksregierung.

Bevölkerung 110700 (Mitte 1981)

Daten zu Grenada

Bevölkerungswachstum:

1,1 Prozent jährlich (1971-1981) bis 1979 gab es eine starke Emigration ins Ausland. Nach Schätzung leben rund 400000 Grenadiner vor allem in GB, den USA und karibischen Nachbarinseln.

Ethnische Struktur

rund 84 Prozent afrikanischer Herkunft, 11 Prozent Mulatten, 3 Prozent Inder und 1 Prozent Weiße (vor allem britischer Herkunft).

Landessprache

Englisch

Währung

1 East Caribbean Dollar (ECD) = 100 Cent

1 US Dollar = 2,70 ECD (seit 1976)

Der ECD ist zugleich gemeinsame Währungseinheit der übrigen Windward-Inseln.

Kennzahlen der Wirtschaft (alle Angaben in ECD)

Bruttosozialprodukt (BSP)

261,9 Mio.

BSP (zu Marktpreisen 1981)

2349

BSP pro Kopf (1981)

Reale Wachstumsrate (nach konstanten Preisen von 1978-1981

2,9 Prozent, von 1981-1982 5,5 Prozent.

Wichtigste Exportprodukte (traditionelle)

Kakao, Bananen, Muskatnuß und Muskatblüte. Der Anteil der nicht-

Quellen:

World Bank — Latin America and the Caribbean Regional Office (Hg) Economic Memorandum on Grenada, August 1982

People's Revolutionary Government of Grenada (Hg) Report on the National Economy for 1981 and the Prospects for 1982 and Report for 1983 and beyond.



In welche Richtung muß sich die Partei weiterentwickeln?

(Diskussionsbeitrag des Genossen Ernst Aust auf dem Plenum des ZK der KPD am 19./20. März 1983 — Auszüge 2. Teil)

Heute veröffentlichen wir den zweiten — und letzten — Teil der Auszüge aus dem Diskussionsbeitrag des Genossen Aust auf dem Märzplenum des Zentralkomitees unserer Partei. Diese Veröffentlichung geschieht, wie wir schon im letzten „Roten Morgen“ schrieben, nachdem dieser Beitrag (der im Funktionsorgan der KPD veröffentlicht worden war) auf den Mitgliederversammlungen der Partei diskutiert worden ist, nachdem dort klar wurde, daß auch außerhalb der Partei reges Interesse daran besteht.

Zwei geschichtliche Erfahrungen haben das Bewußtsein der deutschen Arbeiterklasse und ihrer proletarischen Vorhut entscheidend geprägt: Einmal das Versagen des klassischen sozialdemokratischen Reformismus, d.h. die Ersetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch sozialistische auf dem Weg der Reformen, der Wahlen, der die SPD zur vollständigen Integration in das politische System der Bourgeoisie führte. Zum anderen das scheinbare Versagen der Strategie und Sozialismus-Auffassung des Kommunismus bzw. des Marxismus-Leninismus, der in ihren Augen geradewegs zu Verhältnissen führte, wie sie heute in den Ländern des „realen Sozialismus“ existieren.

Diese echten bzw. vermeintlichen Erfahrungen, was den Marxismus-Leninismus, eben den wissenschaftlichen Sozialismus betrifft, haben große ideologische Verwirrung auf Seiten der Linken, eben jener Teile der Arbeiterklasse bzw. ihrer einflussreichen Vertreter, die sich im weitesten Sinne als Sozialisten begreifen, hervorgerufen. Zu ihnen gehören sowohl Mitglieder und Anhänger der DKP, linke Sozialdemokraten, bis hin zu den verschiedenen trotzkistischen, titoistischen, maoistischen, eurokommunistischen Strömungen.

Das sind die Fakten, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben, und es nützt uns gar nichts zu sagen: machen wir halt unsere richtige, revolutionäre Politik, dann werden uns die Massen schon folgen, die Lösung aller übrigen Probleme verschieben wir auf die Zeit nach der Revolution. Als wenn die Sache so einfach wäre. Die Arbeitermassen werden — mit Recht — nur jenen folgen, die ihnen eine überzeugende Antwort geben auf ihre Frage: was kommt danach — eben nach der Revolution? Daraus ergeben sich zwei wichtige Aufgaben, die wir unbedingt lösen müssen:

1. streng wissenschaftlich und wesentlich intensiver als bisher die Ursachen der revisionistischen Entartung in den Ländern des sogenannten realen Sozialismus untersuchen, sie aufdecken, um zu beweisen, daß nicht der Marxismus-Leninismus zu den bekannten Entartungserscheinungen führte, sondern im Gegenteil, ein Abweichen von seinen Grundsätzen;

2. ausgehend von der Kritik am Kapitalismus, unter Berücksichtigung der geschichtlichen Erfahrungen, das Ziel unseres Kampfes so zu formulieren, daß es die Massen ergreift.

Denn nur so kann es uns in der Perspektive gelingen, von einer kleinen Partei zu einer Massenpartei zu werden.

Unabhängig hiervon, aber doch in enger Verbindung damit, stellt sich für uns die Aufgabe, die Einheit der Marxisten-Leninisten oder besser, um den

Begriff nicht von vornherein einzuengen, der revolutionären Sozialisten in einer Partei anzustreben. Ich spreche hier nicht von der Aktionseinheit, der Einheitsfrontpolitik der Partei. Sie sollte für jeden Marxisten-Leninisten eine Selbstverständlichkeit sein. Im Rahmen dieser Einheitsfrontpolitik schließen wir uns mit jedem zusammen, der in der Aktion das gleiche Ziel anstrebt wie wir. Sei es im Kampf im Betrieb gegen die Unternehmer, gegen Lohnraub, Arbeitshetze usw., sei es im Kampf für die Erhaltung des Friedens, gegen die Reaktion und den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes.

Dabei versuchen wir die korrekten Anschauungen und Lösungen der Partei in die Bewegung zu tragen, wie z.B. „Raus aus der NATO“ in die Friedensbewegung, wie sich zeigte, nicht ohne Erfolg. Dabei fragen wir nicht, bist du Christ, Sozialdemokrat, Pazifist, Revisionist, Liberaler etc. Entscheidend ist für uns der Kampf, die gemeinsame Aktion gegen den gleichen Feind. Der Kampf, der den Teilnehmern an ihm zeigt, wer der konsequenteste, korrekteste, entschiedenste Vertreter ihrer Interessen ist.

Wovon ich spreche, ist die Einheit aller revolutionären Sozialisten in einer einzigen, vereinigten kommunistischen Partei. Nun hat es seitens unserer Partei in der Vergangenheit nicht an Versuchen gefehlt, die durch das Aufkommen des modernen Revisionismus, die Entartung der ehemals sozialistischen Länder hervorgerufene Verwirrung, die Spaltung und Zersplitterung der revolutionären Kräfte in unserem Land zu überwinden. So stellten wir in einer 1975 von mir gehaltenen Rede „Vorwärts auf dem Weg zur Einheit der Marxisten-Leninisten“ fest:

„Stets hat unsere Partei das Ziel der Einheit aller Revolutionäre, aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML im Auge gehabt. So war es den Genossen bis zur Gründung der KPD/ML gelungen, alle damaligen marxistisch-leninistischen Gruppen (außer einer, die sich später zum KABD entwickelte) zu vereinen... Wie ihr wißt, ist es uns in der Folge auch gelungen, im konsequenten ideologischen Kampf die Einheit z.B. mit der Gruppe Rote Fahne Bochum, die sich aus einer Abspaltung unserer Partei entwickelt hatte, herzustellen, ebenso mit einer Reihe örtlicher Zirkel wie dem Thälmann-Kampfbund, der Roten Garde Kiel u.a.“

Während diese Versuche zur Herstellung der Einheit in Ordnung gingen, scheiterte ein späterer, 1975 gestarteter Versuch, mit der Gruppe Rote Fahne, die sich KPD nannte, die Einheit herzustellen. Sicherlich nicht so sehr an der von uns erhobenen Forderung der Einheit in unserer Partei, sondern eher am kleinbürgerlichen Charakter

dieser Organisation. Die Herstellung der Einheit mit den erstgenannten Gruppen war deshalb möglich, weil sie wie wir eine kommunistische Arbeiterpartei anstrebten. Von Anfang an war in unserer Partei das Bestreben, eine revolutionäre kommunistische Arbeiterpartei zu schaffen, stark verkörpert.

Im Gegensatz hierzu stand der kleinbürgerliche Parteibildungsprozeß der verschiedenen Zirkel wie des KBW, der Gruppe Rote Fahne etc. Sie vertraten von Anfang an den in unserer Partei entschiedenen zurückgewiesenen kleinbürgerlichen Führungsanspruch der Intelligenz gegenüber der Arbeiterklasse. Für sie war das Proletariat bestenfalls ein Objekt zur

einer revolutionären Situation in diesem oder nächstem Jahrzehnt die Einheit der Kommunisten dringender macht denn je. Die Arbeiterklasse braucht eine und nicht zwei, drei oder gar vier kommunistische Parteien bzw. Organisationen.

Wir wollen die Einheit, wir wollen sie ehrlich, in voller Gleichberechtigung zwischen den einzelnen Organisationen und Gruppen. Natürlich sind wir noch immer der Meinung, daß unsere Partei die beste, die erfahrenste, die bolschewistischste und damit die Vorhutpartei, die Avantgarde des Proletariats, ist. Doch halten wir uns nicht für den Nabel der Welt und müssen deshalb in Rechnung stellen, daß dies auch die anderen kommunistischen Organisationen von sich behaupten. Deshalb kann es auch keine Einheit durch Anschluß an unsere Partei, sondern nur eine Einheit durch einen Vereinigungsparteitag geben.

Klar ist, die Zersplitterung

grundlegenden Differenzen gibt und wo da die Fronten verlaufen, läßt sich unseres Erachtens allerdings erst dann sagen, wenn es eine entfaltete Diskussion über den Sozialismus und den Weg dahin gibt.

Natürlich gibt es Grundsatzfragen, in denen keine Einigung, keine Kompromisse, möglich sind. Z.B. über die Rolle des bürgerlichen Staatsapparates. Muß man ihn — wie wir sagen — zerschlagen, oder kann man ihn, wie die Reformisten behaupten, übernehmen. Das heißt: keine Einheit mit Leuten, die sagen, man könne auf dem Weg der Wahlen, der Strukturreformen, der antimonomopolistischen Ordnung friedlich zum Sozialismus kommen.

Oder ist eine Einheit möglich mit jenen, die uns die Vaterlandsverteidigung im Falle eines imperialistischen Krieges zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt empfehlen? Mit jenen, die die führende Rolle der

Kein Problem, wir auch. Ob die Kulturrevolution nach chinesischer Art, von der der Genosse Mao Tsetung meinte, man müsse sie ca. alle zehn Jahre wiederholen, dazu das geeignetste Mittel ist, weckt in uns Zweifel. Welcher Arbeiter kämpft schon für einen Sozialismus, in dem er alle zehn Jahre eine Kultur-, die übrigens keine Kultur- sondern eine politische Revolution war, -revolution durchführen soll. Unser Vorschlag an die Genossen der MLPD, gemeinsam zu überlegen, ob es nicht einen besseren Weg gibt, zur Verhinderung des Entstehens einer neuen Klasse von Ausbeutern. Eine Revolution kann allenfalls das letzte Mittel sein.

Doch wie gesagt, ein Hinderungsgrund, mit den Genossen der MLPD zusammen in einer Partei zu arbeiten, ist dies genauso wenig wie die „nationale Frage“, eine oder zwei deutsche Nationen, wo es zwischen uns und den Genossen des BWK Meinungsunterschiede gibt, obwohl wir diese Frage im Hinblick auf die Führung kommenden Kämpfe schon für sehr wichtig halten. Auf jeden Fall hat uns das nicht gehindert, als einen ersten bescheidenen Schritt zur Einheit gemeinsam den Wahlkampf zu führen, wobei wir viel mehr gute als schlechte Erfahrungen gemacht haben.

Wie aber sollen wir zur Einheit kommen? Die Voraussetzung hierfür ist, daß sie jeder ehrlich will. Daß man darauf verzichtet, in der anderen Organisation die Opportunisten zu sehen, die es mit aller Macht „als Feinde“ zu bekämpfen gilt. Solch ein Standpunkt ist zutiefst sektiererisch und dient nicht den Interessen des Proletariats, dem wir mit einer starken kommunistischen Partei mehr gedient ist als mit mehreren kleinen.

Eine andere Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die: ist es richtig, zuerst die uns trennenden Meinungsverschiedenheiten herauszuarbeiten, also das, was uns trennt, oder das, was uns verbindet, wo wir einer Meinung sind? Schon Lenin warnte vor der ersten Vorgehensweise, indem er sagte: „Doch jede kleine Meinungsverschiedenheit kann groß werden, wenn man auf ihr beharrt, wenn man sie in den Vordergrund rückt, wenn man sich daran macht, nach allen Wurzeln und allen Verzweigungen dieser Meinungsverschiedenheiten zu suchen.“ (Lenin, Bd. 7, S. 250)

Uns scheint es zweckmäßiger zu sein, Meinungsverschiedenheiten nicht aufzubauchen, zu problematisieren, sondern das in den Vordergrund zu stellen, was uns verbindet. Das heißt als ersten Schritt, die für alle Organisationen verbindlichen Grundsätze und Prinzipien herauszuarbeiten. Einen Schritt in diese Richtung haben wir mit unserer gemeinsamen zwischen BWK und uns verabschiedeten Erklärung zur Wahl getan. Dabei darf es nicht bleiben. Wir müssen — ohne uns allzu große Illusionen zu machen — beim Kampf um die Einheit aller revolutionären Sozialisten in die Offensive gehen.



Durchsetzung ihrer eigenen kleinbürgerlichen Interessen, da sich mit der Arbeiterklasse ihre besonderen Interessen offensichtlich nicht durchsetzen ließen, da die Entwicklung in China — ein starkes Moment für ihre Gründung — negativ verlief, begannen sie nach und nach alle Reste marxistisch-leninistischer Auffassungen über Bord zu werfen und ihr Mitgliederpotential in die grün-alternative Bewegung einzubringen. Eine Entwicklung, die inzwischen weit vorangeschritten ist.

Was übrig blieb, waren diejenigen Organisationen, die sich wie wir auf die Arbeiterklasse orientierten, den Klassenkampf bejahten und sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus, den Marxismus-Leninismus, stützten wie z.B. die MLPD, der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, aber auch der BWK, der sich vom kleinbürgerlichen Parteibildungsprozeß distanzierte und die Einheit — ohne Führungsanspruch anstrebt. Das ist gegenüber den siebziger Jahren eine geänderte Situation, die es geboten erscheinen läßt, einen neuen Versuch zur Herstellung der Einheit zu unternehmen, zumal die zu erwartende Verschärfung der Klassenkämpfe, der Angriffe des Klassenfeindes und der Möglichkeit des Heranreifens

der revolutionären sozialistischen Kräfte nützt nicht uns, der Arbeiterklasse, sondern dem Klassenfeind. Deshalb dient jeder, der, aus welchen Gründen auch immer, diese Einheit nicht ehrlich anstrebt, ob er will oder nicht, objektiv den Interessen des Klassenfeindes.

Natürlich sind wir nicht für die Einheit um der Einheit Willen und wir werden uns auf keinen Prinzipienmacher einlassen. Wir kennen sehr wohl die Worte Lenins, der sagte: „Die Einheit ist eine große Sache und große Losung! Doch die Arbeitersache braucht die Einheit unter den Marxisten, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus.“

Deshalb werden und können wir uns auch nicht mit jenen vereinen, die uns das, was heute in der Sowjetunion, China, Jugoslawien und den anderen revisionistischen Ländern existiert, als Sozialismus anpreisen. Aber die Einheit unter den Marxisten, den Kommunisten, den revolutionären Sozialisten brauchen wir. Gibt es zwischen ihnen heute prinzipielle, grundlegende Meinungsverschiedenheiten? Wir sind der Meinung, daß es aus unserer Sicht diese prinzipiellen Differenzen, zumindest was die Programmatik betrifft, nicht gibt. Ob es tatsächlich keine

Arbeiterklasse leugnen und gegen die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats sind?

Nein, in solchen Grundsatzfragen kann es keine Einigung, keine Kompromisse geben. Doch sind es eben nicht solche Fragen, die uns von den Genossen der anderen kommunistischen Organisationen trennen, sondern eher Fragen taktischer Art. Oder auch Fragen, die man fälschlicherweise in den Rang von Prinzipienfragen erhob.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist die: rechtfertigen die taktischen Meinungsverschiedenheiten und andere Differenzen, die noch zwischen unseren Organisationen bestehen, die Aufrechterhaltung der Spaltung? Ich meine, nein, sondern bin der Auffassung, daß sie sich sehr wohl schrittweise im Rahmen einer gemeinsamen Organisation lösen lassen.

Wie steht es z.B. mit der seitens der MLPD in den Rang einer Grundsatzfrage erhobenen Haltung zur chinesischen Kulturrevolution? Ich nehme an, sie gehen dabei aus von der Notwendigkeit der Fortführung des Klassenkampfes auch im Sozialismus. Kein Problem, wir auch. Ich nehme an, sie überlegen dabei, wie es möglich ist, eine Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen zu verhindern.

Pinochets Diktatur wankt

Fortsetzung von Seite 1

rer an den Protestaktionen beteiligt.

Auch viele Studenten und Intellektuelle beteiligten sich an den Protestaktionen. In Concepcion ging das Militär gegen 2000 Studenten vor, die sich mit dem Streik solidarisierten und die Wiederherstellung von Demokratie forderten. Zusammen gab es auch an der Universität von Valparaiso.

Am Sonntag, als der Generalstreik abgebrochen wurde, zeigten sich zwei Dinge ganz deutlich. Zum einen ist es offensichtlich noch nicht gelungen, die Werktätigen, die Arbeiterklasse voll zu großen Kampfaktionen zu mobilisieren. Das liegt sicherlich auch an den schlechten Bedingungen, unter denen die Linken, die Revolutionäre arbeiten müssen. Dazu gehört die staatliche Repression, die Informationsperre und anderes. Vielleicht kam der Aufruf aber auch noch zu früh. Die andere wichtige Sache ist aber in der Abbrückerklärung des Streiks enthalten. Darin betonen vor allem die Transportunternehmer, daß sie jetzt bessere Positionen zum Verhandeln mit Pinochet hätten. Hier wird ganz deutlich, daß in der breiten Einheit gegen die Diktatur doch verschiedenste Strömungen enthalten sind. Mit der Diktatur verhandeln, einen auch für Kleinunternehmer profitablen Kapitalismus schaffen, das kann nicht im Interesse der Mehrheit des Volkes, der Werktätigen, der Arbeiterklasse sein. Und Meldung, nachdem die Transportunternehmer schon über die US-Botschaft in Santiago Vorgespräche für Verhandlungen geführt haben sollen, müssen aufhorchen lassen.

Der bankrotte Zustand des Landes kann nämlich dazu führen, daß die USA Pinochet fallen lassen. Aber die USA werden niemals ihre eigennützigen Interessen in diesem Land freiwillig aufgeben. Darum heißt es aufpassen, was genau gemeint ist, wenn von Demokratisierung in Chile die Rede ist. In dieser Situation ist vor allem die Einheit, das Zusammengehen der chilenischen Linken, von größter Bedeutung. Sicher ist das erste Ziel von allen an der aktuellen Protestbewegung in Chile

beteiligten, der Sturz Pinochets. Aber wie soll es dann weitergehen? Haben alle, die Demokratie fordern, auch wirklich dabei vor allem die Interessen der Arbeiter, der Jugend, der Frauen, des Werktätigen Volkes im Auge?

Zu den wichtigsten Forderungen des aktuellen Kampfes in Chile gehören die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter, die sofortige Wiedereinstellung aller wegen der Teilnahme an den Streiks beteiligten Arbeiter, die Suspendierung aller gegen Gewerkschafter eingeleiteten Gerichtsverfahren und die Abschaffung der Zensur. In der vergangenen Woche hat sich auch erstmals die katholische Bischofskonferenz voll hinter die Volksbewegung gestellt.

In der Bundesrepublik haben am vergangenen Wochenende auf Initiative christlicher Solidaritätskreise verschiedene Solidaritätsgruppen und Vertreter der chilenischen Linken einen Kongreß unter dem Motto „Für Chiles Freiheit“ veranstaltet.

Mit großem Beifall wurde die Frau des ermordeten Führers der Unidad Popular, Hortensia Allende empfangen, die den Kongreß begrüßte. Neben großen Plenumsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen, in denen vor allem immer wieder der US-Imperialismus für die Leiden des chilenischen Volkes verantwortlich gemacht wurde, arbeiteten die mehr als 1000 deutschen Teilnehmer, viele Chilenen und Gäste aus anderen lateinamerikanischen Ländern und Vertreter der Solidaritätsbewegung aus verschiedenen europäischen Staaten in 22 Arbeitsgruppen zu verschiedensten Themen. Von den Problemen der Chile-Solidarität, über Fragen des Widerstands in Chile ging es zur Wirtschaftspolitik der Diktatur oder dem U-Boot-Bau auf der HDW-Werft in Kiel. Zusammen mit einer großartigen Kulturveranstaltung am Samstagabend ein großer Erfolg für die Chile-Solidaritätskomitees und sicher ein Beitrag zur verstärkten Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes.

Auch der „Rote Morgen“ wird in nächster Zeit zu einigen Aspekten der Entwicklung in Chile Stellung nehmen.



Berichtigung. In der letzten Ausgabe des „Roten Morgen“ ist leider durch einen Lay-out-Fehler ein Bild vertauscht worden. Die kämpfenden Jugendlichen, die im Chile-Artikel auf Seite 11 abgebildet sind, sind schwarze Rebellen aus Soweto.

Hier nun das eigentlich vorgesehene Bild: Polizeieinsatz gegen Demonstranten in Santiago am Nationalen Tag des Protests, 14. Juni 1983, als die Polizei in der Hauptstadt zwei Menschen erschoss.

Interview mit dem PLO-Vertreter Abdalla Frangi

„Kein weiterer Exodus unserer Kämpfer mehr“

Die Informationsstelle Palästina veröffentlichte im „Palästina Bulletin“ vom 24.6.1983 ein Interview des PLO-Vertreters in Bonn, Abdalla Frangi, mit der „Emdener Zeitung“ vom 11. Juni 1983. Wir veröffentlichen den Wortlaut dieser Interviews nach „Palästina Bulletin“ 25/83:

Frage: Herr Frangi, zwischen dem gemäßigten PLO-Führer und radikalen Fatah-Kämpfern im Bekaa-Tal ist seit einigen Wochen ein offener Streit ausgebrochen. Die Angaben über die Ausmaße des Bruderkrieges sind ebenso verwirrend wie über die Hintergründe des Konfliktes. Was ist wirklich dran an dieser Entwicklung?

Frangi: Die Entwicklung im Bekaa-Tal ist nicht neu. Streitereien innerhalb unserer Organisation gab es schon früher. Neu ist nur die Tatsache, daß diese Auseinandersetzungen jetzt erstmals nach außen getragen werden. Die Meute waren schon früher dafür bekannt, daß sie gegen den Kurs der PLO sind. Aber das war schließlich nicht bedenklich, denn schließlich haben wir eine demokratische Struktur, in der jeder seine Kritik äußern kann. Letztendlich entscheidet die Mehrheit, deren Beschlüsse anzuerkennen sind. Das ist eine alte Regel des demokratischen Spiels, und an die hat sich auch bisher jeder gehalten. Die Beschlüsse von Fez, in denen der künftige Kurs unserer Organisation festgelegt worden waren, sind im Nationalrat bestätigt worden, auch von den Meutern. Von daher ist ihre Kritik unverständlich. Abu Mussa, einer der Initiatoren des Aufstandes, ist Mitglied des Revolutionsrates, und hat in der Debatte damals außer Vorbehalten keine weitere Kritik angemeldet. Daß gerade er jetzt öffentlich schmutzige Wäsche waschen will, zeugt von schlechtem Stil.

Frage: War eine derartige offene Konfrontation denn nicht abzusehen angesichts der wachsenden Unzufriedenheit der PLO-Kämpfer mit den gegebenen politischen Konstellationen im Nahen Osten?

Frangi: Nein. Es war gerade der Zeitpunkt, der uns so überrascht hat. Dieses verwirrende Zusammenspiel der Kräfte, die da an dieser Auseinandersetzung im Bekaa-Tal beteiligt sind. So haben wir zum Beispiel erfahren, daß Libyen den Aufstand mit 6 Millionen US-Dollar unterstützt. Der iranische Außenminister hat gar Hilfe für vier Millionen US-Dollar versprochen. Den äußeren Anlaß für den Aufstand, die Ernennung von zwei mißliebigen Offizieren, halte ich da als Grund für ein derartiges Verhalten für nicht stichhaltig. Da steckt etwas anderes dahinter. Abgesehen davon, daß ich die betreffenden Offiziere auch nicht für militärische Versager halte. Aber immerhin hat Yassir Arafat ihre Ernennung wieder rückgängig gemacht, und wir sind auch sonst den Meutern entgegengekommen. Doch die haben das gar nicht honoriert. Im Gegenteil, sie haben politische Forderungen erhoben, in denen sie jegliche Reformen ablehnen. Wir wollten eine Konferenz der Fatah einberufen, aber diese Leute verlangten schon im voraus Resultate. Im Zentral-Komitee sollte der Anteil ihrer Leute willkürlich aufgestockt werden. Das hat mit Demo-

kratie schon nichts mehr zu tun.

Frage: Was halten Sie denn von dem Grundsatzprogramm, in dem die Meuterer vor kurzem ihre Forderungen zu Papier gebracht haben?

Frangi: Ich halte das Ganze für äußerst naiv. Sie werfen uns den Auszug aus Beirut vor. Damals waren sie doch selbst dabei. Sie hätten ja da-



Abdalla Frangi

bleiben können. Was hätte das denn bewirkt? Und dann die geforderte Annäherung an Libyen und Syrien. Was soll das? Wir haben unsere mit Mehrheitsbeschluß gefaßten politischen Richtlinien, und wir halten auch daran fest. Wir haben bisher eine Kombination aus politischem und bewaffnetem Widerstand geführt, und wir sind damit ganz gut gefahren. Vor allem gilt es jetzt, das bisher politisch erreichte auszubauen. Die Aufständischen um Abu Mussa sind dagegen und wollen Kampf um jeden Preis. Aber das ist unrealistisch, und das können wir nicht akzeptieren. Wir wollen keinen zweiten Exodus unserer Kämpfer.

Frage: Die Fronten auf beiden Seiten scheinen sich spätestens nach dem blutigen Zwischenfall von vor einigen Tagen erhärtet zu haben. Außerdem bekommt Yassir Arafat zunehmend politische Rückendeckung aus dem arabischen Lager und von den Großmächten. Bahnt sich angedeutet die bereits seit längerem prophezeite Spaltung der PLO an?

Frangi: Zunächst einmal muß hier, glaube ich, betont werden, daß wir nach wie vor bereit sind, den Dialog fortzusetzen. Die Tür ist noch offen, die es den Meutern erlaubt, zurückzukehren. Bedingung wäre allerdings, daß sie die Beschlüsse von Fez anerkennen. Denn wir wollen nicht, daß Palästinenser auf Palästinenser schießen. Da gibt es schon genug andere, die das erledigen. Aber nach der Provokation, bei der übrigens nicht — wie in der westlichen Presse verkündet — 40 Mann, sondern nur vier unserer Männer getötet und sieben verwundet worden sind, scheint sich eine andere Entwicklung abzuzeichnen. Jetzt, wo Blut geflossen ist, sehe ich eigentlich nur noch wenig Chancen dafür, daß eine gütliche Einigung möglich ist. Die Mehrheit innerhalb der Fatah ist

jetzt der Meinung, daß sie zu weit gegangen sind. Außerdem müssen Offiziere, die den militärischen Gehorsam verweigern, allein schon im Interesse der allgemeinen Truppenmoral diszipliniert werden.

Frage: Das hieße also Spaltung?

Frangi: Wenn diese Leute mit der PLO nicht zufrieden sind, müssen sie eben zwangsläufig alleine kämpfen. Dann sollen sie eine eigene Organisation gründen. Aber es ist beruhigend zu wissen, daß die

eignissen im Bekaa-Tal aus? Vor allen Dingen auch gegenüber dem Libanon nach der Unterzeichnung des Abkommens mit Israel?

Frangi: Das Abkommen ist in meinen Augen ein Zeichen amerikanischer Kursichtigkeitspolitik. Anscheinend glauben die Amerikaner, mit einem Abkommen hier und einem dort dem Frieden im Nahen Osten näher zu kommen. So wird es jedenfalls nie etwas werden, und da ist auch das Mißtrauen der Syrer gerechtfertigt. Was uns weiterbringen könnte, wäre eine internationale Konferenz, an der gleichberechtigt alle Beteiligten teilnehmen können, inklusive den beiden Großmächten USA und UdSSR, die für eine mögliche Verhandlungslösung Garantien geben könnten. Was die künftige Politik der PLO angeht, so werden wir an unserem gemäßigten Kurs festhalten. Diese Mäßigung kann allerdings nicht ewig dauern. Wenn die israelische Regierung an ihrer Siedlungspolitik und ihrer Landenteignungsstrategie festhält, ist auch ein neuer Waffengang nicht auszuschließen.

Frage: Klingt das nicht ein bißchen unrealistisch angesichts der Tatsache, daß die arabischen Länder anscheinend kriegsmüde geworden sind und die PLO-Kämpfer auf zahlreiche andere Länder verteilt worden sind?

Frangi: Ich wiederhole, daß eine erneute Runde im Nahost-Konflikt nicht auszuschließen ist. Das muß nicht so sein, ist aber bei einer weiterhin starren Haltung Israels nicht auszuschließen. Und was die PLO-Kämpfer angeht, so ist ein Großteil von ihnen bereits zurückgekehrt. Wenn es hart auf hart kommen sollte, werden sie jedenfalls da sein.

Kommentar

Nun liegen die Karten also auf dem Tisch, nun wird klar, was los ist in Nahost. Die Maßnahmen der syrischen Regierung gegen Arafat und Abu Jihad, ihre gleichzeitige Unterstützung für alle oppositionellen Strömungen in der PLO, auch für jene, die vor Blutgüssen gegen die eigenen Leute nicht zurückschrecken, zeigt vor allem eines: Für Syriens Assad geht es nicht um die Sache der Palästinenser. Für ihn geht es vor allem um solche Palästinenser, die er für seine eigenen Ziele einsetzen und ausnutzen kann.

Damaszener Querschläger

Hier werden die Kräfte der Spaltung aktiviert, das nationale Schisma heraufbeschworen, wo gerade die palästinensische Einheit in den letzten 15 Jahren die wichtigste Waffe im Kampf gegen den Imperialismus und die aggressive israelische Politik war.

Profitieren von dem allem kann letztlich aber nur die Reaktion, die Imperialisten, nicht die Palästinenser und auch nicht Syrien selbst. Profitieren kann Reagan, kann Begin.

Es soll keiner glauben, wenn heute gesagt wird, Syrien unterstützte eben den „radikaleren“, kämpferischen Teil, während Arafat eben ein Reformist geworden sei oder ähnliches.

Für all diejenigen, die die Geschichte des palästinensischen Befreiungskampfes näher kennen, ist es kein Geheimnis, daß spätestens zu dem Zeitpunkt als die neuen Bastionen im Libanon Mitte der 70er Jahre gefestigt waren, syrische Truppen immer wieder mit Gewalt gegen Palästinenser vorgingen sind.

Es ist also kein neues, durch die letzte Entwicklung zustande gekommenes Motiv, das Assad treibt, sondern es ist die Fortsetzung einer Politik, die von Damaskus aus schon lange betrieben wurde. Querschläger aus Damaskus sozusagen, die sich gegen den palästinensischen Kampf richten, mögen sie noch so sehr das Gegenteil behaupten.

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief

NEU IM VERLAG ROTER MORGEN



Mit 5,— DM sind Sie dabei ...
... denn soviel zuwenig kostet ein

Einzelheft der Reihe
„Kommunistische Hefte“
(Theoretisches Organ der
KPD) im Abonnement.

Hiermit bestelle ich ein
Abonnement der „Kommunistischen Hefte“

☐ ab Nr. 3/4

(E. Aust: Fürs Vaterland?)

☐ ab Nr. 5

*Zutreffendes bitte ankreuzen

Ein Abo umfaßt vier Nummern. Den Betrag von 25,— DM (einschließlich Porto und Verpackung) überweise ich nach Erhalt der Rechnung.

Name:

Straße:

Ort:

Das Abo verlängert sich automatisch, wenn es nicht nach Ablauf gekündigt wird.

Coupon ausschneiden und schicken an:

Verlag Roter Morgen
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Quotierung II

Liebe Freunde,
im „Roten Morgen“ Nr. 24 vom 17.6.83 habt ihr einen Leserbrief zum Thema „Quotierung von Frauen“ abgedruckt. Dazu möchte ich gerne Stellung nehmen.

Es ist zur Zeit eine Tatsache, daß Frauen in der KJD und in der KPD unterrepräsentiert sind im Verhältnis zur Bevölkerungsstruktur. Gerade deshalb finde ich es sehr positiv, daß die neue ZL der KJD auch ohne Quotierung mit fünf (von elf) Frauen besetzt ist.

Eine Quotierung, wie sie per Antrag verlangt wurde, setzt das Wollen der Delegiertenversammlung außer Kraft. In dem Leserbrief wird ausgesagt, daß die Quotierung lediglich eine taktische Frage ist. Ich finde es aber traurig, wenn in der KJD mit taktischen Manövern gearbeitet werden muß, um eine Wahl zu beeinflussen. Gerade in die Zentrale Leitung müssen die besten Genossinnen und Genossen gewählt werden. Nur ihnen kann das Vertrauen für die politische Leitung übertragen werden.

Einer Frau, die nur durch Quotierung eine Position erhält, ist in keiner Weise gedient, ganz im Gegenteil kann das sehr schädlich sein.

Ich meine zum Thema Gleichberechtigung muß ganz unten angefangen werden. Die Männer sollen sich ruhig intensiv damit befassen. Deshalb schlage ich vor, daß der „Rote Morgen“ in Zukunft auch einmal längere Abhandlungen zur Frauenfrage abdruckt. Vielleicht ist sogar eine regelmäßige Frauenseite im „Roten Morgen“ möglich. Denn dieses Thema kann nicht oft genug diskutiert werden.

Aber noch einmal zurück zur Quotierung selbst. Es wurde auch diskutiert, diese Forderung in die Gewerkschaften zu tragen. Dabei muß sich jeder darüber im Klaren sein, daß zwangsläufig mit Quotierungen für leitende Angestellte, Ausländer, Jugendliche, Schwerbehinderte etc. zu rechnen ist. Mit einer derartigen Quotierung wird sich das Bewußtsein der Frauen aber nicht verändern. Dazu gehört eine aktive und intensive Arbeit der Genossen und Kollegen. Der Sprung ins kalte Wasser ist keine gesunde Grundlage für die Frauenarbeit.

Mit solidarischen Grüßen,
eine Leserin aus Darmstadt

Quotierung III

Liebe Genossen!
Wir wenden uns an euch, weil wir meinen, daß ihr einen Begriff in o. a. Artikel falsch gewählt habt. Die Überschrift „Quotierung von Frauen in die ZL“ ist unseres Erachtens sinngemäß falsch. Laut Duden bedeutet der Begriff „Quotierung“: den Preis (für eine Ware) angeben oder mitteilen. Wir meinen, besser wäre „Quotisierung“ bzw. „quotieren“: eine Gesamtmenge oder einen Gesamtwert in Quoten aufteilen.

Sicherlich ist dieser Fehler nicht allein euer Verschulden, denn diese Ausdrucksweise war schon auf dem Kongreß selbst falsch.

Viele Grüße,
Genossen der KJD Hamburg

Quellen

Liebe Genossen!
In der letzten Zeit habt ihr sehr gute Artikel über Nicaragua, Brasilien usw. im „Roten Morgen“ gebracht. Leider sind bei vielen Artikeln die Quellenangaben unzureichend, d. h. es fehlen Ausgabe, Datum usw. (besser sind Fußnoten!). Da ich zur Zeit im DGB-Arbeitskreis „Entwicklungspolitik“ mitarbeite, brauche ich am besten die Originalquellen. Deshalb hätte ich zwei Anfragen:

• Könntet ihr mir die Original-

quellenangaben mit Datum, Ausgabe oder eine Fotokopie des „Südafrika-Artikels“ aus RM Nr. 17/83 (Zitat aus „Deutschland-Union-Dienst“) schicken?

• Für diese Arbeit, speziell unter dem Gesichtspunkt VW, benötige ich auch aktuelle Zeitungsartikel über VW Brasilien, Südafrika usw., auch aus ausländischen Zeitungen (französisch oder spanisch). Vielen Dank im Voraus.
Mit sozialistischen Grüßen,
M. M. aus Wolfsburg

Vorschlag

Liebe Freunde,
ich schlage euch vor, im „Roten Morgen“ aufzurufen:
Waffen für Nicaragua.

Gegen die US-Brandstifter, für das nicaraguanische Volk.

Damals rief die taz zu Geld für Waffen für El Salvador auf — mit großem Erfolg. Gerade als KPD müssen wir das tun — und zugleich auch die Frage „Gerechte und ungerechte Kriege“ beantworten, im Gegensatz zur kleinbürgerlichen Linken, die allgemein — mit Ausnahmen — die absolute Gewaltfreiheit propagiert.

Wenn's ein Spendenkonto geben sollte, muß jeden Tag Geld abgeboben werden, damit es nicht beschlagnahmt wird.

Tschüß,
P. aus Witten

Trauriges Bild

Ein großer Teil der Genossen scheint an der Tournee des Albanischen Staatsensembles kein überwältigendes Interesse gehabt zu haben. Oder wie soll man es bezeichnen, wenn auf dem mitreisenden Abend am 21.4. in Düsseldorf in der Philips-halle noch nicht einmal ein Dutzend Genossen anwesend war? Dies war die einzige Veranstaltung der Albaner in NRW, und man wird kaum annehmen, daß die betreffenden Genossen nach Hamburg oder Wolfsburg gefahren sein werden.

Im Klartext: Ich finde es beschämend, wenn bei dieser einmaligen Gelegenheit, Freunden und Bekannten ein „Stück Albanien“ zu zeigen, das sonst von den Medien verleumdet oder — mehr noch — totgeschwiegen wird, noch nicht einmal die eigenen Genossen der Bruderpartei der PAA, die dieses Land im Herzen tragen sollten, es für Wert halten zu kommen!

Ob die 25,— DM der Grund waren? Das wäre ebenso traurig. Jede x-beliebige Theaterkarte kostet heute soviel (zugegeben, nicht billig). Gehen die Genossen deswegen nicht mehr ins Theater?!

Den Kosovo-Albanern, die sich wie die Kinder freuten und mitsangen und die mitsamt ihren Familien in Scharen z.T. von Belgien aus angereist kamen, fiel der Eintrittspreis bestimmt schwerer als den meisten von uns — die Begegnung mit ihrer geliebten Heimat war es ihnen aber wert. Ich wäre am liebsten vor Scham in den Boden versunken. Denkt mal darüber nach, vor allem, wo die Ursachen dafür liegen!

Ein enttäuschter Sympathisant.
E.S. aus Köln

Gäste?

Liebe Genossen,
ich wende mich an euch wegen des kurzen Artikels über den 3. RGO-Kongreß.

In dem Artikel wird gesagt, daß als Gäste bei dem Kongreß auch Kollegen der Gruppe Arbeiterpolitik und der MLPD anwesend waren. Ich meine, so kann man das nicht darstellen.

Der alte RGO-Vorstand hatte versucht, andere oppositionelle Gruppen und Einzelkollegen zu diesem Arbeitskongreß der RGO einzuladen. Dabei ist es heute wohl nicht zu vermeiden, daß einige dieser Kollegen anderen politischen Parteien angehören, denn diese anderen Gruppen sind ja nicht politisch unbefleht. Daß nun bei der Gruppe Arbeiterpolitik keine Trennung von politischer Partei und RGO wie bei uns gegeben ist, ist für die Darstellung im „Roten Morgen“ vielleicht schwierig. Bei der MLPD ist dies aber anders. So wie der Artikel geschrieben wurde, wird der Eindruck erweckt, die RGO hätte politische Parteien eingeladen. Dies war nicht so, denn sonst würde ich mich auch fragen, warum die KPD und dann wohl auch der BWK nicht eingeladen wurden. (Wobei mir allerdings nach wie vor völlig unklar ist, was die beiden Genossen der MLPD bei dem Kongreß sollten, denn nach meinem Wissen zeichnet sich diese Partei nicht gerade dadurch aus, daß sie die oppositionelle Bewegung in den Gewerkschaften unterstützt — dies ist aber eine ganz andere Frage.)

Ich bin der Meinung, daß wir in unseren Veröffentlichungen über die MOs genau differenzieren, was Position der Partei und was Position der jeweiligen MO ist.
Viele Grüße,
T. R. aus Hamburg

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Alles wird teurer, nur der „Rote Morgen“ nicht. Diese wunderbare Erscheinung hat ihre Ursache darin, daß der Herausgeber der Zeitung, die KPD, das große Defizit für ihre kommunistische Wochenzeitung abdeckt.

Mehr als das zweifache des Verkaufspreises von 1 DM kostet ein Exemplar des „Roten Morgen“, wenn man alle echten Kosten einrechnet. Diese beginnen bei den Löhnen für die Redakteure und andere Mitarbeiter des Verlages, umfassen die Ausgaben für Zeitungsabos und Fachliteratur für die Redaktion, die anteiligen Büromieten, Heizungs-, Strom- und Telefonkosten, die für die Arbeit am „Roten Morgen“ aufgebracht werden müssen. Weitere Kostenfaktoren sind Verpackungsmaterial und Portokosten, die EDV-Buchhaltung — und natürlich nicht zuletzt die Satz-, Repro- und Druckkosten.

Eine eigentlich notwendige drastische Preiserhöhung kann abgewendet werden, wenn es gelingt, das zur Zeit bestehende Defizit, die „Subvention“ des „Roten Morgen“, durch die Partei zu senken. Der beste Weg wäre eine enorme Auflagensteigerung. Politisch sicherlich und auch ökonomisch der beste Weg. Doch die bevorstehenden Sommermonate und die realistische Einschätzung des „Marktes“ lassen diesen Weg als den einzigen nicht als sehr erfolgreich erscheinen. Darum wollen wir über eine Spendenkampagne alle Genossen, Freunde und Leser des „Roten Morgen“ auffordern mitzuhelfen, das Defizit des RM um 30000 DM zu reduzieren. Damit eine Preiserhöhung verhindert wird, und der notwendigen Verbreitung des „Roten Morgen“ nicht die „2-DM“-Hemmschwelle entgegensteht.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467

ROTER MORGEN AKTION

Schon über 100 neue Abos!
Nachmachen! Noch bis zum 15. Juli Billigabos!
Zum halben Preis!

RM
zum
halben Preis!

Jeder, der jetzt schnell den „Roten Morgen“ abonniert, bekommt ihn zum halben Preis!

Also, ein Jahresabo für 30 DM, ein Halbjahresabo für 15 DM.

Name

Vorname

Straße

Plz/Ort

Hiermit bestelle ich das tolle Sonderangebot:

.....Abonnement/s

0 für 1 Jahr

0 für 1/2 Jahr

0 Ich lege Post/Bankschenk bei über DM.....

0 Ich habe den Betrag von DM..... an den Verlag überwiesen

0 Ich bitte um Vorausrechnung

Bitte einsenden an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103 oder Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290; Postscheckkonto Dortmund 79600-461.

17. Juni in Flensburg

17. Juni — Tag der kalten Krieger auch in Flensburg. Um gemeinsam zu beraten, was man zum 17. Juni an Gegenaktionen machen könnte, trafen sich der BWK, VVN, KPD und Nie wieder Krieg Schleswig. Eingeladen waren unter anderem auch die DKP, Grünen, SPD, die jedoch nicht erschienen. Es wurde dann vereinbart, am 14. Juni eine gemeinsame Veranstaltung durchzuführen. Auf dieser Veranstaltung waren neben den oben genannten Organisationen Vertreter der SDAJ, denen es nach langem Ringen mit der DKP-Führung gelungen war, teilzunehmen. Auf der Veranstaltung wurden mehrere Kurzreferate zu den historischen und politischen Hintergründen des 17. Juni gehalten. Man war sich einig,

daß das Revanchistenstreben notwendigerweise auf einen Krieg hinauslaufen muß. Deswegen einigte man sich auf die Forderungen:

• Völkerrechtliche Anerkennung der DDR!

• Anerkennung aller bestehenden europäischen Staatsgrenzen!

• Weg mit dem 17. Juni — Tag der kalten Krieger!

Außerdem wurden vor dem 17. Juni zwei gemeinsame Stände durchgeführt. Der Büchertisch und die Info-Tafeln stießen auf großes Interesse. Ein gemeinsames Flugblatt nebst dem Extrablatt des „Roten Morgen“ wurden gut verteilt.

Auf der Veranstaltung hatte man noch beschlossen, am 17. Juni zu einer Gegenbeteili-

gung an der Wiedervereinigungsfeier der Kalten Krieger aufzurufen. Ein weiterer wichtiger Punkt war eine Übereinkunft, gemeinsam an diesem Thema weiterzuarbeiten, um diese wichtige Frage auch in die Friedensbewegung einzubringen.

Am Morgen des 17. Juni versammelte sich eine Gruppe von Stadtoffiziellen mit Anhang vor dem sogenannten Mahnmahl, einem Stein, auf dem Deutschland in den Grenzen von 1937 dargestellt worden ist. Wir machten mit Hilfe eines Transparentes, auf dem wir die Anerkennung der DDR und der polnischen und sowjetischen Grenzen gefordert haben, den Vorbeifahrenden und -gehenden unsere Forderung für den heutigen Tag deutlich.

2. Kongreß der Kommunistischen Studenten

Unsere Arbeit an den Hochschulen

Vom 17.6. bis 20.6. fand der zweite Kongreß der Kommunistischen Studenten, Hochschulverband der KPD, statt. Aus diesem Anlaß sprach der „Rote Morgen“ mit einer Genossin des neugewählten Vorstands:

RM: Im Rechenschaftsbericht des alten Vorstandes heißt es im Rückblick auf den Gründungskongreß vor zwei Jahren: „Es gehörte schon eine gesunde Portion Unerschrockenheit dazu, allen Unkenrufen zum Trotz mit unserer damals kleinen Truppe die Arbeit aufzunehmen“.

E.: Ja, das mußt du so sehen. Als wir vor zwei Jahren die KS gegründet haben, war das genau die Stimmung, die wir hatten. Denn es war zwar schon seit Jahren von der KPD bzw. der RG aus an den Unis gearbeitet worden, aber eigentlich lief die Sache immer so nebenher — es kümmerte sich so richtig kein Mensch darum. Und das hatte u. a. dann ja auch dazu geführt, daß wir auf ganz wenige verbleibende studentische Genossen zusammengeschrumpft sind. Mit der Gründung der KS als organisatorisch selbständiger Verband war dann zwar die Entscheidung für die Arbeit an den Hochschulen getroffen worden, aber einmal waren wir ja echt sauen, und dann waren wir auch politisch erst mal an dem Punkt, daß wir nur die allerallgemeinsten Bausteine für das Fundament des uns vorschwebenden Verbandes zusammengetragen hatten. Bei vielen Genossinnen und Genossen der KPD ernteten wir — teilweise bis heute — nur eher ein mitelidiges Lächeln als KS. — Aber wie gesagt, so wenige, wie wir waren, waren wir doch wild entschlossen, was zu tun. Und da haben wir eben nicht lange lamentiert, sondern angefangen — ganz praktisch.

RM: Wie sahen denn eure Aktivitäten aus?

E.: Vor allem haben wir uns natürlich darum gekümmert, was im engeren Sinne hochschulspezifisch war. Denn mit der Operation '82 setzte auch im Bildungsbereich der absolute Kahlschlag ein. Stellen wurden gestrichen, Studienkapazitäten abgebaut, staatliche Subventionen für studentischen Wohnheimbau und studentische Krankenkassen gestrichen usw.

Auf der anderen Seite wurden und werden die Ausgaben für die Forschungsbereiche, die direkt der Steigerung der Profitrate des Kapitals dienen, spürbar erhöht. Besonders in die Bereiche der sogenannten „Wachstumstechnologien“ und „anwendungsbereiten Forschung“ (z. B. Mikroelektronik, Gen-Technologie, Rüstung) flossen die Gelder.

Die völlige Umwandlung des Bafög in Vollkredit — die erste Maßnahme der Schwarzen in Bonn — markierte eine neue Qualität dieser Entwicklung. Mit der Wende in Bonn setzte auch die Wende im Bildungsbereich ein: Die von Arbeitgeberverbänden und reaktionärem Professorenklüngel seit längerem geforderte „Elitebildung“ wurde offizielle Regierungspolitik.

Ich glaube, daß dieser ganze Zusammenhang bisher über die Hochschulen hinaus noch viel zu wenig beachtet wird. Die modeln derzeit den ganzen Bildungsbereich total um — und die Folgen sind heute schon ablesbar: z. B. sinkt seit etwa zwei Jahren der Anteil der Arbeiterkinder an den Hochschulen kontinuierlich. Und der

machte ja selbst auf dem Höchststand nur 14 Prozent der gesamten Studentenschaft aus.

RM: Ihr habt dazu ja auch die Broschüre „Zugig zur Elitehochschule“ herausgegeben.

E.: Ja, wir haben im Herbst '82 ein zentrales KS-Seminar zu dem Thema gemacht und auf der Grundlage die Broschüre erstellt. Ich will dir mal kurz zwei Beispiele dazu nennen: 1. Was das ökonomische Interesse des Kapitals angeht: So sind typisch die jetzt im Aufbau befindlichen Groß-Gen-Technologie-Zentren in Heidelberg, Köln, München und Berlin. Sie sind in Kooperation mit den Chemieriesen BASF, Bayer, Hoechst und Schering. Da pulvert der Staat das Geld rein, und die Unternehmen, die auch direkt personell mit drinhängen, haben vertraglich abgesichert das Recht, die Ergebnisse der Forschung für sich zu verwenden — d. h. jedem der führenden Chemie-monopole wird quasi ein staatlich finanziertes Forschungslaboratorium hingestellt. Und 2. zur reaktionären Begleitmusik: In Bayern und Baden-Württemberg gibt es bereits Erlasse der Kultusministerien, die Forschung und Lehre auf die „Grundwerte“ Heimatliebe, Familie, Religion und Verfassung verpflichten. Als Folge davon wurde in den baden-württembergischen Hauptschulen die Sexualkunde aus dem Biologieunterricht gestrichen, da der Mensch bereits im Religionsunterricht behandelt würde, und das Thema „Juden“ wurde aus dem Geschichtskapitel „Nationalsozialismus“ herausgenommen, da es unter dem Themenkomplex „Minderheiten“ hinreichend behandelt werde ...

Wir haben in der Broschüre ja auch Dokumente abgedruckt, wie die sich das mit der Elite denken — und wenn man das liest, dann fühlt man sich nicht nur, wie ihr es mal geschrieben habt, ins Mittelalter zurückversetzt, sondern das erinnert verflucht an: „Führer“ braucht das Volk — aus jüngerer deutscher Geschichte.

RM: Es gab insgesamt gegen den Bildungsabbau breite studentische Proteste, besonders gegen den Bafög-Kahlschlag oder auch gegen die Versuche, Studiengebühren einzuführen.

E.: Ja, es gab Demos und Aktivitäten in den Hochschulen (z. B. Unterrichtsboykotte, Bafög-Amtsbesetzungen u. ä.), an denen sich Hunderttausende Studenten beteiligten. Wir haben, unseren Kräften entsprechend, mitgemacht und über zentrale Flugblätter zu den VDS-Demos aufgerufen. Und jetzt in Berlin, wo die ganz praktisch darangehen, erste Schritte in Richtung Studiengebühren umzusetzen, sind unsere Genossinnen und Genossen sehr aktiv. Es gibt dort eine Boykottbewegung der neu erhobenen Sozialbeiträge. Die KS Berlin arbeitet auch im Berliner weiten Boykott mit.

RM: Ihr wart aber doch über die im engeren Sinne hochschul- und bildungspolitischen Belange hinaus auch aktiv, z. B. Frieden, Antimperialismus usw.

E.: Richtig — einmal waren wir natürlich bei den großen Friedensdemos dabei. Darüber

hinaus haben wir versucht, den engen Blick auf die Mittelstreckenraketen, der vielfach in der Friedensbewegung steckt, darauf zu lenken, daß Kriegsvorbereitung ja viel mehr heißt. In der Broschüre „Rüstungsforschung und Hochschulen“ ist z. B. der ganze Komplex der Militarisierung der Wissenschaften dargelegt. Denn bei moderner Kriegsführung spielen die Wissenschaften eine eminent wichtige Rolle. Ohne sie wäre z. B. die Entwicklung der Pershing II und Cruise missiles undenkbar. Und jede neue Technologie — das gilt auch insgesamt —, die in bestimmten Produkten fertig vor uns steht, beinhaltet ja, daß Jahre vorher bereits gezielt in den Hochschulen und Forschungsstätten daran gearbeitet wurde. Natürlich haben die Herrschenden nicht gerne, wenn das, was sie da machen, bekannt wird, und deshalb spielt sich das hinter verschlossenen Türen ab.

RM: Wie sahen denn Aktivitäten vor Ort aus?

E.: Vielleicht zwei Beispiele — die für unsere Friedensaktivitäten stehen.

Einmal hat die KS-Gruppe Westberlin sich ziemlich stark für die Solidarität mit dem Befreiungskampf in Mittelamerika engagiert. Sie haben bei uns deshalb schon den Namen „Waffe(l)marxisten“ weg — denn zweimal haben sie im letzten Semester Infotage dazu in der Uni gemacht — wo sie neben Büchertisch und Informationen und einer Filmveranstaltung auch Kaffee und Waffeln verkauft. Dabei haben sie ca. 200,— DM als Spenden für „Waffen für El Salvador“ zusammenbekommen. Auf unserem Kongreß haben wir dieses Ergebnis durch eine Sammlung um 100,— DM erhöht.

Als die Israelis letzten Sommer ihren Ausrottungsfeldzug gegen die PLO begannen, hat die Karlsruher KS-Gruppe über ähnliche Aktionen neben der direkten materiellen Unterstützung für die PLO erreicht, daß diese Sache mehr ins Bewußtsein der Studentenschaft gerückt wurde. Ein Genosse ist dort auch über die von uns initiierte Liste „Was tun“ im Studentenparlament, und auf dem Hintergrund der Aktivitäten der KS war soviel politischer Druck erzeugt worden, daß der Asta Stellung gegen die israelische Aggression bezog und ebenfalls Geld (2000,— DM) zur Unterstützung der PLO spendete.

RM: Wenn du so erzählst, dann wart ihr mit den wenigen, die ihr seid, recht aktiv. Und auch mitgliedermäßig habt ihr ja einiges zugelegt. Ihr habt nicht nur „einfach was gemacht“, wie du am Anfang sagtest. Ich denke neben euren beiden Broschüren auch an den „Zwischenruf links“, eure Zeitung, deren siebte Ausgabe kürzlich erschien.

E.: Ja, das stimmt, und es ist gut, daß du das ansprichst. Denn bis heute, kann man sagen, gibt es immer noch einen kleinen harten Kern von Genossinnen und Genossen der KPD, die wenig davon wissen, was wir machen. Daran sind wir natürlich auch etwas selber schuld, weil wir von unserer Arbeit zu wenig berichtet haben, z. B. im „Roten Morgen“. Und ich kann jetzt auch nicht alles erwähnen, was wir gemacht haben. Seien es unsere Aktivitäten gegen das Heidel-

berger Manifest und die unterzeichnenden Profs, sei es die Arbeit der Genossinnen und Genossen in den Organen der Verfaßten Studentenschaft (wodurch wir mittlerweile an vier Hochschulen mit im Studentenparlament sitzen — und in absehbarer Zeit in weiteren). usw.

Aber darüber hinaus kann man ohne Übertreibung sagen, daß die Kommunistischen Studenten — im Rahmen der gesamten Arbeit der KPD — viel Neues erarbeitet haben. Z. B. ist ja der Inhalt der beiden Broschüren und auch viele Artikel des „Zwischenruf links“ etwas, was du in anderen Publikationen der KPD nicht findest. Und das kennzeichnet vielleicht auch den größten Unterschied zu der Hochschularbeit vor der KS, daß wir die Arbeit nicht im Abschreiben und eventuell noch Umschreiben der KPD-Politik begriffen haben, sondern auf der Grundlage des Marxismus und der politischen Linie der KPD selbständig unsere Politik machen. Wir haben sozusagen die ersten Konturen eines eigenen Profils geschaffen.

Wichtig war, daß alle Genossinnen und Genossen der KS nicht lamentiert haben, weil die KPD zu diesem und jenem nichts gesagt hat, sondern daß wir organisiert, als Teil des Ganzen selber aktiv waren — und an den notwendigen Antworten aufgeworfener Fragen gearbeitet haben.

Ich glaube, daß von dieser Haltung auch manche Parteiorganisation von uns was lernen kann. Daß natürlich dann, wenn man was praktisch macht, oder auch theoretisch untersucht, auch Fehler vorkommen, ist eine andere Sache — und normal.

RM: Was habt ihr euch für die nächste Zeit vorgenommen?

E.: Als erstes steht zu Beginn des Wintersemesters im Oktober ja die Frage der Mittelstreckenraketen an. Wir wollen, beginnend mit der Erstsemesterarbeit — gemeinsam mit der KJD dagegen etwas machen.

Dann liegen ja konkrete Pläne zur Einführung von Studiengebühren in den Schul-laden der Bildungsministerin vor. Und schließlich wollen wir, sozusagen „programmatisch“ ein Stück weiterkommen. Ich habe vorhin ja angesprochen, daß die Schwarzen in Bonn darangehen, den gesamten Bildungsbereich völlig umzu-modelln. Dabei kommt u. a. heraus, daß Bildung und Studium wieder zum alleinigen Privileg der Reichen wird. Für die Arbeiterkinder werden selbst die minimalen Bildungsmomente, die in den 60er Jahren, z. B. durch Gesamtschulen, zweiten Bildungsweg usw. installiert worden sind, gekappt. Die Schüler und Studenten von morgen sollen den Kopf außerdem mit dem ganzen Mist offen reaktionärer Ideologie verkleistert bekommen.

Wir meinen, daß man dem von unserem Standpunkt aus, was entgegenstellen muß. Deshalb haben wir der KPD und der KJD vorgeschlagen, eine gemeinsame bildungspolitische Erklärung zu erarbeiten. Zu diesem Zwecke wollen wir nun eine gemeinsame Arbeitsgruppe bilden, in der Genossinnen und Genossen aller drei Organisationen vertreten sein sollen. Und an dieser Stelle möchte ich interessierte Genossinnen und Ge-

nossen der KPD, die daran mitarbeiten wollen, ansprechen, und sie bitten, sich in Dortmund zu melden. Besonders die Lehrer-genossen sind gefragt und Genossen aus dem zweiten Bildungsweg, denn wir kennen uns natürlich im schulischen Bereich nicht so gut aus.

Das sind so die nächsten Sachen, die wir uns vorgenommen haben.

RM: Und wie steht es damit, im „Roten Morgen“ zukünftig häufiger etwas von der Arbeit der KS und den Hochschulen zu hören?

E.: Von uns aus wollen wir gerne — gerade von den Aktivitäten vor Ort — mehr berichten. Aber vielleicht könntet ihr von der Redaktion aus auch mal bei der einen oder anderen Gelegenheit vorbeischaun ...



Resolutionen des 2. Kongresses der Kommunistischen Studenten

Keine Stationierung der Mittelstreckenraketen

Die Kommunistischen Studenten beteiligen sich im Rahmen der Aktionswoche gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen im Oktober dieses Jahres. Insbesondere am 20.10.83, dem Widerstandstag der Schulen, Volkshochschulen und Hochschulen, werden wir für die Forderung „Keine Stationierung der Mittelstreckenraketen“ und „Austritt aus der NATO“ werben und aktiv werden. Wir beteiligen uns aktiv an der von der KJD geplanten Aktion des NATO-Austritts und planen dazu konkrete Aktivitäten für die Hochschulen.

Im Rahmen der Erstsemesterarbeit (Anfang Oktober) geht es uns darum, mit den Erstsemestern gemeinsam zu politischen Aktionen zu kommen und damit unter ihnen auch die Kommunistischen Studenten als kämpferische, aktive politische Kraft bekannt zu machen.

Zum Kampf gegen den bildungspolitischen Kahlschlag

Die Kommunistischen Studenten treten für eine möglichst umfassende und qualifizierte Bildung für alle Menschen ein. Dem steht jedoch das Interesse der Herrschenden völlig entgegen, weswegen hier eine ganz andere Bildungspolitik praktiziert wird. Das zeigt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt besonders deutlich, wo auch an den Hochschulen die „Wende“ praktiziert wird. Die Hochschulen sollen verstärkt auf die Bedürfnisse des Kapitals ausgerichtet werden, indem die Studentenzahlen erheblich verringert werden, für die Masse der verbliebenen Studenten nur eine Schmalspurausbildung übrigbleibt und ein auserlesener Kreis in den Genuß einer Eliteausbildung kommt.

Wir müssen uns davon freimachen, diese Wende nur als irgendeine reaktionäre Maßnahme unter vielen zu sehen. Diese Wende an den Hochschulen bedeutet eine radikale Strukturveränderung. Bafög-Streichung und Studiengebühren sind wichtige Elemente dieser Politik, die Änderung des HRG bildet vielleicht den organisatorischen Rahmen. Letztlich jedoch werden ganze Bevölkerungsgruppen — besonders Arbeiterkinder und Frauen — aus den bundesdeutschen Hochschulen verschwinden. Die Hochschulen werden wieder verstärkt zur Kaderschmiede der Bourgeoisie heranreifen. Das kann sich zum Schlag gegen die gesamte fortschrittliche Studentenbewegung ausweiten; besonders linke Asten und Fachschaftsfraktionen sollen getroffen werden. Daher hat für uns der Kampf gegen die Umstrukturierung der Hochschulen im Sinne des Kapitals eine überragende Bedeutung in der Ausrichtung der Arbeit unseres Verbandes bis zum III. Kongreß.

Im WS 1983/84 finden auch vielfältige Aktionen im Friedenskampf statt, um die Stationierung der Pershing II und Cruise missiles zu verhindern. Diese Kämpfe halten wir für unbedingt notwendig und werden uns deshalb im Rahmen unserer Möglichkeiten daran beteiligen. Dabei werden wir jedoch nicht in den Fehler verfallen, die Frage der Waffen vor die Frage des Imperialismus zu stellen. Darüber hinaus dürfen wir allerdings nicht den Kampf gegen die reaktionäre Umstrukturierung der Hochschulen vernachlässigen. Gegen dieses Konzept der Eliteausbildung ist die Studentenbewegung bisher nur reaktiv gewesen. Unsere Aufgabe besteht darin, in diesen Aktionen die Systemfrage zu stellen und noch offensiver aufzuzeigen, daß die Umstrukturierung der Hochschulen sich nahtlos in das Konzept der Herrschenden zur Krisenbewältigung einfügt.

Wir müssen also deutlich machen, daß das Ziel einer umfassenden und qualifizierten Bildung unter den Bedingungen des Kapitalismus niemals vollständig erreicht werden kann, sondern dies erst nach Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gelingt. Dieses ist eine unserer Hauptaufgaben bis zum III. Kongreß.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 26, 1 Temmuz 1983

Yıl: 17

1 DM

Cuntanın partiler komedisi

Ankara'daki beşli çetenin "demokrasiye geçiş" oyununun ikinci perdesi sürüyor. İlk doğrudan direktifleri ile hazırlatıkları Anayasa tasarısını halka "onaylattırdıktan" sonra, koltuklarını ve yetkilerini yedi yıllık garantiye alan MGK daha sonra "demokrasiye geçiş" in ikinci adımı olan partileri kendisinin denetiminde kurdurmaya koyuldu.

Daha çıkarılan partiler yasası bile faşist generallerin güruhunun hangi türden partilerin kurulmasını istediklerini açıkça gözler önüne seriyordu. Nitekim daha sonraki gelişmeler bu yalın gerçeğin açık birer kanıtıdır. Örneğin cuntanın doğrudan desteğini ve iznini alamayan gerici partilerin kurulmasına bile izin verilmemektedir. BTP'nin yasaklanması da bunun bir ifadesidir.

Partiler Yasası'nın öngördüğü çerçevede kurulmuş olsa ve cuntanın "12 Eylül felsefesi"ni temel almış olsalar bile, bu partilerin kadrolarının siyasi faaliyetinde bulunup bulunamayacağı generallerin istegine bağlıdır. Ve beşli çete kendisine tanınan yetki sonucunda istediği partinin kurucu üyesini reddedebilir ve bir bütün olarak partiyi yasaklayabilir.

Ne var ki, daha Partiler Yasası'nın kararlaştırılması ile birlikte hangi türden partilerin gelişme şansının olacağı ve kimin başa getirilmek istendiğini belirlenmişti. Örneğin faşist cunta daha başından MDP'nin nüfuz kazanmasını sağlamaya çalıştı ve hala çalışıyor ve yarın "seçim yoluyla" başa getirmek istediği de ya bu partinin tek başına ya Anavatan Partisi ile koalisyon temelinde olacaktır. Tabi ki, seçimden önce bu iki partiyi ve diğer kurulan ve cuntanın felsefesine uygun olan partileri MDP ya da başka bir isim altında birleştirme yolu mümkün olmazsa.

Gerek Calp'ın "sol" görünümünde olan Halkçı Parti'nin gelişmesini tehdit eden gerekse MDP'e karşı büyük bir tehlike oluşturan ve dolayısıyla da cuntanın öngördüğü planı bozan ve tehlikeye düşüren SODEP'in nüfuzunu yitirmesi ve hızlı bir gelişme göstermesinin önlenmesi için kurucu üyelerinin büyük çoğunluğu ve SODEP içerisinde nüfuz sahibi olanlar cunta tarafından veto edildi. Böylece faşist generallerin güruhu Calp'ın "sol" partiyunun bozulmasını ve MDP için bir tehlike oluşmasını şimdilik atlattı. Çünkü SODEP eski etkinliğini kısa sürede sağlayamayacaktır...

„Geriye dönüş primi“:

Yabancıları F. Almanya'dan kovma primi

1 yıl sonra „primsiz“ kovma politikasının izlenmesi öngörülüyor

Federal Hükümet geçen hafta içerisinde yabancıları "geriye dönüş teşvik" tasarısını ele aldı ve yabancılar politikasındaki amaçlarını açıkça ortaya koydu. "Maddi teşvikler" adı altında özetlenen amaçlarla yabancıların, özellikle de biz Türkiyeli göçmen işçi ve ailelerimizin kovulması kampanyasına giriş yapılması öngörülmüyor.

1 Ekim 1983 tarihinden sonra yürürlüğe girecek kararnameye göre, bu tarihten itibaren işyerinin iflas etmesiyle işsiz kalan veya bu tarihten önce 6 aydan beri kısa çalışma yapan yabancı, özellikle Türkiyeli göçmen işçilere, "gönüllü" olarak Türkiye'ye döndüklerinde 10 bin 500 DM "prim" verilmesi öngörülmüyor. Ayrıca 1 Haziran 1983'ten önce gelmiş olan çocuklar için ise çocuk başına 1500'er DM ödeme yapılacaktır. Bunun yanı sıra işçiler kendi birikmiş primlerini beklemeksizin alacaklar. Bu kararnameden şu an işsiz olanlar ya da bu tarihten önce işsiz kalanlar yararlanamayacak. Ve tasarıda öngörülen koşulları yerine getiren ve "gönüllü" olarak dönmeyi kabul edenlere ise aynı şekilde "ailece kesin dönüş yapmak" şartı getiriliyor.

Federal Bakanlar Kurulu bu gülünç meblağı, şirin açıklamalarla süsleyerek piyasaya sürmektedir. Örneğin "şahıslara ilişkin bir parça yardım", "Anayurtlarındaki sosyal güvenlik sisteminde kendilerine yer edebilmek için bir temel" vs. Ancak ne var ki, şirin sözlerle örtülmüş bu "teşvik primi"nin büyük çoğunluğu yol masrafında harcanmaktadır.

Böylece bu Ortak Pazar dışı ülkelerden gelen göçmen işçilere hazırlanmış hesaplı ve hedefli

bir tuzaktan başka bir şey değildir, zaten bundan başka bir sonuca varılması da düşünülmeyiz.

Federal Çalışma Bakanı CDU'lu Norbert Blum, "Dönüş teşvik primi" olarak ülkeyi terk eden yabancı işçilere verilecek miktarın toplam olarak 220 milyon Mark tutacağını açıkladı. Bu toplam meblağa karşılık Batı Alman devleti daha büyük külliyetli bir parayı, yani işsizlik ve çocuk parasından 320 milyon Mark tasarruf etmiş olacaktır. Böylece yabancıların dolaylı olarak kovulmalarından Batı Alman devleti 100 milyon Mark kârlı çıkmış olacaktır.

Ayrıca Ortak Pazar dışı yabancı işçilerin bir kısmının emeklilik sigortasına ödedikleri kendi primlerinin derhal kendilerine verilmesi öngörülmüyor. Bu, işsiz olmayan, ve işinden gönüllü olarak çıkarak ülkeyi terk etmeye hazır olan Türkiyeli ve Portekiz işçileri için de geçerlidir. Böylece şimdilik bu uygulama sonucunda toplam olarak emeklilik sigortasından 680 milyon Mark harcamanın yapılacağı hesaplanmaktadır. Bunun sonucunda yani yabancı işçilerin bir kısmının geri dönmesi sonucunda "uzun süreçte emeklilik sigortasına hak kazanmalarında yapılacak tasarruflar" 2 ile 2,5 milyar Mark tutmaktadır. Böylece 1,32-1,82

milyar Mark yabancı işçi ve emekçilerin sırtından tasarruf edilmiş olacaktır.

Ve bu miktar yalnızca "prim alma" hakkı olan yabancıların sırtından sağlanmış olacaktır. Ve bugün işsiz olanların ise hiç bir hakkı yoktur.

"Gönüllü" olarak ülkesine dönmek isteyen ve yukarıdaki şartları yerine getirenlerin bir yıl zarfında, yani gelecek yılın haziran sonuna kadar başvurmaları öngörülmüyor kararnamede.

Bir yandan "bu uygulamanın Federal Hükümet için her yönüyle yararlı olacağını itiraf" eden Federal Çalışma Bakanı Blum, diğer yandan sözlerine planlanmış önlemlerin "gönüllü" olduğunu eklemeyi de ihmal etmedi.

Federal Hükümet gelecek yılın ortasına kadar geri dönecek yabancıların sayısını 80 bin ile 100 bin arasında tahmin ediyor.

Blum, verilmesi öngörülen "primleri", "bu bölümde devam edecek ödemelerin bir taksidi olmadığını", tam tersine "son bir yardım önlemi" olduğunu vurguladı.

CDU/CSU partileri 1990 yılına kadar 2 milyonu aşkın yabancı işçi ve emekçiyi ailesi ile birlikte kovmak istiyorlar. Bugün sözüm ona "gönüllü dönüşten" bahsediliyor. Ancak bunun 1990 yılına kadar

Yabancılarla eşit yasal ve siyasi haklar!

Çifte vatandaşlık talebi üzerine

Yazısı 2. Sayfa'da



Kızıl Şafak Yazı Kurulu'nun gazete üzerine açıklaması Yazısı 3. Sayfa'da



Krefeld'de

40 bin savaş karşıtı Bush'un ziyaretini protesto etti

Geçen cumartesi günü Krefeld'de ABD Cumhurbaşkanı yardımcısı George Bush'un ziyaretine karşı 40 bini aşkın savaş aleyhtarları yürüyüş yaptılar. Bu protesto gösterisinde, savaş kışkırtıcılığı yapan, ve bir atom savaşının kazanabilir olacağını uman Bush'ın arabasına biri iki taş atıldı. Daha sonra bunu fırsat bilen polis yürüyüşçülere saldırdı ve bir çoğunu yaraladı.

Bush'un Krefeld'e geleceğinin öğrenilmesinden sonra çeşitli barış yanlı güçler harekete geçerek bir yürüyüşün yapılmasını planladılar. Nitekim ABD emperyalizmini temsilen gelen Bush, sıradan bir ziyaret amacıyla değil, ABD roketlerinin yerleştirilmesi yönünde propaganda yapmak ve savaş kışkırtıcılığı sürdürmek için geliyordu. Bunun için de ABD'nin silahlanma politikasını ve ABD orta menzilli füzelerinin Federal Almanya'ya yerleştirilmesini protesto etmek için görkemli bir barış yürüyüşü yapıldı. Bu yürüyüş 40 bini aşkın savaş karşıtı katıldı.

Bazı çevreler kendilerini Bush'a karşı eylemden soyutlayan açıklamalar yaptılar. Ancak buna karşılık polisin yürüyüşçülere saldırarak bir çok kişiyi yaralamasına ve 134 kişiyi göz altına almasına karşı ise pek

fazla bir şey söylenmemektedir.

Taş atılanlarla ne denli ilişkinin olup olmadığından bağımsız olarak, bu tür bir soyutlama, tek tek şahıslarla değil, tam tersine bu türden bir protestoyla ilişkilidir. Savaş kışkırtıcılarını protesto edenlere saldıran polise çiçek hediye edenler de hiç bir şekilde barış mücadelesine daha iyi hizmet etmemektedirler. Her gün insanların hayatına mal olan, Orta Amerika'yı yeni bir Vietnam'a döndürmek isteyen ABD politikasına karşı nefret, Bush ya da Reagan'a taş atmakla kendini ifade ediyorsa bu anlaşılır bir şeydir. Geçmişte yapılan büyük Vietnam yürüyüşlerinde de bir dizi Amerikan binasının camları kırıldı. Kırıldı diye ne oldu yani?

Biz buna fazla kıymet vermek istemiyoruz. Ancak bu konu da açık seçik bir şekilde ortaya konmalıdır.

sınıfını tamamen büyük mücadele eylemlerine seferber etmek henüz başlanmamıştır. Kuşkusuz ki, bunun önemli nedenlerinden biri, solcuların, devrimcilerin kötü şartlar altında çalışmalarını sürdürmek zorunda olduklarıdır. Buna aynı şekilde devletin baskıları, haber yasağı vb. şeyler de dahildir. Belki de grev çağrısı da erken yapılmıştı. İkinci olarak ise, önemli şey grevin yarıda kesileceği açıklamasında yatmaktadır. Bunda özellikle nakliyat işletmecileri, şimdi Pinoşet ile daha iyi görüşme zeminlerinin olduğunu vurgulamaktadırlar. İşte bu noktada faşist diktatörlüğe karşı protesto hareketinde çeşitli akımların olduğu ortaya çıkmaktadır. Diktatörlükle görüşmeler sürdürerek küçük işletmeler için de kâr getirici bir kapitalizm yaratmak halkın büyük çoğunluğunun, emekçilerin, işçi sınıfının çıkarına değildir.

Devamı 3. sayfada

Şile'de gene genel greve gidildi

Pinoşet diktatörlüğü giderek sarsılıyor

Yoğun baskılara, haber verme yasağına rağmen geçen hafta Şili emekçilerinin büyük bir bölümü, orta tabakaların ve küçük işletmelerin belirli bir kesimi Pinoşet faşist diktatörlüğüne karşı düzenlenen genel greve katıldılar. Bir yandan Şili halkı giderek genişleyen bir destek temelinde faşist dik-

23 Haziran 1983'te yapılan ulusal protesto gününden sonraki genel grev çağrısını Emekçiler Milli Kumandanlığı (CNT) bildirdi, pul, sözlü propaganda ve 48 saatlik telefon kampanyası aracılığıyla duyurmak zorundaydı. Çünkü diktatörlük haber verme yasağı koymuştu.

Pinoşet gene sendikacıları tutuklattı, sürgüne gönderdi, tehdit etti ve tüm silahlı birlikleri harekete geçirdi. Şili işçi sınıfının en mücadeleci kes-

minin çalıştığı bakır maden ocakları ordunun yönetimi altına alındı. Ancak buna rağmen grevlere ve diğer protest gösterilerine en az 1,5 milyonu aşkın Şili emekçileri katıldı. Bunlar arasında bakır maden işçileri, dökümhane işçileri, petrol, kimya ve inşaat malzemesi üretimi yapan işçiler de yer alıyordu.

Şili faşist cuntasına karşı protesto hareketinde nakliyat işletmeleri de önemli bir rol oy-

tatörlüğün boyunduruğunu sarsmaya çalışırken, diğer yandan ise çeşitli Şili dayanışma grupları, Şili'den ve diğer Latin Amerika ülkelerinden misafirler Federal Almanya'da toplanarak Federal Hükümet'ten diktatörlüğe her türlü desteğini kesen bir politika izlemesine talep ettiler.

namaktadırlar. Pinoşet'in başa getirilmesine yardımcı olan bunlar şimdi beklentilerinde yanıldıklarını görüyorlar. Yalnızca büyük sermaye ve çok uluslu şirketlere bir yarar sağlayan tamamen ümitsiz ekonomik durum, bir çok bağımsız küçük işletmeleri iflasın eşiğine sürükledi. Örneğin genel grevin sürdüğü günlerde kamyon, otobüs ve taksi şoförlerinin yüzde 90'ı düzenlenen protesto eylemlerine katıldılar.

Aynı şekilde bir çok öğrenci, aydın da protesto eylemlerine katıldı. Coppception şehrinde ordu, grevdekilerle dayanışmaya giren ve demokrasinin yeniden inşaa edilmesini talep eden 2000 yüksek okul öğrencisine saldırdı. Bunun yanı sıra Valparaiso kentindeki üniversitede de çatışmalar oldu.

Genel grevin yarıda kesildiği pazar günü, iki nokta açıkça ortaya çıktı. Birincisi, görüldüğü kadarıyla emekçileri ve işçi

KŞ'nın önceki sayısında, çifte vatandaşlık talebinin, yabancı emekçilerin ve ailelerinin otomatik olarak vatandaşlığa kabul edilmelerinin zorla Almanlaştırmayla hiç bir ilişkisinin olmadığını ve bunun Batı Alman sermayesinin ve onun Bonn'daki siyasi sözcülerinin planları ile çeliştiğini ortaya koyduk. Çünkü onlar uzun sürede yabancı nüfusunun küçük bir bölümünün burada kalmasını istiyorlar. Burada kalanların ise Almanlaştırılmalarını talep ediyorlar. Buna karşılık otomatik olarak vatandaşlığa geçmek hiç bir ön şarta bağlı değildir ve bu Federal Almanya'nın sınırları dahilinde yaşayan tüm insanların eşit yasal statükosunu sağlamaya hizmet etmektedir.



Her gün yaşanan hükümetin politikasından ve bunun daha da sertleştirilmesi talebinden ötürü, Alman vatandaşlığından ve otomatik olarak vatandaşlığa kabul edilmekten bahsedildiğinde yabancı yurttaşların ilk planda kuşkulunmaları şüphesiz ki anlaşılır bir şeydir. Aynı şekilde entegrasyondan bahsedildiğinde de, bazıları bunun altında zorla asimile edilmeyi anladıklarından dolayı reddetmekte. Ancak olumlu yaklaşım, bizim akla karayı doğru bir şekilde ayırtmamız, talebin hangi temelde ve ne için ileri sürüldüğüne dikkat göstermemizdir.

Diğer yandan hükümetin propagandasının bu tür olumsuz etkilerine karşı tanıtılar göstermeli ve ikna metoduna başvurmalıyız. Bu tür olumsuz etkileri ne kabullenebiliriz ne de bunları yabancı, özellikle Türkiyeli yurttaşlarda olan yanlış anlaşılmalara ve itirazlara uyum sağlamaya çalışmakla çözebiliriz.

Yabancı yurttaşlara Alman vatandaşlığının tanınması, eşitliğin sağlanmasının hukuksal bir adımdır. Bu yasal olarak yurttaşlar ve yurttaş olmayanlar, çeşitli haklara sahip olan insan kategorilerini kaldırmaya hizmet eder. Bu, tüm yabancı yurttaşlara da Alman yurttaşlarının sahip olduğu aynı yasal, siyasi hakları, örneğin oturumdan, sınırdışı edilmeye, grev hakkından genel seçimlere katıl-

ma hakkına kadar, teminat altına alır. KPD Yabancılar Programı'nda (Taslak) bu konuda şöyle denmekte: "Ne var ki yabancı işçi ve emekçilerin yasal ve siyasi eşitliği ancak eski vatandaşlıklarını korumaları kaydıyla Alman vatandaşlığına kabul edilmeleriyle sağlanabilir."

Görüldüğü gibi, bu talep yabancı yurttaşların şu anki vatandaşlıklarını terk etmelerini hiç bir şekilde şart koşmamakta ve bunların Alman vatandaşlığına kabul edilmesi durumunda da korunması gerektiğinden hareket etmektedir.

Kuşkusuz ki, burada bazıları açısından olumsuz bir anlaşılma yol açabilecek nokta otomatik olarak vatandaşlığa geçmek, diğer bir deyişle "zorla vatandaşlığa kabul edilmek" terimidir. Ne var ki, vatandaşlığa otomatik olarak kabul edilmek yerine bunun yalnızca bir hak olarak tanınmasının ileri sürülmesi, bir yandan yabancıların bazılarının bu haktan yararlanarak Alman yurttaşlarının sahip olduğu aynı haklara sahip olmasına yol açarken, diğer yandan ise bir kısmının da bu haktan yararlanmamasına hizmet etmektedir. Bu ise Federal Almanya'nın sınırları dahilinde yaşayan insanların bir kısmının aynı yasal ve siyasi haklara sahip olması demek, diğer bir kısmının ise bu haklardan yararlanamaması demek olur.

Yabancılar eşit yasal ve siyasi haklar için!

Çifte vatandaşlık talebi üzerine

Son Bölüm

Ve böylece Batı Alman sermayesinin yabancı işçilere ekonominin durumuna göre muamele görmesini, üzerlerindeki baskıları artırmamasını, dolayısıyla yerli ve yabancı işçilerden oluşan Batı Alman işçi sınıfının mücadele gücünü bölmesini kolaylaştırır.

Ayrıca bunun bir hak olarak tanınması, gerek anayurt hükümetinin gerekse Federal Hükümet'in, yabancıların tümünün bu haktan yararlanmasını önlemek için gerektiğinde bireysel baskılar uygulamasını ve önlemler almasını sağlar. Ve böylece Federal Almanya'da yaşayan çeşitli uluslardan işçi ve emekçilerin yasal ve siyasi eşitliği sağlanamaz, dolayısıyla işçi sınıfının birliği bölünmüş göçmen işçiler ise Batı Alman sermayesinin kâr çıkarlarına göre getirilmiş ve kovulmuş olurlar. Çünkü sağlam bir birliği oluşturmanın ön koşulu, yabancıların da aynı haklara sahip olmasıdır.

Buna karşılık otomatik olarak vatandaşlığa kabul etmek, bir yandan Batı Alman burjuvazisinin ve onun siyasi sözcülerinin işçi sınıfının ve emekçi halkın birliğini bölmeyi zorlaştırırken, aynı şekilde yabancı işçilerin ekonominin yükselme dönemlerinde ucuz işgücü olarak getirilip, ekonomik bunalımlar döneminde kovulmalarını önler, diğer yandan ise gerek anayurt hükümetinin gerekse Federal Hükümet'in tüm yabancıların eşit haklara sahip olmasını önlemeye çalışmalarını boşa çıkarır.

Bu taleple birlikte partimiz Almanya Komünist Partisi, KPD yabancı yurttaşların kendi milli benliklerini korumalarını ve ulusal kültürlerini geliştirmelerini ileri sürmektedir. Bunun için KPD, yabancıların kendi milli kültürlerini geliştirmelerine imkân tanınmasını, farklı kültürlerin tanınmasını, anlayışla karşılanmasını ve bunların geliştirilmesinin kamu araçları ile desteklenmesini talep etmektedir.

Biz komünistler için ulusal haklar sorunu kesin ölçekte değildir. Örneğin biz yalnızca kendi öz kültürlerinin vb. gibi haklarının korunmasının sömürücülerin planlarını bozguna uğratmak, işçi sınıfının haklarını bir bütün olarak gerçekleştirmek için yeterli olmadığı kanısındayız.

Hiç kuşkusuz ki, yabancı işçilerin Federal Almanya'ya gelişlerini tamamen kökten koparmamak ve onları makinenin bir uydusu seviyesine düşürmemek için bu tür haklar gereklidir. Ne var ki, yabancıların istikametlerini tayin edebilmeleri için şu ya da bu şekilde güvenciler bir çevreye ihtiyaçları vardır. Öz benliğini ve yaşam tarzını korumak temel bir haktır; ancak bu hak Batı Alman kapitalistlerinin anlayışla çelişmektedir, çünkü onlar için insan değil, tam tersine iş gücüleri önemlidir. Ne demişti bu konuda İsviçreli yazar Max Frisch: "İş gücüleri çağrıldı, ama insanlar geldiler."

Bu anlamda da bugün bu hakların tanınması, dostça bir yaşamın, kelimenin tam anlamıyla Alman ve yabancı emekçiler arasında karşılıklı anlayış temelinde birarada yaşamının mümkün olabilmesinin ön şartıdır. Ve bu hakların her türlü yabancı düşmanı ve ırkçı faaliyetlerin yasaklanması ile bağli kurulmalıdır.

Aynı şekilde birbirine karşılıklı uyum sağlamanın bir süreci

olan entegrasyon da yalnızca yapılabilir değil, aynı şekilde gereklidir. Çünkü burada güvenilir bir şekilde yaşama ve çocukların burada büyümesi ancak bu anlamda mümkün olabilir. Ancak ne var ki, bir geto, yani çeşitli uluslardan işçi ve ailelerinin kendi içinde bağlarını sürdürmeleri temelinde yaşamaları hiç bir zaman gerçek güvenliği sağlamaz, çünkü bu çeşitli uluslardan insanların, işçilerin aynı sınıfa ve halka dahil oldukları duygularını önlemekte ve egemen sınıfların getolarda yaşayan insanlara istedikleri gibi muamele görmelerini kolaylaştırmaktadır.

Batı Almanya'da yaşayan çeşitli uluslardan işçilerde ilk planda yer etmesi gereken, Türk, Kürt, İspanyol, Portekiz, ya da Alman oldukları değil, tam tersine her şeyden önce aynı sınıfın insanları oldukları, ortak çıkarları bulunduğu ve bu çıkarları ortak düşmana karşı gerçekleştirmek zorunda oldukları bilincidir. Bu anlayışın yer etmesini sağlamak için aynı şekilde aynı sınıfın insanların güçlerini tek sınıf, tek mücadele örgütü, sendikalar, tek işçi partisi altında birleştirmeleri uğruna da çaba sarf etmek gerekir. Çünkü işçilerin ortak davaları uğruna güçlerini tek parti çatısı altında birleştirmeleri ve bunun yerine ulusal örgütlenmeleri tercih etmeleri, onların Batı Alman burjuvazisine karşı mücadelelerinin zayıf düşmesine hizmet eder. O halde bugün biz komünistlerin yerli ve yabancı işçi ve emekçiler arasında geliştirmemiz gereken bilinç onların aynı sınıfın insanları oldukları ve çıkarlarını bu temelde savunabilecekleri olmalıdır. Hiç kuşkusuz bu anlamda ulus normlarına göre örgütlenmeler onların bu sınıf bilincine erişmemelerini önler, sınıf anlayışının yerine ulusal bilincin yer etmesini pekiştirir.

Aynı şekilde ulusal bilinci sınıf anlayışının yerine geçiren çeşitli yabancı örgütlerde var. Nitekim bu nokta da Frankfurt'ta yapılan kongrede şu ya da bu şekilde kendini gösteriyordu. Ve bu noktada kendilerini devrimci işçi örgütleri olarak gören yabancı örgütlerin sorunları var. Frankfurt'taki kongrede aynı şekilde bazı yabancı işçi örgütlerinde örgütlenmiş işçilerin anayurtlarındaki mücadeleye, oradaki kurtuluş mücadelesine yönelimden nasıl Alman işçi arkadaşlarıyla birlikte işyerlerindeki mücadeleye yönelediklerinden öğrenilen şeyler kısaca anlatıldı.

Ne var ki bu anlayış henüz her tarafa gerçekleşmiş değil. Burada yaşayan yabancı işçiler geldikleri ülkelerindeki mücadeleye yönelttiklerinde bununla onlar bir yandan burada işyerlerindeki sorunlarına eğilmeden uzak tutulur ve buradaki işçi yığınından kendilerini soyutlamalarına hizmet edilirken, diğer yandan ise bu yabancı işçilerin özgül sorunlarına eğilmeye, bunlara bir çözüm yolu bulmaya da katkıda bulunmamaktadır. Aynı şekilde bununla esas itibarıyla Alman işçilerinin yabancı işçi arkadaşları için anlayışlarının teşvik edilmesinden de vazgeçiliyor. Yalnızca uluslararası dayanışma çağrılarıyla bunun sağlanması mümkün değildir.

Bu yönde, daha ziyade geldikleri ülkelerdeki mücadeleye yönelik bakış açıları olan örgütler genellikle çifte vatandaşlık talebine karşı çıkmaktadırlar.

Bu noktada onlarla dostça tartışmalar ve ikna çalışmaları gereklidir. Ancak bu hiç bir şekilde doğru taleplerden vazgeçmenin yerini almamalıdır.

Yabancıların eşitliğinin nasıl sağlanabileceği noktası üzerine tartışmalarda sürekli "yerleşme hakkına" işaret edilmektedir. Ne var ki bu sözcüğe çeşitli içerikler kazandırılmaktadır.

Ve bu hiç bir şekilde bu konuyla çifte vatandaşlık talebine karşı bir talep olmayan, tam tersine bunun için bir ön adımdır. Ancak bazıları bunu Alman vatandaşı olmadan, onlara tanınan aynı hakların kendilerine de tanınması temelinde kavramakta ve bunu çifte vatandaşlık talebinin karşısına çıkarmaktadırlar.

Birinci imkân gelince, yabancılar belirli bir süreden sonra kapsamlı bir oturma hakkının tanınması, bu talebin kısmende "ikinci kuşağın" vatandaşlığa kabul edilmeleri ile bağli kurulmaktadır.

Bu düşüncenin temelini Federal Almanya'nın bir göçmen ülkesi olduğu tespiti teşkil etmektedir ki, Federal Hükümet çok ateşli bir biçimde buna karşı çıkmaktadır.

Biz bu görüşe katılıyor ve tam eşitliğin sağlanmasına bir "giriş" temelinde oturma statükosunun sağlama alınmasını düşünebilir ve arzu edilebilir olarak görüyoruz. Aynı şekilde KPD'nin Yabancılar Programı da bu tür ilk önlemler üzerine çeşitli dallara ilişkin talepleri içermektedir. Örneğin "Oturma İznini" konusunda şu talepler ileri sürülmektedir:

- ★ Federal Almanya'ya göç etmek hiç bir şekilde sınırlandırılmamalıdır!
- ★ Federal Almanya'da yaşayan tüm yabancılar hiç bir şarta bağlı olmadan sınırsızca oturma hakkı!
- ★ Aile birleştirmesini sınırlandıran tüm kararnameler ve önlemler geri alınmalıdır!
- ★ Vize zorunluluğu kaldırılmalıdır!
- ★ Oturma izni bölgesel ve zaman olarak sınırlandırılmamalıdır!
- ★ Oturma izninin verilmesinde AET ülkelerinden yabancılarla AET dışı yabancılar eşit hakka sahip olmalıdır!

Çifte vatandaşlık talebinden kaçınmak için "yerleşme hakkını" ileri sürerek aynı hakları talep etmeyi yanlış buluyoruz.

Bunun için dar milliyetçi anlayıştan başka bir tanıtı yoktur ve olmaz. Ayrıca bunun biçimlendirilmesi Alman kimliklerini yabancılar basit bir şekilde verilmesinden daha da zordur. Bu ise bu talebin gerçekleştirilmesini daha da zorlaştırmaktadır.

Bunun yanı sıra, sol içerisinden tartışma konusunu oluşturan, KPD'nin yabancı yurttaşlar için ileri sürdüğü, çifte vatandaşlık talebi komünistler için yeni bir şey de değildir.

Aynı şekilde kapitalistlerin kriz dönemlerinde yabancı, özellikle mücadeleyi yabancıları başından savmaya ve onları sınırdışı etmeye çalışması da yeni değildir. Bu durum İsviçre'de daha bu yüzyılın başlarında mevcuttu. (İsviçre'de uygulanan ve bugün de kısmen geçerli olan rotasyon prensibi, Alman kapitalistlerinin beğenisini kazanmaktadır.)

Lenin: Vatandaşlık talebi üzerine

Lenin yoldaş bu sorunu daha 1916 yıllarında ele almıştı. O dönemde yazdığı "İsviçre Sosyal Demokrat Partisi içinde sol radikallerin görevleri..." adlı makalesinde "Özellikle gerekli demokratik biçimlendirmeler..." maddesi altında şöyle yazıyor: "18. İsviçre'deki yabancıların ücretsiz olarak zorla vatandaşlığa alınmaları gerçekleştirilmeli. İsviçre'de 3 ayı geçiren her yabancı, özel durumlardan dolayı bu tarihin (ve bunun üç aydan daha fazla olmaması kaydıyla) er-telenmesini talep etmediği takdirde İsviçre vatandaşı olacaktır. Gerek genel demokratik bakış açısından gerekse İsviçre'nin emperyalist çevresi onu tüm Avrupa'da en yüksek yabancı oranı olan bir devlete dönüştürdüğü bakış açısından dolayı kitlelere bu reformun İsviçre için özel aciliyeti anlatılmalıdır. (...) Yabancı işçilerin siyasi olarak yasal haklardan mahrum olmaları ve onların yabancılar olarak durumu, büyümekte olan siyasi gericiği güçlendirmekte ve proletaryanın uluslararası dayanışmasını zayıflatmaktadır." (C.23, S.141)

Bunun bugün ile olan güncel paralellikleri gözden kaçmamaktadır.

Bu gerçekler ışığında hiç bir şarta bağlı olmayan ve eski vatandaşlığın korunması temelinde Alman vatandaşlığına otomatik olarak kabul edilmenin şovenizme hiç alakası yoktur. Çünkü şovenizm yabancı işçi ve ailelerinin Almanlaştırılması talep edildiği zaman söz konusudur ve bu ülkenin vatandaşı olmakla o ülkede yerli ulusun benliğine gelenek ve göreneklerine sahip olmak iki ayrı şeydir.

Arnavutluk Kadınlar Birliği 9. Kongresi'ni yaptı



Arnavutluk Kadınlar Birliği (BGSB), 1-3 Haziran tarihleri arasında Durres'te 9. Kongresi'ni yaptı.

Kongreye 1500'ü aşkın deleg ve arabalarında partimizden de bir yoldaşın yer aldığı 20 ülkeden yabancı misafir katıldı.

Kongre, olumlu, mücadeleyi ve gerçekçi bir atmosfer içinde geçti. KŞ'nın önümüzdeki sayısında bu konuya ayrıntılı bir şekilde yer vereceğiz.



Şili'de gene genel greve gidildi Pinoşet diktatörlüğü giderek sarsılıyor

Baştarafı 1. sayfada

Ülkenin içinde bulunduğu durum, ABD'nin Pinoşet'i düşürmesine yol açabilir. Ancak ABD bu ülkedeki "çıkarlarını" hiç bir zaman gönüllü olarak terk etmez. Bunun için Şili'de demokratikleşmeden dem vurulduğunda bununla neyin kastedildiğine dikkat edilmelidir. Böylesi bir ortamda özellikle Şili'li solcuların birliği ve birlikte hareket etmeleri büyük öneme sahiptir. Hiç kuşkusuz, ilk hedef Şili'deki protesto eylemlerine katılmak, Pinoşet'in yıkılmasıdır. Peki daha sonra nasıl devam etmeli? Bugün demokrasi talebinde bulunanların hepsi, işçilerin, gençlerin, kadınların ve emekçi halkın çıkarlarını göz önünde bulundurmuyorlar mı?

Güncel mücadelenin en önemli taleplerinden bazıları, tutuklu sendikacıların derhal serbest bırakılması, grevlere katıldıkları için işten atılan işçilerin derhal işe alınması, sendikacılara karşı açılan mahkeme davalarının derhal geri alınması ve sansürün kaldırılması oluşturmuyor. Geçen hafta Katolik Piskoposlar Konferansı da ilk olarak halk hareketini desteklediğini açıkladı.

Federal Almanya'da geçen

hafta sonunda Münster'de Hristiyan Dayanışma Grupları'nın, çeşitli dayanışma gruplarının ve Şili'li solcuların temsilcilerinin girişimiyle "Şili'nin özgürlüğü için" şiarı altında bir kongre düzenlendi.

Kongreyi selamlayan, katledilen Unidat Popüler'in önderinin karısı, Hortensia Allenda büyük alkışlarla karşılandı. Özellikle Şili halkının çektiği çilenin sorumlusunun ABD emperyalizminin gösterildiği büyük plenum toplantılarının, podium tartışmalarının yanı sıra, 1000'i aşkın Alman, Şilili ve diğer Latin Amerika ülkelerinden misafirler ve çeşitli Avrupa ülkelerinden dayanışma hareketinin temsilcileri 22 çalışma grubunda çeşitli konuları ele aldılar. Bu konular içinde Şili ile dayanışma, Şili'deki direniş üzerine sorunlar, diktatörlüğün ekonomi politikası, Kiel HDW tersanesinde denizaltıların yapımı vs. yer alıyordu. Cumartesi akşamı düzenlenen görkemli bir kültür gecesi ile bu kongre Şili Dayanışma Komitesi'nin büyük bir başarısıdır ve bu şüphesiz ki Şili halkının mücadelesine de büyük bir destektir.

Kızıl Şafak'ın gelecek sayılarında Şili'deki çeşitli gelişmelere ilişkin yazılar yayınlanacaktır.

"Geriye dönüş primi":

Yabancıları F. Almanya'dan kovma primi

Baştarafı 1. sayfada

çeşitli zorlayıcı önlemlerle ve çalışarak kazandıkları haklarının üzerine yatarak kovulmak istenen göçmen işçi ve ailelerinde hiç bir şekilde söz konusu olmadığı bir yana, bugün sözümüne "teşvik primi" çerçevesinde gönderilmek istenen yabancılar da bile söz konusu değildir. Çünkü onların önüne de şu iki sıkı koyulmaktadır: Ya bugün bu gülünç "teşvik primi"ni alır, size verilen ötesinde hiç bir talepte bulunmadan çeker gidersiniz, ya da o zaman hiç bir Pfennig "teşvik primi" verilmeden kovulursunuz.

Birlik Partileri'ne göre prim alma süresi dolduktan sonra da, sınır dışı edilmesi şimdiden kararlaştırılmış olan yaklaşık iki milyon yabancı işçi ve emekçi aileleri ile birlikte geriye kalmaktadır.

Ve bunların hangi metodlarla sınır dışı edilmesi gerektiğini çeşitli kapitalist birlikleri çok açık bir şekilde ortaya koydular. Örneğin sözümüne "teşvik primi"nin tuzağına düşmeyenlerin sınır dışı edilmesi için daha değişik önlemlerin alınması, diğer bir deyişle zorla sınır dışı etme uygulaması öngörülmüyor. Bu konuda daha önce Kızıl Şafak'ta yayınladığımız Kuzey Ren Westfalye Sanayi ve Ticaret Odaları'nın (IHK) gizli belgesinde şöyle denmektedir: "...şayet bu tür maddi teşviklerin yeterli olmadığı açıkça çıkacak olursa, o zaman oturuma son veren önlemler (örneğin oturma izninin verilmemesi ve gerektiğinde sınır dışı etme)... gündem dışı kalmamalıdır." Nitekim Kohl Hükümeti daha başa gelmeden önce istenilen bu tür önlemler, Kohl Hükümeti başa geldikten sonra doğrudan Alman Sanayi ve Ticaret Odaları Başkanı tarafından kendisinden talep edildi. Ve Kohl Hükümeti de bugün bu görevi yerine getirmekle uğraşmaktadır. "Zimmermann Tasarısı" olarak bilinen Yabancılar Komisyonu'nun tasarısı gerek Alman İşverenler Birliği (BDA) gerekse Alman Sanayi ve Ticaret Odaları'nın kendilerinden talep ettiği politikanın izlenmesini öngörmektedir. Ve tasarıda yer alan görüşler daha önce Kuzey Ren Westfalye Sanayi ve Ticaret Odaları'nın gizli belgesinde yer alan görüşlerin tıpkı aynısı olup, yalnızca bir iki süsleme yapılmıştır.

Öte yandan Federal Hükümet'in, yabancıların sayısını azaltmak amacıyla 1 Ekim 1983'te yürürlüğe koymak istediği sözümüne "geriye dönüş primi" Alman Sendikalar Bir-

liği, DGB başta olmak üzere çeşitli kuruluş ve dernekler tarafından da tepkiyle karşılandı. Alman Sendikalar Birliği hükümetin "teşvik primi"ni "göz boyamak" olarak niteledi. Aynı şekilde bir açıklama yapan Yabancı Papazlar Birliği dahi bu "teşvik primi"nin "ülkesine dönen işçinin ödeyeceği gümrük vergisine bile yetmeyeceğini" vurguladı. Ve "yabancı işçilerin ve ailelerinin bu teklife ragbet etmemeleri"ni istedi. Özellikle de "emeklilik kasalarındaki primlerinin geri alınmasının yaşlılık dönemini şansa bırakmak olacağı"ni belirtti.

Bunun yanı sıra Federal Bakanlar Kurulu'nun kararnamesinden özellikle etkilenen Türkiye işçileri arasındaki tepkiler ise, "geriye dönüş primi"nin "ucuz bir tuzaktan başka bir şey olmadığı" yönündeydi. Nitekim Federal Hükümet'in yabancıları kovmak için vermesini öngördüğü bu "teşvik primi", devletin yabancıları bir hediyesi değil, tam tersine yabancı işçilerin yıllarca ağır ve zor şartlar altında çalışarak kazandıkları hakların ta kendisidir. Ancak bu hakların büyük çoğunluğunun üzerine yatıldığı gibi, (örneğin Emeklilik Sandığındaki işveren payı gibi) verilmek istenen sözümüne "teşvik primi" şirin sözlerle süslenerek devletin bir yardımı olarak gösterilmeye çalışılıyor. Ve bu devletin yabancıları verdiği bir "gelişme yardımı" olarak nitelendiriliyor. Ancak devletin, "gönüllü olarak" ve yukarıdaki şartları yerine getirecek temelde geri dönen işçilere vereceği para, üzerine yattığı yabancıların haklarının küçük bir kısmını dahi oluşturmamaktadır. Nitekim bu gerçeği Federal Çalışma Bakanı çok yalın bir şekilde itiraf ediyor. Yabancıların dolaylı olarak kovulmalarından Batı Alman kapitalistleri, bir işçi işyerini ya iflas durumunda ya da başka nedenlerden kaybettiğinde almak hakkı olan işsizlik parasının (ki bu da devletin bir hediyesi olmayıp, tam tersine işçinin çalıştığı dönemde yaptığı ödemelerin ta kendisidir), çocuk parasının ve emeklilik sigortasına ödenen ve işçi burada kaldığı zaman alma hakkı olan işveren payının üzerine yattığını belirtmektedir.

Bu gerçekler ışığında verilmek istenen sözümüne "teşvik primi" işçinin işsiz kaldığında alma hakkı olan "işsizlik parasının" karşılığı bile değildir. Peki şimdi sormak lazım Bonn'daki şu baylara: Hani, bunun neresi "bir yardımdır" ve "devletin hediyesidir?" Sorunu bu temelde ele aldı-

ğımızda, Batı Alman kapitalistleri ve onların Bonn'daki siyasal temsilcileri, şimdi bir taşla iki kuşu vurmuş olmaktadır, yani bir yandan yabancıları ucuz bir şekilde sınır dışı ederken, diğer yandan ise hem onların çalıştırılmalarından hem de şimdi kovulmaları ile birlikte sırtlarından muazzam kârlar sağlamış olmaktadır. Bu anlamda bu "teşvik primi"nin tuzağına düşmemek, izlenmesi gereken en doğru yoldur. Tabi ki bununla birlikte yıllardır burada kazandığımız hakların bir bütün olarak geri verilmesi uğruna mücadele sürdürülmeli ve ülkesine bugünkü durumdan bağımsız olarak dön-

mek isteyenlerin bu haklarının, daha sonra ülkesine transfer edilmesini mümkün kılan anlaşmaların yapılması sağlanmalıdır.

Diğer yanda Kohl Hükümeti 2 milyona yakın yabancıyı baskı ve zorba metodlarla sınır dışı etmek için önümüzdeki dönemde yabancıları, özellikle de Türkiye'ye karşı kısırtmalarını daha da artıracaktır. Bunun için daha şimdiden yerli ve yabancı anti-faşistler harekete geçerek Kohl Hükümeti'nin bu planına karşı ortak mücadeleyi yoğunlaştırmalıdır. Çünkü bu planın bozguna uğratılması yerli ve yabancı işçi ve emekçilerin ortak çıkarıdır.

Yorum

Şam'ın, FKÖ'ye karşı girişimi

Şimdi her şey ortada, ve Orta Doğu'da hangi gelişmelerin olduğu daha açık bir şekilde görülmektedir. Suriye Hükümeti'nin FKÖ Başkanı Arafat'a ve Abu İjad'a karşı önlemleri ve onun FKÖ içindeki tüm muhalif güçleri desteklemesi bir şeyi açıkça su yüzüne çıkarmaktadır: Suriye'nin Assad'ını Filistinlilerin davası ilgilendirmiyor. Onu ilgilendiren her şeyden önce kendi hedefi için kullanabileceği, faydalanabileceği Filistinlilerdir.

Burada FKÖ içerisindeki bölücü güçler aktifleştirilmekte, ulusal şema bozulmaktadır ki, son 15 yıl içinde Filistinlilerin birliği emperyalizme ve İsrail'in saldırgan politikasına karşı mücadelede en önemli silahtır.

Tüm bunlardan son çırpıda bir yarar sağlayacak olanlar, gerici, emperyalistler, her şeyden önce ABD emperyalizmidir. Bundan Reagan ve Begin bir yarar sağlayabilir. Ama asla Filistinliler ve Suriyeliler değil.

Hiç bir kimse şuna kanmamalıdır: Suriye, FKÖ içerisindeki "radikal", "mücadeleci" kesimi destekliyor, çünkü Arafat bir "reformist" oldu vs.

Filistin Kurtuluş Mücadelesinin gelişimini yakından tanıyan herkes, FKÖ'nün Lübnan'daki yeni kalesini '70'li yılların ortalarına doğru sağlamlaştırdığında Suriye birliklerinin sürekli Filistinlilere karşı zorbalığa başvurduğunun bir sır olduğunu bilir.

Demek ki, Suriye Devlet Başkanı Hafız Assad'ın izlediği adım, yeni bir şey, son gelişmeler neticesinde ortaya çıkan bir şey değil, tam tersine şimdiye değin Şam tarafından Filistin Kurtuluş örgütü, FKÖ'ye karşı uygulanan politikanın bir devamıdır. Filistin halkının mücadelesine yönelik Şam'daki sekenler, istediği kadar çeşitli iddialarda bulunsunlar, onlar hiç bir zaman bu açık gerçeği karartamazlar.

Kızıl Şafak'a bağış kampanyasına katıl!

Hedef: 30 bin DM



Her gün her şeyin pahalılandığını duyuyoruz. Ancak buna karşılık Kızıl Şafak'ın fiyatı değişmemektedir. Bu tuhaf belirtinin nedeni, onun yayımcısı olan KPD'nin, haftalık komünist gazetesinin açığını kapatmasında yatıyor.

Tüm gerçek masrafları hesapladığımızda, Kızıl Şafak'ın bir adedi satış fiyatı olan 1 DM'ın iki katından daha fazla miktarda bir paraya mal olmaktadır. Bu masraflar, yazarlar ve yayın evinde çalışan diğerleri için ödenen ücretlerden başlayarak, Yazı Kurulu için gazete aboneleri ve ihtisas literatürü giderlerini, Kızıl Şafak'ın büro kirasındaki payını, kalorifer, cerayan ve telefon masraflarını kapsamaktadır. Diğer gider faktörlerini ise paketlenme materyalleri ve posta ücretleri, defter tutma, ve tabiki dizgi, film ve basım masrafları oluşturuyor.

Gerçekten gerekli olan çok tesirli bir fiyat artışı, şu an var olan mevcut açığı, partinin Kızıl Şafak'a yaptığı "para yardımlarını" düşürmekle, önlenemez. Bunun en iyi yolu, muazzam bir şekilde traji yükseltmektir. Bu hem siyasi hem de ekonomik olarak en iyi yoldur. Ne var ki, önümüzde bulunan yaz ayları ve "pazarın" gerçek değerlendirilmesi, tek bir yol olarak bu yolun pek başarılı olacağını göstermiyor. Bunun için tüm yoldaşları, arkadaşları ve Kızıl Şafak okurlarını KŞ'nin açığını 30 bin DM düşürmeye katkıda bulunmak için bağış kampanyasına katılmaya çağırıyoruz. Böylece gazetenin fiyatının yükseltilmesi önlenmiş ve Kızıl Şafak'ın gerekli yayınlaştırmalarında "2 DM" engeli mani olmamış olur.

Bağışlarınızı şu hesap numarasına havale edin: KPD, 46 Dortmund 30 Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Konto-Nr. 321004547 ya da Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Konto-Nr. 6420-467

Açıklama:

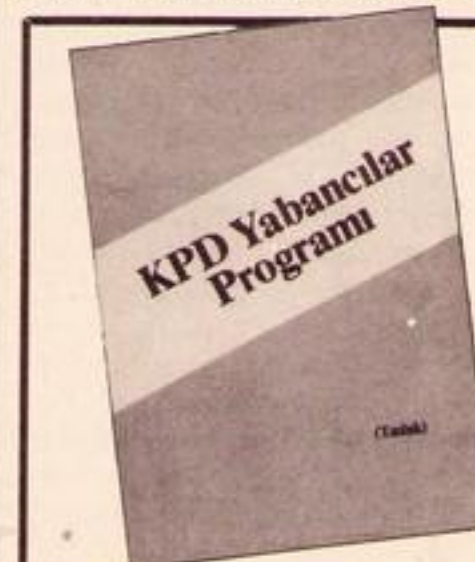
KŞ 3 hafta çıkmayacak- sonra ise Türkçe bölümü ayrı yayınlanacak

Sevgili Okurlar!

Başlayan bir şey genellikle fiyat artışlarıyla ile devam ediyor. Ne var ki, bu kez değil. Ya da daha doğrusu dolaylı olarak bu sonuca varılmaktadır. Tabi ki, bu, bu yıl için (herhalde kural olarak gelecekte de) 3 haftalık kolektif olarak yaz tatili yapacağımız çerçevede geçerlidir. Bu ise somut olarak 22 ve 29 Temmuz'da ve 5 Ağustos'ta Roter Morgen'in Almanca ve Türkçe olarak yayınlanmayacağı demektir. Ve bu süre zarfında (13.7.-6.8) yayınevi kapalıdır. Biz bu kararı iki nedenden ötürü aldık. Birincisi, bu ana tatil döneminde yayınlanan sayılar en az satılan sayılardır. İkinci olarak ise, Roter Morgen yazarlarının değişik tarihlerdeki yıllık izinlerinden dolayı, uzun bir dönem (duruma göre 2-3 ay) boyunca eksik bir kadro ile çalışma sürdürüyor. Bu ise yazılara daha az özen gösterme, daha az esaslı davranma, diğer bir deyişle yazıların daha az iyi olması demektir. Buna karşılık şimdi seçtiğimiz alternatif daha iyi olarak görüyoruz. Yaz tatilinden sonra düzenli olarak yayınlanan Roter Morgen'in ilişkisinde Türkçe sayfa çıkmayacak, yalnızca 12 sayfa yayınlanacak. Türkçe yayın bu tarihten sonra şimdiye değin ismi olan "Kızıl Şafak" altında Türkiye'li işçi arkadaşlar ve yoldaşlar için aylık olarak ayrı çıkacak. Bu sadece teknik bir değişim değil, aynı zamanda bu, KPD'nin politikasını Türkiye'li işçiler arasında şimdiye değin olandan daha sistemli bir şekilde yaymak için uygun olduğu görüşünden hareket etmektedir. Çünkü bu gerek sistemli olarak hazırlanmayı gerekse daha yoğun yaygınlaştırmayı gerektirmektedir.

Umarız ki, Roter Morgen'in Almanca ve Türkçe bölümlerindeki bu iki yeniliğin, ister Türk, Kürt, isterse Alman ulusundan okurlarına daha iyi bir kalitede faydalı olmasına katkıda bulunur.

Yazı Kurulu ve Yayınevi adına Helmut Weiss



Şimdilik Almanca ve Türkçe olarak çıkan KPD Yabancılar Programı (Taslak) önümüzdeki dönemde diğer yabancı emekçilerin dillerinde de yayınlanacak.

İsteme adresi: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 46 Dortmund 30 Broşürün tek adedi ücretsizdir. Bir adetten yukarı ısmarlamalar için adet başına posta masrafı da dahil 15 Pfennig alınmaktadır.

KPD Yabancılar Programı (Taslak) Türkçe de çıktı